

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1942.

Donnerstag, den 22. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1941.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Biestrichbl. 1,20 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vork-
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 4 Pfennig
2 Mark, für das übrige Ausland
6 Mark pro Monat.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annon-
ze über deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (leit-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montagen.

Der Londoner Kongress der Arbeiter- partei.

London, 18. Februar. (Fig. Ber.)

Der gestern geschlossene Kongress der Britischen Arbeiter-
partei war in seinen Verhandlungen ernster und an Delegierten-
zahl stärker als der vorjährige in Liverpool. Der Gedanke
der Selbstständigkeit und der Opposition gegenüber den beiden
bürgerlichen Parteien wurde klarer als früher ausgesprochen
und seine Richtigkeit mit größerem Verständnis bewiesen.
Von den sozialistisch gesinnten Delegierten war dies von
vornherein zu erwarten und bedarf keiner besonderen Er-
wähnung. Viel wichtiger ist es, daß die Gewerkschaftsführer
dies ohne jeden Vorbehalt zugaben. Der Sekretär der Weber
und Arbeiterabgeordnete Shaekleton, der offen erklärte,
er sei noch nicht so weit, ein rein sozialdemokratisches
Programm annehmen zu können, bemerkte gleichzeitig, die
politische Loslösung der Gewerkschaften von den bürgerlichen
Parteien werde in weiten Arbeiterkreisen als eine Er-
lösung empfunden. „Man kann nicht zwei Herren
dienen“, meinte er; man könne nicht in der Fabrik gewerk-
schaftlich und im Parlament kapitalistisch sein. Er erzählte
von seinen früheren Leiden bei Parlamentswahlen, wo er es
als einen Unfug empfand, liberal oder konservativ zu wählen
und dann in Lohnfragen gegen dieselben liberalen und kon-
servativen Unternehmer zu kämpfen. Aber er konnte aus
diesem Gegensatz nicht heraus, bis die neue
Partei gegründet wurde. Shaekleton erzählte dies alles
in der einfachen Sprache des Praktikers, der von
sozialistischer Theorie nichts weiß, aber durch die gewerkschaft-
lichen Erfahrungen zum Nachdenken getrieben wird und von
selbst auf die richtige Spur kommt. Er sagte weiter, die
Partei besitze Lebenskraft genug, um alle gegen sie unter-
nommenen Intrigen zu durchkreuzen.

In diesem Sinne war auch die Rede gehalten, mit der
Arthur Henderson, der Präsident des Kongresses, die
Verhandlungen einleitete. Henderson ist Former von Beruf,
wurde dann Gewerkschaftsführer und liberaler Politiker. Erst
nach Gründung der Arbeiterpartei trat er ihr bei und wandte
sich vom Liberalismus ab. Er ist Abgeordneter für Barnard
Castle (Durham), wo er über einen Liberalen und Konservativen
siegte. „Das Grundprinzip unserer Partei ist Selbstständigkeit. Es
werden Anstrengungen gemacht werden, uns auseinanderzureißen,
aber alle derartige Versuche müssen verurteilt werden. Wir
stehen der letzten konservativen Regierung unsympathisch
gegenüber, und dies wird auch unsere Haltung sein gegen-
über dem Ministerium Campbell-Bannerman. Unsere Pflicht
ist es, die Regierung an die Erfüllung ihrer Versprechen zu
mahnen und sie zu zwingen, ihre Politik in Uebereinstimmung
mit den Bedürfnissen des Volkes zu gestalten. Die wichtigste
Tatsache der neuen parlamentarischen Lage ist, daß die Lohn-
arbeiter sich endlich entschlossen haben, aus eigener Kraft
in die politische Aktion einzutreten. Die Arbeiterpartei ist
das Instrument, durch welches die Sozialisten und Gewerk-
schaftler ihre gemeinsamen Ziele verwirklichen können.“

„Und je wirkungsvoller die politische Aktion wird“, —
fügte Keith Hardie hinzu — „desto sozialistischer wird die
Partei werden. Wie die Presse jetzt mittelst, wollen auch
die liberalen Arbeiterabgeordneten, die sich uns nicht an-
schließen können, eine eigene Gruppe bilden. Dies ist ihr
erster Schritt zur Selbstständigkeit. Das bisherige parlar-
mentarische System, das auf zwei Parteien beruhte, ist offenbar
in Auflösung begriffen. Unsere Partei ist zur richtigen Zeit
gekommen, um einen Mittelpunkt für die ganze Arbeiter-
bewegung zu bilden.“

Es waren derartige Äußerungen, die den sechsten
Kongress der Arbeiterpartei lehrreich und interessant machten.
Während der Debatte über die Verweltlichung der Schule
kam es ebenfalls zu einer offenen Aussprache, da die Partei
die verschiedenen religiösen Konfessionen in sich schließt. Es
sprachen Katholiken, Anglikaner und Dissidenten. Ein irischer
Katholik James Sexton, Führer der Dockarbeiter in
Liverpool, trat lebhaft für die Verwerfung dieses Antrages
ein, da er die religiösen Empfindungen der Arbeitermassen
verlehen und zur Schwächung der Partei führen könnte; der
Gedanke der Selbstständigkeit sei gut und den Arbeitern wohl
verständlich, aber die Parteiführer sollten das Tempo des
Fortschritts nicht allzusehr beschleunigen. Ihm antworteten zwei
Katholiken, der Eisenbahner Thomas und der Gasarbeiter-
führer Curran. Der erstere sagte: „Der Antrag enthält
keinen Angriff auf irgend welche kirchliche Gemeinschaft; der
Kongress hat mit theologischen Fragen nichts zu tun. Aber
auch Schule und Staat sollen mit Theologie
nichts zu tun haben. Diese gehört in die Kirche. Die
Schule soll weltliche Dinge lehren; unsere Kinder sollen
tüchtige Bürger und edle Menschen werden. Wollen die
Eltern Religion für ihre Kinder haben, so sollen sie sie in der
Kirche und Kapelle zum Priester und Pastor schenken. Curran, der
zuweilen mit hinreichender Verehrtheit spricht, fügte noch hinzu:
„Wer noch so rüchlos ist und an unserem Antrage Anstoß
nimmt, würde besser tun, die Partei mit seiner Anwesenheit
zu verlassen.“ Der Beifall, den diese Worte fanden, war
ungemein warm. Der Antrag, die Schule zu verweltlichen
und die Einrichtung von Schulkantinen obligatorisch zu machen,
wurde mit 870 000 gegen 76 000 Stimmen angenommen.

„Man wirft uns vor, wir von der Arbeiterpartei seien
unpraktisch“ — meinte Macdonald, der Sekretär der
Partei, als er über die Reformen sprach, die zur Vinderung
und Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen könnten. „Aber
unsere Gegner, die auf ihre praktische Klugheit stolz sind, lassen
weite Bodenschichten unseres Landes brachliegen und die Hände
von vielen tausenden von Arbeitern feiern und viele Millionen
Pfund Sterling für Lebensmittel an das Ausland zahlen,
ohne zur Einsicht zu gelangen, daß die Brache nach mensch-
licher Arbeitskraft ruft, daß die beschäftigten Hände nach
Arbeit verlangen und daß unsere Volks- und technischen
Schulen Geld brauchen, um die Arbeit ergiebig und nützlich
zu gestalten. Wir, die wir dies einsehen, sind Utopisten;
unsere Gegner, die ihre Augen verschließen, um unseren
daniederliegenden Ackerbau, die feiernden Hände und unsere
Abhängigkeit von ausländischen Lebensmitteln nicht zu sehen,
sind praktische Staatsmänner!“ Der Arbeiterabgeordnete
Parker aus Halifax meinte, die Ansichten, die John Morley
neulich über die Arbeitslosenfrage äußerte, seien nicht nur
eines Kabinettsministers unwürdig, sondern auch eines halb-
gewaschenen Landarbeiters. Der Kongress nahm sodann ein-
stimmig den Antrag an, der die Amendierung des im letzten
Parlament angenommenen Arbeitslosengesetzes verlangt. Der
Antrag erklärt ferner, daß die Arbeitslosigkeit die direkte Folge
des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist.

Sozialreform ist eng verknüpft mit Steuerreform. Die
letztere vertrat Bruce Glasier, der besonders die Ver-
staatlichung des unverbienten Zuwachses der Bodenwerte ver-
langte und allgemeine Zustimmung fand.

Eine lebhaftere Diskussion rief die Frage des Frauen-
wahlrechts hervor. Ein Teil der Delegierten war der Ansicht,
daß man für die Frauen vorläufig dasselbe Wahl-
recht verlangen soll, wie es gegenwärtig für die
Männer gilt. Dieses Wahlrecht ist kein allgemeines; in
England ist bekanntlich nur derjenige wahlberechtigt,
der Eigentum besitzt oder als Mieter eine Wohnung inne hat,
für die er mindestens 200 Mk. an Jahresmiete zahlt. Die
Verteidiger der Ausdehnung dieses Wahlrechts auf die Frauen
behaupten, daß die Mehrheit der wahlberechtigten Frauen
aus Arbeiterinnen bestehen würde. Sie treten deshalb für
eine derartige Gesetzesvorlage ein. Ein anderer Teil des
Kongresses behauptete, daß ein Frauenwahlrecht, welches auf
einem Jenus beruht, notwendigerweise den reichen, aber
nicht den armen Frauen zugute kommen könne. Sie ver-
langten deshalb eine Gesetzesvorlage, die mit dem alten
Jenusrecht aufräumt und das allgemeine Wahlrecht einführt.
Unter allgemeinem Wahlrecht versteht man in England ein
Wahlrecht, das alle erwachsenen Männer und Frauen ein-
schließt, während das allgemeine Wahlrecht, wie es in Deutsch-
land gilt, hier Adult Male Suffrage (Wahlrecht für erwachsene
Männer) heißt. Der Kongress beschloß mit 435 000 gegen
432 000 Stimmen, das allgemeine Wahlrecht zu verlangen.

Dies waren in der Hauptsache die Arbeiten des sechsten
Kongresses der Arbeiterpartei. Wichtiger als die Beschlüsse
war die überall hervortretende Ueberzeugung, daß die Arbeiter-
klasse nicht mehr zum Anhängsel der bürgerlichen Parteien
werden kann, und daß die Befreiung der Arbeiter von ihrem
selbständigen Vorgehen, von ihrem eigenen politischen und
ökonomischen Anstrengungen abhängig ist.

Unter den 350 Delegierten waren viele von der Hobe-
bank, vom Weibstuhl und vom Kadentisch weg zum Kongress
gekommen. Alle freuten sich über den gemachten Fortschritt,
aber alle waren sich auch bewußt, daß die Gegner in den
Gewerkschaften tätig sind, um die milder ausgesprochenen
Kollegen gegen die neue Partei mißtrauisch zu machen oder
gar zur Verweigerung der Geldmittel für politischen Zwecken
zu veranlassen.

Die Gründung einer politischen Parteipresse stößt auf
große Schwierigkeiten, da Zeitungsgründungen in England
sehr kostspielig sind. So hat die liberale „Tribune“ zehn
Millionen Mark zur Verfügung haben müssen, ehe sie er-
scheinen konnte. Wir werden erst dann eine politische
Arbeiterpresse haben, wenn London zehn, zwölf Arbeiter-
abgeordnete ins Parlament schickt, also eine große Zahl
Arbeiterleser stellen kann.

Die Revolution in Rußland.

Die Lage in den Ostseeprovinzen.

Aus Riga schreibt man uns: Die letzten Tage brachten
wieder fürchterliche Nachrichten aus Estland und Nordbaltland,
während in Kurland nur noch einzelne Hinrichtungen vor-
genommen sind. Die eben in Petersburg vom Jaren selbst
empfangenen Vertreter des baltischen Adels, die Barone Lieven
und Rechenow, scheinen trotz der Freistimmigen, die von den
baltischen lettischen und estnischen Blättern angefangen bis zur
„Nowoje Wremja“ hinauf gegen die Politik des deutschen Adels
sich aussprachen, doch Gehör gefunden zu haben. Eben ist ein aller-
höchstes Manifest des Jaren an den Kriegsminister veröffentlicht
worden, in welchem erlaubt wird, Boden für das Kriegsministerium
in dem Bezirke Grobin zu konfiszieren. In den kleinen Städten
wird überall Militär einquartiert. Der Adel nimmt vorläufig da-
selbst, wo die Leibwache stationiert worden ist, sein Quartier. Viele
Vereinshäuser und Schulgebäude sind zu Kasernen umgewandelt

worden. Die Lehrerseminare in Goldingen und Wolmar bleiben
für das nächste Jahr geschlossen. In letzterem sind alle Schüler
ausgeschlossen worden. Dabei sind die noch nicht fixierten drei
lettischen Zeitungen voll mit Bekanntmachungen, in denen die Ge-
meinden Lehrer suchen.

In Estland, in den Gemeinden Werjama und
Rappel, haben die Wutthunde wieder detail gehäuft, daß es sich
kaum beschreiben läßt. Nach der estnischen Zeitung „Pärivaleht“
hatte hier der Gutsbesitzer v. Kennenkaupf in der ganzen
Umgebung Leute einfangen lassen, die dann alle nach Werjama
gebracht worden waren. Am 8. Februar begann dann das Feld-
gericht seine Tätigkeit, die drei Tage dauerte und unter dem Vorsitz
des Generals Verobrasow stattfand. Ueber hundert Ver-
haftete waren abzurteilen. Auch über elf nicht Anwesende wurde
das Urteil gefällt, das ausnahmslos auf Tod lautete. In
den Verurteilten wurde die Exekution sofort vollzogen. Gegen
70 Personen wurden förmlich gezeugt, und zwar erhielten die
meisten über dreihundert Schläge. Das Volk wurde ge-
zwungen, noch einmal dem Jaren den Treueid zu leisten. In dem
Feldgericht nahm Teil der Kriegsprokurator v. Koberg. Den
Gemeinden wurde die Reinigung der niedergedrängten Güter vom
Schutt und die Anfuhr neuen Baumaterials auferlegt. Dasselbe
ist in mehreren Gemeinden Kurlands geschehen. In Reeren
wurden vier Anrechte erschossen und sechs bekamen 100 bis
400 Schläge. Die Strafexpedition hier leitete der aus Jellin be-
kannnte Rittmeister v. Siwers. Die Gemeinde mußte auch hier,
wie in Jellin, der Hinrichtung zuschauen und eine „Belehrung“ von
diesem Wutthunde anhören. Für die in den Reirwaschen Waldungen
vom Volke erschossenen Gienliere (nicht Bessere!) muß die
Gemeinde der Krone ein Strafgeld und der Gutsverwaltung einen
Schadenersatz im Gesamtbetrag von 16 000 Mk. erlegen. Auch in
der Gemeinde Kasten wurde an 23 Personen die Körperstrafe
vorgenommen. Es ist kein Wunder, daß die Strafexpeditionen auf
die Gesundheit der Einwohner einen zerrüttenden Einfluß ausüben.
Die Fälle, wo Angehörige der Verurteilten den Verhand verloren
haben, können wir gar nicht alle aufzählen. Hier wollen wir nur
die Nachricht des „Walt“ hervorheben, nach welcher in den letzten
Tagen mehrere Soldaten in die Stadt gebracht worden sind,
an welchen man Zeichen von Geistesstörung bemerkt
hat. Sogar die Kerker der Soldaten sind zarter, als die des
baltischen „Edelgeschlechtes“! Doch eine Ausnahme haben wir auch
hier zu verzeichnen. Anfang Januar erschloß sich der Offizier
v. Korff in Walk (aus der Armee Ostlows), weil er die Waffen-
morde nicht auf sein Gewissen nehmen wollte. So viel die Arbeit
der Tätigkeit der Edelherren auf dem Lande. Vielleicht genügt es
jezt der „Kreuzzeitung“ und den Herren v. Malhan und
Liebermann v. Sonnenberg! — Jezt aber noch ein
Beispiel von der Tätigkeit der baltischen Deutschen in Riga. Der
„Baltische Wächter“ beschreibt in seiner Nummer vom 13. Februar
den Ueberfall im „Hoffnungsverein“ (ein lettischer Arbeiterverein)
folgendermaßen: Am 10. Februar wurden in der Nacht in den
Räumen des Jonathan, des Hoffnungs- und des Thorenberger
Hilfsvereins Hausdurchsuchungen vorgenommen, an welchen außer dem
Militär noch Personen des „Selbstschutzes“ teilnahmen. Um
1½ Uhr nachts drangen mit großem Lärm in die Wohnung des
schlafenden Oekonomen mehrere maskierte Herren. Einer von ihnen
habe dem Oekonomen seinen Revolver auf die Brust geschloß und die
Herausgabe aller Waffen verlangt, die er überhaupt nicht gehäbi
habe. Unten in den Vereinstäumen habe er etwa 50 maskierte
Herren angetroffen, die sich für Mitglieder des deutschen „Selbst-
schutzes“ ausgegeben hätten. Alle diese Herren sind mit Revolvern
und eisernen Schlägern bewaffnet gewesen. Sie schlugen damit
alles Geschirr und die Puffeinrichtung kurz und klein. Getränke
und Papiros hätten sie auch den Soldaten angeboten, die dieselben
aber nicht nahmen, dabei bemerkend, daß sie zum Plündern nicht
gekommen seien. Nachdem die Oekonomieräume zerstört waren,
nahmen sie dieselbe Prozedur in den anderen Räumen vor und
legten schließlich an vier Stellen Feuer an, nachdem sie die Dielen
mit Petroleum begossen hatten. Die Soldaten mußten
die Herren daran gewaltig verhindern und das schon ausgebrochene Feuer wieder löschen.
Im Garten zündeten sie die Musikstrade an. Das Aushängeschild
war vollständig zerrümmert. Die „Duna Zeitung“ war anfangs
mühsam, sprach sogar von vorgeschundenen Proklamationen und
„Personen“, gab dann aber zu, daß derartige Vorgehen des Selbst-
schutzes doch mißbilligt werden müsse.

In den beiden anderen Fällen, wo die Herren des „Selbst-
schutzes“ nicht aktiv eingegriffen hatten, war die Untersuchung ohne
Plünderungen abgelaufen.

Die Duma-Wahlen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet:
Petersburg, 21. Februar. In der gestrigen Sitzung des Minister-
rats wurde festgestellt, man könne mit vollem Recht auf die recht-
zeitige Durchführung der Reichsdumawahlen rechnen, ebenso auf den
Zusammentritt der Reichsduma in der zweiten Hälfte des April
alten Stils. Höchstens das Zusammenfallen der Wahlen mit dem
Osterfest und Unwägbarkeiten in manchen Gegenden im Frühjahr
könnten die Durchführung etwas verzögern. Daher wird es vielleicht
erforderlich sein, von der vorgeschriebenen Wahl der Abgeordneten
an einem Tage Abstand zu nehmen.
Dazu schreibt man uns:
Die Mitteilungen über die baldige Wüderung des russischen
Reichstages finden in der russischen Presse wenig Glauben.
Das „Now. Wr.“ hat kürzlich aus „kompetenter Quelle“ berichtet,
daß die Termine der Reichstagswahlen und der Eröffnung de

Reichstages auf den 25. März resp. 15. April anberaumt wären. Die „Ruf“ bezweifelt die Richtigkeit dieser Angaben. Habe doch erst neulich Graf Witte durch den „Reg.-Anz.“ zu wissen gegeben, daß die Mitteilungen der „Rov. Wr.“ über die „Beschlüsse des Reichstags“ im wesentlichen der Wahrheit nicht entsprechen. Noch weniger Glauben verdienen die Angaben der „Rov. Wr.“ über den Reichstag. Graf Witte hätte vor nicht langer Zeit erklärt, daß selbst bei der vollkommensten Geschäftsführung zum 15. April kaum die Hälfte der Reichstagsabgeordneten einberufen werden könnte. Da es aber auf Erden, besonders in Russland, nichts Vollkommenes gebe, so sei auch diese Berechnung mehr als zweifelhaft. Alle diese Gerüchte hätten lediglich die Bedeutung, daß sie andere Gerüchte bestätigten, nämlich die Mitteilung, daß die ausländischen Banken jede russische Anleihe bis zur Einberufung des Reichstages kategorisch ablehnen. Somit wird der Reichstag um des Geldes willen notwendig; ist er aber notwendig, so wird er eben rechtzeitig „gemacht“ werden, ebenso wie die Stadthauptmänner in Petersburg den Frühling machen. Aber Europa — so meint das Blatt — würde sich durch eine künstlich aus Liebfindern zusammengestellte Duma nicht blipieren lassen. Geld würde Russland nur dann bekommen, wenn die Wahlen wirklich ehrlich und frei vollzogen werden würden.

Der weiße Schrecken.

Petersburg, 21. Februar. Die Administration begann die wegen politischer Vergehen Verhafteten der nördlichen Gouvernements per Schub zu expedieren. Der für Ostibirien bestimmte Teil geht mit Rücksicht auf die Verbindung zeitweilig in abgelegene Gegenden Westsibirien. Ein Beobachter erklärte einem seit 1 1/2 Monaten verhafteten Moskauer Studenten, die Studenten dürften unter Anklage gestellt werden, falls die Polizei genügend Material aufbringe wegen ihrer Beteiligung an dem Eisenbahnerstreik. Falls das Material nicht aufgebracht werden könne, würden sie auf administrativem Wege in entferntere Gegenden verschickt.

Dtschafow, 20. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute begann vor dem Marinekriegsgericht der Prozeß gegen den Leutnant Schmidt, 37 Matrosen von der Besatzung des Kreuzers „Dtschafow“, zwei Studenten der Universität Odessa und einen Bauer. Es sind 99 Belastungszeugen und 27 Entlastungszeugen geladen. Der Prozeß wird zehn Tage dauern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar.

Drei Tage Wahlrechtsdebatte.

Noch einmal kam heute die Debatte über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtage der Einzelstaaten auf und füllte den ganzen Schwerinstag aus. Als erster Redner zur zweiten Lesung des Antrags widerlegte Genosse Herzfeld die Einwände der Gegner aus der ersten Lesung und entrollte dann ein Bild reaktionärer Zurückgebliebenheit an den Zuständen in Mecklenburg, das den Mecklenburger v. Maljan auf die Tribüne führte, um die mecklenburgischen Verhältnisse unter ironischen Jurisfen von der Linken als zeitgemäße und wünschenswerte hinzustellen.

Dann fühlte der Stöcker sich berufen, noch einmal seinen Haß gegen die Sozialdemokratie zu verspritzen. Es schien aber, als ob diese verunglückte Stöckerrede ein Gefühl des Unbehagens auf der Rechten verursacht habe und daß deshalb der Schriftführer Rauff das Haus zusammensänkte, als der Abg. v. Kardorff mit einem Faßzettel Redematerialien die Tribüne betrat, um zu einem schweren Schlag gegen die Sozialdemokratie auszuholen, der die Scharte auswegen sollte. Es kam freilich anders. Vorher hatte indes Genosse Bernstein die Stöckerschen Auslassungen auf ihren Inhalt geprüft und das parlamentarische Komödiantentum Stöckers, insbesondere auch durch Erinnerung an den famosen Scheiterhaufenbrief Stöckers gekennzeichnet.

Herr v. Kardorff löste während seiner Rede wahre Lachsalben bei den Unserigen aus. Arg zerzaust wurden seine Ausführungen durch eine markige, herzerfrischende, die historische Entwicklung der parlamentarisch-politischen Zustände Deutschlands in den letzten vierzig Jahren scharf und klar zeichnende Rede Debels. Auch der dritte Tag der Wahlrechtsantrags-Debatte stellt einen moralischen Sieg des Wahlrechtskampfes dar.

Zur Abstimmung beantragten die Freisinnigen, über den ersten Absatz des Antrages getrennt abzustimmen, der dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen und Elsäßer abgelehnt wurde. Bei der Gesamtabstimmung stimmten nur die Sozialdemokraten für den Antrag. Eine dritte Lesung findet nach dieser Abstimmung nicht statt.

Morgen: Handelsvertragsprovisorium mit Amerika, dann Justizetat.

Staatsberatung im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat sich vorgenommen, bis Mitte März den Etat zu erledigen, damit die „Erste Kammer“ auch noch Zeit zur Beratung hat und der Etat am verfassungsmäßigen Termin, dem 1. April, in Kraft treten kann. Bei dem Hebeelifer, von dem die Abgeordneten besetzt sind, läßt sich dies Ziel nur unter Zuhilfenahme von Abendstunden erreichen. Auch am Mittwoch wurde mit einer dreistündigen Unterbrechung von Vormittags bis zum späten Abend über die Geschichte des preussischen Staates beraten, und zwar erledigte das Haus zunächst den Justizetat, der den Vertretern der verschiedenen Parteien Gelegenheit gab, um die Gunst der Beamten zu buhlen. Der eine legte sich für diese, der andere für jene Beamtenkategorie ins Zeug. Ob mit oder ohne Erfolg, das wird die Zukunft lehren.

Bei der Beratung des Etats der Bauverwaltung kam es zu einer eingehenden Erörterung der Frage der Erhebung von Gebühren für die Vermengung der natürlichen Wasserstraßen. Die Frage selbst ist bereits erledigt, da das Haus — in Widerspruch mit der Reichsverfassung — sich bei der Beratung der wasserwirtschaftlichen Vorlage auf die Erhebung von Schiffahrtsgebühren festgelegt hat. Die Konservativen scheinen sich mit dem früheren Beschluß nicht begnügen zu wollen. Der Appetit kommt beim Essen und es scheint, daß sie die Gebühren so bemessen wollen, daß nicht nur die Aufwendungen für Reklamationen amorisiert und verzinst werden, sondern daß noch ein Ueberschuß dabei herauskommt. Wie lange die Regierung sich diesem Streben der Verkehrsfeinde widersetzen wird, bleibt abzuwarten. Nach der entgegenkommenden Haltung des Ministers Budge kann man sich auf alles gefaßt machen.

Auch die Abendstimmung wurde noch mit der Beratung des Etats der Bauverwaltung ausgefüllt.

Das Spiel mit dem Feuer.

Die Marokkolonferenz kommt aus den Konflikten nicht mehr heraus. Zu dem noch unerledigten Konflikt wegen der Postkontrollen ist nun bereits ein neuer Konflikt wegen der Organisation der marokkanischen Staatsbank getreten. Der deutsche Vorschlag begegnet wiederum der französischen Opposition. Deutschland verlangt, daß das Kapital der marokkanischen Bank aus gleichen Anteilen der beteiligten Staaten zusammengelegt werde, während Frankreich vier Anteile für sich beansprucht, während den übrigen Mächten zusammen elf Anteile zufallen sollen. Ferner verlangt der deutsche Entwurf, daß die Aufsicht über die Bank dem diplomatischen Korps in Tanger übertragen werde, während der französische Entwurf wünscht, daß die Aufsicht von einem durch die marokkanische Regierung angestellten Kommissar ausgeübt werde. Weiter will der französische Vorkontrakt die Bank unter die französische Konsulargerichtsbarkeit stellen, während Deutschland eine gemischte Gerichtsbarkeit nach ägyptischem Muster wünscht. Schließlich verlangt Frankreich, daß das Statut durch einen Verwaltungsrat gemeinsam mit der Versammlung der Aktionäre festgelegt werden soll, während nach dem deutschen Entwurf diese Festsetzungen durch einen Verwaltungsrat und die Aufsichtsbehörde stattfinden soll.

Auch bei diesem neuen Konflikt handelt es sich darum, ob Frankreich in Marokko eine dominierende Stellung zufallen soll, oder aber ob den Wünschen Deutschlands gemäß Frankreichs Einfluß nur ebenso hoch bemessen sein soll, als der der übrigen Staaten. Mit anderen Worten: Frankreich soll gestumpft werden, auf die ihm durch den englisch-französischen und englisch-spanischen Vertrag eingeräumten Sonderrechte vollständig zu verzichten.

Angeht die gegenwärtige Situation fehlt es nicht an Besessenen, die nicht nur ein vollständiges Scheitern der Marokkolonferenz voranzusehen, sondern die tatsächlich befürchten, daß der Marokkokonflikt schließlich zu einer Spannung zwischen den beiderseitigen Mächten führen werde, die sich in einem Kriege entladen müßte. Wir haben wiederholt dargelegt, daß selbst vom Standpunkte der kapitalistischen Weltpolitik aus ein Krieg Marokkos wegen einer ungläublichen Freivolität wäre. Die deutschen Handelsinteressen in Marokko sind so minimaler Art, und die Zusicherungen, die von Frankreich in handelspolitischer Beziehung zu erlangen wären, sind zweifellos so beruhigende, daß es geradezu eine Ungeheuerlichkeit wäre, wenn die deutsche Regierung einen ernsthaften Konflikt vom Tische brähe! Wie schlecht es immer vom absoluten Rechtsstandpunkte aus um die französischen Souveränitätsgelüste über Marokko aussehe mag: das steht fest, daß Frankreich nicht nur durch seine algerischen Interessen ein höheres Anrecht auf die Kontrolle über Marokko hat, als irgend ein anderer Staat, sondern daß es auch durch seine diplomatischen Verhandlungen mit Marokko, die seit Jahrzehnten gepflogen worden sind, ein solches Anrecht nach den Gepflogenheiten der kapitalistischen Weltpolitik hinlänglich erworben hat. Umgekehrt hat Deutschland erst seit etwa Jahresfrist entdeckt, daß Frankreichs Absichten auf Marokko den deutschen Interessen zuwiderlaufen und auf alle Fälle vereitelt werden müssen. Deutschlands Vorgehen ist um so beispielloser, als es auch nicht einen Finger gerührt hat, um dem Vorgehen Russlands gegen die Mandschurei und Englands gegen die Burenrepublik auch nur die geringsten Schwierigkeiten zu bereiten.

Für so unmöglich wie es deshalb auch halten, daß die deutsche Diplomatie tatsächlich den Marokkohandel zum Anlaß nehmen könnte, einen Krieg mit Frankreich zu provozieren, für so notwendig halten wir es doch, immer wieder mit allem Nachdruck zu betonen, daß schon das gegenwärtige Spiel mit dem Feuer eine Leichtfertigkeit ohne gleichen ist, und daß die Masse des deutschen Volkes dem mit so beispiellosem Eifer gesührten Marokkokonflikt mit absoluter Gleichgültigkeit gegenübersteht. Je heftiger die zünftige Diplomatie vorgeht, desto wichtiger Protest hat die Öffentlichkeit gegen dieses freche Spiel zu erheben. Die deutsche Arbeiterschaft hat umso mehr Ursache, einen solchen Protest gegen die Politik der deutschen Regierung zu erheben, als auch die französische Arbeiterschaft durch ihre Vertreter einen gleichen Protest gegen die französische Regierungspolitik erheben läßt. So hat Genosse Jaurès, wie wir Telegrammen aus London entnehmen, an das regierungsoffizielle englische Organ, die „Tribune“, einen offenen Brief gerichtet, in dem er erklärt, daß England Frankreich durchaus keinen Dienst leiste, wenn es Frankreich zum Widerstand ermutige. In der Tat, das arbeitende Volk diesseits und jenseits des Rheins hat die Pflicht, den beiderseitigen Regierungen so einbringlich als möglich klar zu machen, daß es keinen Anteil hat an der konfliktlastigen Politik der Regierungen, auf deren Haupten ganz allein alle Folgen einer solchen Politik fallen werden!

Deutsches Reich.

Der Zeugniszwang

in Forst in der Lausitz wird fortgesetzt. Das Landgericht hat die Beschwerde der inhaftierten Seher gegen das ihnen gegenüber ausgeübte Verfahren verworfen und die Ungehörlichkeit für Recht erklärt, daß die Justiz Chrenmänner zu einer schädigen Handlung zwingen darf!

Eine Amnestie

wird von verschiedenen Seiten für den Tag der silbernen Hochzeit des Kaisers angekündigt. Unter die Amnestie sollen angeblich alle wegen Vergehens oder Uebertretung bis sechs Wochen Gefängnis bezw. Haft oder bis zu 150 M. Geldstrafe Verurteilten fallen. — Da das Mindestmaß für Majestätsbeleidigungen zwei Monate beträgt, darf kein Majestätsbeleidiger hoffen, so glimpflich davon zu kommen, wie jener bekannte französische Spötter. —

Ein Studentenaufmarsch

Ein trauriges Zeichen des geistigen Verfalls unserer Universitäten war es, daß die neuerlichen Verstöße unserer jüngerlich pfäfflichen Reaktion gegen die Geistesfreiheit, wie z. B. die Schulverfassungsvorlage, an den deutschen Universitäten völlig unbeachtet blieb. Die geistigen Väter des deutschen Sozialismus haben es allerdings schon vor mehr als einem halben Jahrhundert im kommunistischen Manifest ausgesprochen, daß der Kapitalismus auch die Wissenschaft in eine käufliche Ware verwandle. Die Praxis hat seitdem immer drastischer bewiesen, daß es eine unparteiische, „freie“ Wissenschaft nicht gibt, sondern daß die Wissenschaft sich auf allen ihren Gebieten, betruht oder unbetrüht, in den Dienst der herrschenden Klassen und ihrer Interessen stellt. Diejenigen freilich, die noch nicht ahnen, daß die geistige Kultur nur der Reflex der ökonomischen Triebkräfte und Interessen ist, denen die schöne Bahndarstellung von einer wirklich unabhängigen und freien Wissenschaft noch als eine wenigstens mögliche und erstrebenswerte Wirklichkeit erscheint, hätten an der kläglichen Kapitulation der Universitäten vor der immer frecher auftretenden Geistesbarbarei in der Tat den härtesten Anstoß geben müssen. Und wo sollte sich dieser naive Idealismus in den Kreisen des Bürgertums noch finden, wenn nicht unter den Studenten, die den sozialen Kämpfen noch relativ unbeeinträchtigt gegenüberstehen? Woher selbst

in der deutschen Studentenschaft hat sich bisher kein Lüftchen geregt. Man hat den lächerlichen Prosch-Raufkrieg um die „akademische Freiheit“ der Unterdrückung konfessioneller Studentenverbindungen gestiftet, man hat gegen die russischen Studenten gehetzt, man hat sich von den Flottenlegern ins Schlepptau nehmen lassen; aber von einem Eintreten für wahre Geistesfreiheit ist niemals die Rede gewesen. Ein Beweis, wie sehr in unserer Studentenschaft aller ideale Geist verschwunden ist und über Karriere-schmauferei der Platz geräumt hat. Da berührt es denn beinahe bekrembend, daß sich jetzt wirklich ein kleines Häuflein von Studenten gefunden hat, das dem gesumungslosen Strebertum den Handschuh hinwirft und von den angeblischen Repräsentanten der freien Wissenschaft auch ehrlichen Bekenner und Kampf gegen Zetotetium und Volksverdummung heißt. Fünf Leipziger und Berliner Studenten erlassen nämlich einen Aufruf an die Lehrer und Schüler der deutschen Universitäten und technischen Hochschulen, in denen sie an alle „akademischen Mitbürger“ die Aufforderung ergehen lassen, „offen und mit höchster Aktivität in den konfessionellen Kämpfen der Gegenwart (Schulgesetzvorlage, Toleranzantrag) Stellung zu nehmen“.

Der Aufruf beginnt mit den Sätzen:

„Die schwer erkämpfte Freiheit des deutschen Geistes ist in Gefahr. Keinen offenen Vorstoß wagen die Gegner. Sie führen einen stillen schleichenden Angriff wider die Selbstbestimmung der Persönlichkeit, die sie wie im Mittelalter in dogmatische Fesseln schlagen wollen. Und nur allzuschwach ist die Widerstandskraft der zur Abwehr berufenen Männer, immer keimiger und schüchtern wird ihr Protest. Schon ist der deutsche Staat ganz ins Schlepptau dieser Mächte geraten. Der Geist der Unfreiheit durchdringt verbreitend immer weitere Schichten unseres zu den höchsten Kulturleistungen berufenen Volkes.“

Wir sind der Ueberzeugung, daß an diesen traurigen und unwürdigen Zuständen die zweideutige und unentschiedene Haltung der Hochschulen die Hauptschuld trägt. Wenn die Hochschulen versagen, muß die freiwillige Kraft des deutschen Volkes erlahmen. Und die Hochschulen haben in Professoren und Studenten seit Jahrzehnten gänzlich versagt. Professoren und Studenten meiden jede entschiedene Stellungnahme in dem großen Kampfe, von dessen Ausgang die geistige Zukunft unseres Volkes abhängt. Diese Charakterchwäche der Hochschulen muß notwendig unter Volk verpöndelt, es dem geistigen Verfall ausliefern.“

Zum Schluß ergeht dann speziell an die Studenten der Aufruf, sich dadurch „von den hemmenden Fesseln der überlebten Konfessionen“ loszulösen, daß sie in Massen ihren Austritt aus der Landeskirche vollziehen.

Schon die von uns zitierten Stellen des Aufrufs beweisen, daß derselbe sich sehr in allgemeinen Wendungen bewegt und die Erkenntnis der tieferen Ursachen der Entartung unserer offiziellen Wissenschaft vollständig vermissen läßt. Trotz alledem: Der Aufruf ist ohne Zweifel eine charaktervolle Tat, er ist getragen von dem ehrlichen Enthusiasmus und dem rücksichtslosen Wagemut der Jugend.

Wie nun werden die Professoren und „Kommissionen“ auf diesen Appell reagieren? Wofür nicht viel anders, als vor nunmehr beinahe 100 Jahren der akademische Senat der Universität Oxford, der über das Verbrechen eines jugendlichen Studenten abzuurteilen hatte, der so unbesonnen gewesen war, ihm eine Abhandlung zuzulassen, in der die „Notwendigkeit des Atheismus“ dargelegt wurde. Dieser junge Oxford Student war kein anderer, als der geniale Dichter Shelley, einer der kühnsten dichterischen Propheten des Sozialismus. Shelley wurde relegiert! Seitdem sind ja nun hundert Jahre vergangen, trotzdem fürchtet wir, daß es auch im „Land der Denker“ den fünf Unterzeichneten des Aufrufs nicht allzu viel besser ergehen wird als ihrem berühmten Vorläufer in England. Vielleicht wird man sie nicht relegieren, sondern nur durchs Examen fallen lassen. Auf alle Fälle stehen ihnen die interessantesten Erfahrungen über das bevor, was man innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unter Freiheit der Wissenschaft versteht!

Ein gerichtliches Nachspiel zur Elberfelder Stadtverordnetenwahl gab es am Montag am Landgericht in Elberfeld. Die letzten Stadtverordnetenwahlkämpfe sind in Elberfeld mit beispielloser Heftigkeit geführt worden. Dank des in den rheinischen Städten besonders schlichten Wahlsystems hielt sich bisher das bürgerliche Stadtkorps für unzerstörbar, und in seinem Herrscherdünkel zugleich für ein noli me tangere. Bei der Wahl leuchtete nun einmal unsere Partei gründlich hinter die Kulissen. Ein großes Register von Kartellstücken wurde durch Flugblätter aufgedeckt. Die Wit der Gegner war groß, aber sie konnten die Vorwürfe nicht entkräften. Doch hält — zwei Punkte sollten nicht stimmen: der eine betraf die Schulverwaltung, der andere die Lebensmittellieferung nach dem städtischen Krankenhaus. Die sofort angekündigte Beleidigungsklage wurde als Wahltrick benutzt. Am Montag wurde über die Sache zu Gericht gesehen. Die Verhandlung dauerte über sieben Stunden. Angeklagt waren die Genossen Ullmann und Grimpe als Herausgeber bzw. Drucker der Flugblätter und Genosse Hoffmann als verantwortlicher Redakteur der „Freien Presse“, welche einen Teil der inkriminierten Behauptungen gleichfalls gebracht hatte. In der Schulangelegenheit wurde die angelegte Behauptung fast voll erwiesen, aber die Schulverwaltung behauptete, in dem Flugblatt sei der Sache eine falsche Bedeutung beigelegt worden! — In dem anderen Fall wurde durch Zeugen zweifellos erwiesen, daß ein Wagon Kartoffeln schlechter Qualität nach dem Krankenhaus geliefert worden ist, die vielfach faul, matschig und zum größten Teile außen schwarz waren. Trotzdem nahm das Gericht auch in diesem Falle an, daß die Beweisaufnahme nicht zugunsten der Angeklagten ausgefallen sei und verurteilte den Angeklagten Ullmann zu 300 M., Hoffmann zu 100 M. Geldstrafe. Grimpe wurde freigesprochen, da seine Mitäterschaft nicht erwiesen sei. Bemerkenswert ist, daß der Stadtverordnete Friederichs, der die erste Weige in der Aufsicht über die städtischen Krankenhäuser stellt, seit langer, langer Zeit Lieferant (in Manufakturwaren) für das städtische Krankenhaus ist. Auf die Frage, ob die Firma auch in den letzten zwei Jahren noch Lieferungen gehabt habe, sagte er, seine Wissens nicht! — In den letzten Jahren hat unsere Partei heftige Opposition dagegen erheben, daß Stadtverordnete mit Lieferungen für die Stadt betraut werden.

Der Wahlrechtskampf in Sachsen nimmt seinen Fortgang.

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Dreiklassenwahlsystems zum sächsischen Landtag werden am 3., 4. und 5. März dieses Jahres in ganz Sachsen Protestversammlungen abgehalten werden mit dem Thema: Zehn Jahre Dreiklassenwahlrecht in Sachsen!

Aus der Hamburger Bürgerschaft.

In der Sitzung des Hamburger Parlaments vom 17. Februar gelangte der Antrag des Senats auf Entschädigung der durch die Exzesse am Abend des 17. Januar in Wilschenschaft gezogenen Grundeigentümer und Pächter aus Staatsmitteln zur Verhandlung. Der Senat beantragte die Vereinfachung einer Summe von 50 000 M. und die Einsetzung einer aus Senats- und Bürgerschaftsmitgliedern bestehenden Kommission, der die Verneuerung der Entschädigung je nach Lage des einzelnen Falls überlassen

werden soll. In der Begründung des Antrages durch den Senat wird u. a. angeführt:

„Ein Teil der Geschädigten hat an den Senat einen Antrag auf Schadloshaltung gerichtet und in diesem Gesuch u. a. die Behauptung aufgestellt, die Polizei habe schuldhafterweise den Schoppenstehl während der kritischen Zeit ohne jeden Schutz gelassen. Aus dem vorliegenden amtlichen Bericht, welcher auf der Kanzlei der Bürgerchaft niedergelegt wird, ergibt sich, daß diese Behauptung jeder Berechtigung entbehrt. Da überdies die Tatsache, daß bei einer Zusammenrottung, einem Aufruhr oder Kufuhr Eigentumsverletzungen vorgekommen sind, nach bamburgischem Rechte zweifellos nicht genügt, um dem Staate gegenüber einen Anspruch auf Schadloshaltung zu begründen, so muß ein Rechtsanspruch der Geschädigten als unbegründet zurückgewiesen werden.“

Der Senat führt Willigkeitsgründe zugunsten der Schadloshaltung der Geschädigten an. Die „amtlichen Berichte“ sind Mitteilungen der Polizeibeamten, deren Anwesenheit zur fraglichen Zeit von Augenzeugen entschieden wird. Wie mögen die „amtlichen Berichte“ wohl zustande gekommen sein? Wie dem Schreiber dieser Zeilen von im Erzgebirge wohnenden Leuten mitgeteilt worden ist, sind tags darauf Beamte in der Gegend am Schoppenstehl vorstellig geworden und haben „Anfrage“ gehalten. Dies scheinen die amtlichen Berichte zu sein, auf die der Senat sich stützt.

Die bis ins hohe Alter „gesicherte Existenz“.

Wegen Majestätsbeleidigung verhandelte das Landgericht Schweinfurt gegen den Klempner W. G. Gebjattel aus Püsch. Am, wie er selbst angab, im Gefängnis versorgt zu werden, stieß er im Wirtshaus Äußerungen aus, die als Beleidigungen des Kaisers und des Prinzregenten von Bayern betrachtet wurden. Das Gericht erfüllte seinen Wunsch und verurteilte ihn zu 4 1/2 Monaten Gefängnis.

Husland.

Italien.

Bauernrevolten.

Übermals kommt die Nachricht von Bauernrevolten. Diesmal ist der Schauplatz Istri, 17 Kilometer vom adriatischen Meer entfernt. Die Bauern erhoben sich wegen Steuerüberlastung. Das Rathaus wurde demoliert.

Wie in Italien Bauernunruhen entstehen, zeigt recht deutlich der schon einige Zeit zurückliegende Fall von Ostia in der Romagna: In jener Gegend ist, wie auch sonst in Italien, noch viel unbaubares Land vorhanden, und die proletarischen Ackerbauern sind es, die es mit ihrem Schwitz der Menschheit nutzbar machen. Der Druck auf sie ist aber ein so großer, daß sie häufig genug zur Verzweiflung und zu Ausschreitungen getrieben werden. In der oben bezeichneten Gegend ist die Regierung Besitzerin der von den Bauern urbar gemachten Ländereien geworden. Die Bauern bildeten eine Genossenschaft und die Kolonie wurde ihnen zur Bewahrung überlassen. Im August vergangenen Jahres sollte aber die Kolonie an den Reichsbahnen ausgeschrieben werden. Darüber war große Erregung unter den Bauern, die mit allen gesetzlichen Mitteln die Ausschreibung rückgängig zu machen suchten. Sie erhielten auch vom damaligen Ministerpräsidenten Fortis, vom Finanzminister Majorana und von Luzzatti, der jetzt wieder Minister ist, das Versprechen, ein Gesetzentwurf werde der Kammer unterbreitet werden, der den Bauern die Frucht ihrer Mühen sichern, und durch den ihnen die Kolonie Ostia in Erbpacht überlassen werden sollte. Die Kolonie wurde aber wieder an den Reichsbahnen ausgeschrieben, und die Aufregung der Bauern stieg bis zur Siedehitze. Schon sahen sie, wie so oft, die Großgrundbesitzer sich ihrer Scholle bemächtigen, denen sie bei 80 Centestimi (85 Pf.) Tagelohn und schlechter Behandlung wieder fronden mühten. Ein Blutbad wäre unausbleiblich gewesen. Die Bauern begaben sich nochmals zum Minister der Finanzen, Solandra, der die für den nächsten Tag angeordnete Versteigerung zurückzog und den Interstaatssekretär Alessio beauftragte, die Verhandlung mit den Bauern ihrem Wunsche gemäß zu Ende zu führen.

Niederlande.

Die Koalitionsfreiheit der Staatsbeamten in der Kammer.

Bei der Staatsberatung im Dezember hatte die Zweite Kammer die Debatte über die Lage des Personalpersonals vertagt, um den Etat bis Weihnachten zu erledigen.

Vorige Woche hat nun die Debatte stattgefunden, deren Ursache die allgemeine Unzufriedenheit der Staatsangestellten bildet. Die Organisationen der Unzufriedenen haben die Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden lassen, umso mehr als die Kollegen anderer Länder ihnen mit gutem Beispiel vorangegangen waren und die Koalitionsfreiheit der Staatsbeamten und Arbeiter debattiert hatten.

In Holland hatte man diese Freiheit früher nie bestritten. Erst die vorige — die liberale — Regierung begann damit, indem sie im Jahre 1903 sogar die im Dienste von Privatgesellschaften stehenden Eisenbahner mit den „Arbeitern in öffentlichen Diensten“ gleichstellte und diesen wie jenen das Streikrecht raubte! Auch ließ die Regierung dem „Bund der Marinematrosen“ die juristische Persönlichkeitsfrage absprechen, der Generalpostdirektor weigerte sich, Petitionen von Organisationen des ihm unterstellten Personal entgegenzunehmen, weil er jene nicht als vertretungsberechtigte Körperschaften anerkennen wollte usw.

In der Debatte brachten unsere Genossen die argen Missetände bei der Post sowie die Organisationsfeindlichkeit der Regierung zur Sprache. In bezug auf die Verbesserung der materiellen Lage des Personal gab der neue liberale Minister, Kraus, einigermassen befriedigende Auskunft. Nicht amähernd so deutlich drückte er sich aber in der anderen, der Prinzipienfrage aus. Weber „Ja“ noch „Nein“ lautete die Antwort, sondern echt liberal: der Minister werde die Vereine beobachten; er werde sie nicht hindern, wenn sie nicht gegen die Interessen des Dienstes handelten; dagegen werde er den Dienst schädigende Handlungen nicht dulden — und was dergleichen nichts-oder richtig-erwählende Redensarten mehr waren. — Die Parteigenossen des liberalen Ministers hieben selbstverständlich in dieselbe Kerbe.

Zwischen den Liberalen und unseren Genossen entspann sich eine scharfe prinzipielle Debatte, da jene den Staatsarbeitern das Koalitionsrecht rundweg absperrten, weil es der Staatshoheit widerspreche! Auch die holländischen Konservativen also, die gegen die „Staatsmacht“, welche die persönliche Freiheit töte, Peter und Werdio schreien, sobald es sich um soziale Gesetze handelt, sind sofort Befürworter des unbedingten Staatsabsolutismus, sobald es sich um Anhebung der Arbeiter handelt. Auch die „Demokraten“ unter diesen „Christen“, selbst die christlichen Arbeiterführer Talma und van Blint stellten sich auf den gekennzeichneten unreaktionären Standpunkt.

Genosse Kroelstra wies darauf hin, daß auch die Staatsarbeiter für ihre Interessen zu kämpfen haben. Sonst gelte ja doch nichts für sie, und zu ihrem Kampfe ist die Organisation unbedingt notwendig. Worauf Herr Talma sagte: „Herr Kroelstra stempelt diese Organisationen zu Kampfmitteln! Damit hat er deutlich gesagt, warum er sie will, und damit hat er ebenso deutlich gesagt, warum wir sie nicht wollen.“

Die Regierung will zur Vertretung der Interessen des Personal eine Art Gruppenvertretung einführen. Sie will die Organisationen also offiziell nicht verbieten, ihnen aber den Mund aus den Segeln nehmen.

Nicht für, nicht gegen; nicht rechts, nicht links; nicht ja, nicht nein, das ist die hohe Weisheit der liberalen Bilanzpolitik.

Schweden.

Klassenjustiz gegen „Social-Demokraten“.

„Social-Demokraten“ verantwortlicher Redakteur C. R. Carlsson ist am Montag vom Svea Hofgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil in einer Streiknotiz ein Aufscher mit dem in der Arbeiterschaft üblichen und den Tatsachen entsprechendem Worte „Streikbrocher“ bezeichnet worden war! Die Unterinstanz, das Rathausgericht zu Stockholm, hatte Carlsson dafür zu einigen hundert Kronen Geldstrafe und zu Schadenersatz verurteilt.

In einem zweiten Falle, in dem ein anderer Arbeitswilliger gegen „Social-Demokraten“ Redakteur eine Verleumdungsklage erhoben hatte, beließ es das Hofgericht bei der vom Rathausgericht festgesetzten Geldstrafe. Damit bestätigte es aber ein Urteil, das nicht minder als der Ausfluß einer rücksichtslosen Klassenjustiz bezeichnet werden muß. Hier war nämlich in der Streiknotiz selbst keinerlei Grund zu einer Anklage gegeben. Aber in einer anderen Nummer von „Social-Demokraten“ war ein Artikel erschienen, in welchem Kartgelegt wurde, was innerhalb der organisierten Arbeiterschaft als Verräterei angesehen wird. Die Streiknotiz mit dem Namen des Arbeitswilligen und jenen Artikel brachte das Rathausgericht miteinander in Verbindung, und das auf diese willkürliche Kombination gegründete Urteil schien auch der höheren Instanz gerechtfertigt.

Östern.

Rinkerlichen-Politik.

Tokio, 20. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Der Kaiser empfing heute in feierlicher Audienz den Prinzen Arthur von Connaught, der ihm den König Eduard vertriehenen Ordenbandorden überreichte. Der Kaiser stattete später dem Prinzen Arthur einen Besuch ab und brachte zum Ausdruck, einen wie hohen Wert er auf ein Zeichen der Freundschaft und der Aneignung des Königs Eduard lege.

Tokio, 20. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Der Kaiser verlich dem Prinzen Arthur von Connaught, den Christusmordmorden.

Soziales.

Die Heimarbeiter im sächsischen Erzgebirge.

Ueber diese Thema sprach Genosse Paul Göhre am Dienstag im Einigungsaal des Berliner Gewerkschafts. Zunächst gab er ein Bild von dem Gebiet der erzgebirgischen Hausindustrie, sowie von ihren verschiedenen Produktionszweigen und ihrer Verteilung. Es folgte dann eine zum Teil auf selbst ermitteltem Material gestützte Darstellung der Verhältnisse. Zweierlei Arten der Heimindustrie seien hier zu unterscheiden, eine ältere und eine jüngere. Die ältere sei nichts als eine Reflexerscheinung der alten Handwerksstätigkeit in dortiger Gegend, die jüngere dagegen eine Begleitererscheinung der modernen Fabrikindustrie. Die ältere habe ausschließlich den Lebensberuf, sei Männerarbeit verbunden mit der Arbeit der ganzen Familie. Bei der jüngeren handelt es sich um die Arbeit von Frau und Kindern zur Erzielung eines Nebenverdienstes dort, wo der Mann in die Fabrik zu gehen oder sonstigen Geschäften außerhalb des „Heims“ nachzugehen müsse. — Die ältere Heimindustrie sei fahbarer, das Material darüber deshalb ein fester und erschöpfender. Das Schlimmste, was es in Deutschland gebe, sei die Spielmachereindustrie im sächsischen Erzgebirge. Die Produktion der arbeitslosen Handwerker sei wirtschaftlich gesehen, kompliziert. Der Mann, der die Dinge mache, sei „selbständiger“ Unternehmer. Er kaufe das Holz ein oder er kaufe Halbfabrikate, d. h. bereits behacktes oder bedrechseltes Holz, aus dem er wieder die einzelnen Teile herauspalte und die Schnitzarbeit vornehme, um die Sache dann als Dreiecksfabrikat wieder weiter zu verkaufen; an den Maler oder den Leimer, je nachdem. Die stellten sie fertig und suchten nun die Spielfächerchen an die sogenannten Verleger zu verkaufen, die ihren Sitz in der einen Gegend besonders in Oberhausen, in der anderen Gegend besonders in Grünhainichen hätten. Namenlich Sonnabends zögen sie mit großen Körben heran. Jeder habe seinen bestimmten Verleger, dem er jedesmal neu seine Ware anbieten müsse. Lehne der den Kauf ab, so sei die Möglichkeit der Verwertung gleich Null und der Heimindustrielle stehe direkt vor dem Hungertode, vor dem Ruin. Er sei abhängig von dem Mann. So gehe es seit achtzig Jahren. Die Verleger wählten das zu nutzen. Wenn sie auch nicht alle gleich wären, so gebe es doch harte, ungeschmerliche Naturen unter ihnen, die den Leuten, die die Ware anbieten kämen, erst klar zu machen suchten, daß sie „Rist“ brächten, um so die Abgabe um jeden Preis zu erzielen. Oder sie rebeten zum gleichen Zweck ihnen vor, sie hätten den ganzen Boden voll zu legen und brachten den Mann nicht. Und nun der Verdienst. Der Katalog der Heimarbeiter-Ausstellung nenne Wochenverdienste von einer Mark und zwanzig Pfennige bis 82 M., und einen von 82 M. Er müsse sagen, während seiner siebenjährigen Wirksamkeit im Erzgebirge sei ihm noch niemals die Familie mit dem Wochenverdienst von 82 M. begegnet. (Zuruf: Der Mann hat eigenen Verkaufstand.) Wenn man den Wochenverdienst der im Katalog berücksichtigten 150 Familien zusammenrechnet und durch 150 dividiert, so läme ein Durchschnitt von 11 M. pro Familie heraus. Das sei natürlich aus verschiedenen Gründen eine ganz willkürliche Berechnung. Aber 11 M. seien als Wochenverdienst über den Leuten gar nicht festzustellen. Es sei viel zu hoch gegriffen damit. Der Mann, dessen Familie mit ihm zusammen durchschnittlich 11 M. dort oben in der Woche verdiene, sei ein kleiner Baron und fühle sich unendlich glücklich. Durch Besuch in den Häusern der Spielwarenmacher und durch Nachfragen im Gespräch habe er selber Feststellungen gemacht, die er Zugende von Malen den Leuten in den Versammlungen zur Kontrolle vorgehalten habe, ohne daß jemals Widerspruch erhoben worden sei. Höchstens hätten die Leute sie als noch zu hoch bezeichnet. Nach seinen Feststellungen — und da habe er noch optimistisch geredet — läme für die Familie im Durchschnitt ein Wochenverdienst von 7—8 M., ein Jahresverdienst von 350—400 M. heraus. Da läme auf den Tag 1—1,25 M., 1,35 M. Das sei der Familienverdienst, und nach seinen Erfahrungen bestehe die Familie der Spielmacher dort durchschnittlich aus 5 Köpfen. In Betracht kämen etwa 10 000 Menschen (Männer, Frauen und Kinder) in der Spielmachereindustrie des sächsischen Erzgebirges; vor 10 Jahren seien es noch 12 000 bis 14 000 gewesen. Jener erbärmliche Jahresverdienst von 350 bis 400 M. werde aber nur erreicht, wenn der Verleger keine Späne mache, wenn keine Abfahrtsreise auf dem Rakte eintrete und keine Krankheit dazwischen komme. Jeder Zwischenfall verringere ihn. Natürlich gebe es, wie schon aus dem Katalog der Ausstellung hervorgehe, Ausnahmen nach oben und nach unten. Die Arbeitszeit sei 13—15 Stunden durchschnittlich im Tage, worin nicht etwa Mittags- oder Vesperpausen eingerechnet seien. Dränge die Arbeit, komme der Lieferant heran, so dehne man die Arbeitszeit in den letzten Tagen noch weiter aus, auf 17, 18 und 19 Stunden, und es gäbe Familien, die, wenn es pressiere, die letzten zwei Nächte durcharbeiteten. Nicht bloß Vater und Mutter, sondern auch die älteren Kinder, worunter man dort schon die 9- und 10jährigen verhehe. Die Arbeit beruhe auf absolutester Arbeitsteilung. Jede Handbewegung sei genau ausgerechnet. Jeder mache dieselbe Bewegung am selben Produkt Woche um Woche, Jahr um Jahr, das ganze Leben lang. Es werde der Mensch zur Maschine. Es sei infolge der unendlich spezialisierten Arbeitsweise die geisttödtende Arbeit. Mann, Frau und Kinder arbeiten in „Gleichberechtigung“ neben einander. Das Kind, das in die Schule gehe, sei von vornherein an den Arbeitstisch gebannt. Der Schulfuß sei ihre einzige Erholung in frischer Luft. — Es sei ein furchtbarer Gegenstand: diese wundervolle Gegend, der Gang des Gebirgs mit seiner wunderbaren feinen Linie und seiner wohlthuenden unendlichen Ruhe; die dichten

Nichtenswälder, duftend nach Feische und Gesundheit — und droben die Menschen in ihrem Glend die festgeschmiedet sind an die Arbeit. Die „Bühnung“, das heißt die eine Stube, über die die Familie verfügt, sei die Arbeitsstätte, die Arbeitsstätte, sei alles; ja sogar darin geschlafen werde zum Teil, zum Teil in einer gewöhnlich zugehörigen Dachkammer, die oft kein Fenster habe. In dem Wohn-, Koch-, Arbeitsraum sei die Hauptfläche der Arbeitsfläche. — Einen tiefen Eindruck machten auf die Versammelten die detaillierten Schilderungen, die Redner von dem Leben und der Ernährung der armen Leute gab, wie sie bei dem erwählten Familieneinkommen von durchschnittlich 7—8 M. pro Woche nur möglich seien. Eine chronische Unterernährung, das Leben ein fortwährender Kampf mit dem Hunger! Klar wäre, daß die Kinder schon schwächlich seien im Mutterleib, schwächlich bei der Geburt, zu leichter Erkrankung angelegt. Leichter Untergang beim Eintreten einer Krankheit sei die Folge. — Wenn er dort oben eine Versammlung mit den Leuten unter freiem Himmel abhalte, und sie ständen da ohne Heberzieher in ihrer ganzen Armlosigkeit, und der Wind sause über die Höhe, ein Schneegestöber oder Regen peitschend, dann ergreife es ihn mit podender Gewalt; und wenn er je wütend sei, je die herrschenden Gesellschaft den Kampf bis aufs Messer schwöre, dann in diesen Stunden! (Allgemeine Bewegung.) — Redner behandelte weiter die Verhältnisse der heimindustriellen Nachschmiede, wo der schlechteste Wochenverdienst 8 M., der beste 10 M., der Jahresdurchschnitt etwa 400 M. sei. Ihre Frauen und Kinder, wie die der Bauhandwerker (die im Jahresdurchschnitt wegen der kurzen Saison hier nur 500—600 M. hätten) machten zu Hause Vojamenten, wodurch Frau und Kinder einen jährlichen Zuschuß von 100—200 M. verdienen, natürlich bei zwölf- und mehrstündiger Arbeitszeit und Halbsonntagsarbeit.

In der Vojamentenindustrie vermischt sich die ältere Form der Heimarbeiter mit der neuen. Der Uebergang der Vojamentenindustrie in die Fabrik sei in bestimmten Orten des Gebirges schon stark vorgeschritten. Die männlichen Vojamentenarbeiter älteren Schlags in Buchholz, die bei der Heimarbeiter in altgewohnter Weise dieben, verdienen jährlich 400 bis 500 M., der männliche Arbeiter in der Fabrik 600 bis 700 M. bei zwölf- und mehrstündiger Zeit. Den Fabrikarbeitern verdienen Frau und Kinder durch Heimarbeiter einen Zuschuß von 120 bis 150 M. jährlich. In der Umgegend, wo die Heimarbeiter in Vojamenten stärker verbreitet sei, werde ein Jahresdurchschnitt von 400 M. erzielt. — In allen Orten an den Hängen des Gebirges bis nach Chemnitz hinunter, gebe es Heimarbeiter in der Textilindustrie. Weber und Wirker sähen da. Nebelall dieselben traurigen, unsagbaren Erscheinungen. Da das Mißtrauen hier sehr eingewurzelt ist und auch eine erhebliche Unfähigkeit, etwas darzustellen, besteht, sei allgemeineres Material schwer zu haben. Selbst die von der Textilarbeiter-Organisation eingesetzten Kommissionen hätten nur äußerst wenig erlangen können. Nach Einzelmitteilungen habe Redner in Selenaun in der heimindustriellen Strumpfweberei Wochenverdienste von 6 bis 8 M. feststellen können, in Schopau bei Hauswebern (Strawattstoff) 7 bis 9 M. Familienverdienst in Ober-Sulmiz (Strawattstoff) 6 bis 10 M. In Hohenstein verdiene ein alter Mann mit seiner Frau 5 bis 6 M., bei 13- bis 15stündiger Arbeitszeit. Es sei ein alter Krieger von 1870/71. Den Ehrensold von jährlich 120 M. habe man ihm zu zahlen abgelehnt, weil er „noch nicht gebrechlich genug“ sei. So heiße es. Von hinten herum habe man ihm aber untergelegt, aus dem sozialdemokratischen Wahlzettel auszutreten und nicht das sozialdemokratische Blatt zu lesen, dann würde er wohl auf den Ehrensold rechnen können. (Bewegung.) Der alte Mann habe das indessen abgelehnt und so, bei seinen Verhältnissen, den wunderlichsten Mut oder Charakterfestigkeit gezeigt. — Es gebe Spezialitäten in der hier üblichen Textilindustrie, die es hier und da zuziehen, daß ein besonders intelligenter, auf eine besonders komplizierte Arbeit eingesetzter Heimarbeiter unter günstigen Umständen ausnahmsweise auch 12 bis 14, bestenfalls bis 18 M. die Woche verdiene. — Die Arbeitszeit sei immer wieder 13, 14 und 15 Stunden. Wenn man abends durch die Industriedörfer gehe, sei kein Mensch auf der Straße. Aber die ganzen Häuser seien erleuchtet, der Ort gleichsam illuminiert. Es mache einen unendlich feierlichen Eindruck. Ja, ein Fest werde gefeiert: Das Fest sei die rasende Arbeit. Es sei die Illumination der Not, die sich hier zeige! — Nachdem Redner noch eine Fülle charakteristischer Einzelheiten aus dem jammervollen Leben der Heimarbeiter des Erzgebirges ergreifend erzählt hatte und auch in ihr inneres Leben interessante Einblicke hatte tun lassen, legte er dar, daß die Heimarbeiter des Erzgebirges wie ein Vampir über der ganzen Bevölkerung des Gebietes und darüber hinaus liege. Kleinbauern, kleine Kaufleute und Handwerker litten unter der mangelnden Kaufkraft der Hunderttausende von Heimarbeitern. Sogar die Lebens- und ganzen sozialen Verhältnisse in Chemnitz, dem deutschen Manchester, seien beeinflusst. Auf Grund authentischer Zahlen weist Redner dies unter anderem hinsichtlich der Lohnverhältnisse in verschiedenen Industrien nach, so der Holzindustrie und Metallindustrie. Die Löhne werden durch den Zugug von Leuten aus dem Gebirge niedrig gehalten, denen gegenüber dem Glend dasheim das glänzend ercheint, was der Werkschaft- und Fabrikarbeiter von Deutsch-Manchester oder auch von anderen Fabriksorten als schlecht empfindet und gern bessern möchte. Die Gewerkschaft mache z. B. in der Holzindustrie zu Chemnitz usw. Versuche, Tarife abzuschließen. Die Unternehmer gingen auch darauf ein. Nicht lange aber und die Tarifgemeinschaft trafe auseinander, weil der Zugug aus dem Gebirge den Unternehmern billige Arbeitskräfte biete. Die Konkurrenz der erzgebirgischen Vojamenten sei fühlbar bis nach Wien und andererseits über Berlin hinaus bis nach Hamburg mit seinen paar Vojamentenfabriken. — Die zweite, jüngere Form der Heimindustrie (Heimarbeiter von Frau und Kindern) mache sich infolge der niedrig gehaltenen Lebensbedingungen von Fabrik- und Werkstattdarbeitern, Kleinbauern usw. überall geltend. Drei Fünftel von ganz Sachsen ständen unter dem Druck der Heimindustrie. — Bei Bindung der Mittel zur Abhilfe müsse spezialisiert werden. Für das Erzgebirge könne man weder an ein einfaches Verbot der Heimindustrie überhaupt, noch an ein solches der Kinderarbeit denken. Weides würde bedeuten, Hunderttausende dem Hunger auszuliefern. Auch andere Mittel, die schon allgemein vorge schlagen seien, würden bei den im Erzgebirge obwaltenden Verhältnissen versagen. Im Erzgebirge wäre für die ältere Form der Heimindustrie das einfachste Mittel die Schaffung von Staatsfabriken, und für diese die Festsetzung von Mindestlöhnen. Dann könnte man dort oben die Kinderarbeit und Heimarbeiter unterfagen. Und Freiheit für die Gewerkschaftsbewegung namentlich könnte gegen die jüngere Form der Hausindustrie helfen. Daß aber die heutige Gesellschaft sich dazu bereitstelle, wage er nicht zu hoffen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Maßregelungen bei der Großen Berliner Straßenbahn haben bei der großen Mehrheit des Personal eine hochgradige Erbitterung hervorgerufen. Auf allen Bahnhöfen bildet die willkürliche Entlassung der acht Verbandsmitglieder fast den ausschließlichen Gesprächsstoff. Am schärfsten kam der Wroß über das schroffe Vorgehen der Direktion in einer Mieserversammlung der Straßenbahner zum Ausdruck, die am Dienstag abend in der Brauerei Friedrichshain abgehalten wurde. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Aus allen Stadtgegenden und den Vororten waren die Angestellten der „Großen Berliner“, soweit sie dienstfrei waren, herbeigezogen, um den Gemäßigten ihre Sympathie zu bekunden und gegen die Verkümmernng des Koalitionsrechts durch die Direktion Protest zu erheben.

Das nach 11 Uhr bemerkte der Zubrang zum Versammlungsort. Es war dies die stärkste Straßenbahner-Versammlung, die seit dem großen Streik im Jahre 1900 stattgefunden hat.

Das einleitende Referat hielt der Verbandsvertreter Nathmann. In beredten Worten schilderte er die abgelaufene Lage der Straßenbahngestellten. Große Bewegung rief die Mitteilung hervor, daß schon tagelang vor der letzten Maßregelung einige „Wissende“ unter den Vereinsbrüdern Betteln angeboten hätten, daß demnächst acht Mann entlassen würden. Als außerordentlich kleinlich charakterisiert sich auch ein Bahnhofsanschlag, der besagt, daß die Entlassenen der Polizei übergeben werden sollen, falls sie den Versuch machen sollten, sich, da sie noch im Besitze der Uniform sind, etwa unentgeltlich auf der Straßenbahn befördern zu lassen. Damit werden die Gemahregelten also noch obendrein als Betrüger verdächtigt. Die „Große“ wird sich jedoch beruhigen können; auch die entlassenen Verbänder haben noch einen Groschen übrig, wenn sie fahren wollen; auf die in dem schabigen Bahnhofsanschlag gedachte Art werden sie die Dividende der Aktionäre gewiß nicht zu schmälern suchen. Als wirksamstes Gegenmittel gegen Maßregelungen und Demunziationen empfahl der Referent schließlich den Austritt aus dem blauen Direktionsverein. (Großer Beifall.)

Von den Entlassenen richtete der Fahrer Göhle im Namen seiner gemahregelten Kollegen einige Worte an die Versammlung. Er stellte es in Abrede, daß von ihnen irgendwie in unzulässiger Weise „agitiert oder gehetzt“ worden sei, allerdings hätten sie auch kein Nehl daraus gemacht, daß sie dem Transportarbeiter-Verbande angehören. Sie hätten geglaubt, dazu auch umweniger Veranlassung zu haben, als von der Direktion doch wiederholt betont worden sei, daß niemand wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation eine Schädigung zu erwarten brauche.

Nach beendeter Diskussion empfahl der Verbandsvorsitzende Schumann die Wahl einer Kommission, die wegen der Wiedereinstellung der Entlassenen bei der Direktion vorstellig werden sollte. Er betonte dabei, daß wenn die Wiedereinstellung abgelehnt werden sollte, dann die Straßenbahner in einer demnächstigen Versammlung über die Anwendung weiterer Mittel Beschluß fassen würde. (Stürmischer Beifall.) Es könne keinem Zweifel unterliegen: Die Direktion habe mit der Maßregelung der acht Verbandsmitglieder verhehrender gewirkt wie es sämtliche Verbänder je hätten tun können. (Lebhafte Zustimmung.) Aber die Direktion möge machen was sie wolle, eins steht fest: Die Organisation wird sie in ihrem Betriebe nicht wieder los. (Langanhaltender Beifall.)

Es wurde hierauf eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die wegen der Wiedereinstellung der Entlassenen vorstellig werden soll. Sodann gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die versammelten Bediensteten der Großen Berliner Straßenbahn erblicken in der Entlassung der drei Vertrauensmänner und weiteren fünf Verbandsmitglieder eine Maßregelung wegen Verletzung des ihnen zugesicherten Koalitionsrechtes.

Die Versammelten stellen fest, daß mit Genehmigung der Direktion der sogenannte Verein der Angestellten ein Bureau in Direktionsgebäude eröffnet hat, um diejenigen beobachten zu lassen, welche es wagen, an den Arbeits- und Lohnverhältnissen der Gesellschaft Kritik zu üben. Die Versammelten bedauern, daß sich Angestellte gefunden haben, welche der Direktion zur Unterdrückung des Koalitionsrechtes der Bediensteten die Hand boten.

Die Versammelten stellen weiter fest, daß die Vereinzeltung „Die Straßenbahn“ ebenfalls den Weg der Demunziation beschritten und dadurch Bedienstete brotlos gemacht hat. Ganz besonders aber protestieren die Versammelten gegen das Verhalten der beiden Redaktoren dieser Zeitung, weil sie die Verantwortung der Demunziationsartikel auf einzelne Bedienstete abwälzen.

Die Versammelten erklären, daß sie Zwangsmitglieder in dem von der Direktion protegierten Verein sind, weil sie wirtschaftliche Nachteile befürchten, falls sie demselben nicht angehören. Die Versammelten protestieren ganz entschieden gegen den Abzug der Vereinsbeiträge vom Lohn, weil gleichgültig und verlangen, daß diese Abzüge in der Zukunft unterbleiben.

In den angeführten Maßnahmen erblicken die Versammelten eine Gefährdung ihres Koalitionsrechtes und verpflichten sich, dahingehend zu arbeiten, daß die Koalitionsfreiheit in jeder Beziehung gewahrt bleibe.

Des weiteren fordern die Versammelten: 1. Die Wiedereinstellung der Gemahregelten; 2. die Befreiung des Nebenwachbureaus; 3. die volle Koalitionsfreiheit in jeder Beziehung.

Die Versammelten verpflichten sich, dahingehend zu wirken, daß die Angestellten in der Ortsverwaltung und des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands ihre wahre Interessenvertretung erkennen und sich dieser einmütig als Mitglieder anschließen.

In der Papierfabrik von Abramowitsch und Steinert, Köpenickerstr. 30a, befinden sich die Arbeiter im Streik. Am 20. Januar legten die Perlmutterarbeiter die Arbeit nieder, weil einer ihrer Kollegen gemahregelt und weil ihre Forderung einer Lohnerhöhung abgelehnt wurde. Der Durchschnittslohn der Perlmutterarbeiter betrug 20 M. pro Woche bei 56 stündiger Arbeitszeit. Es ist sogar vorgekommen, daß Arbeiter nur 12 M. in der Woche verdient haben. Dies ungenügenden Lohnverhältnisse sollen jetzt aufgebessert werden. Nachdem die Perlmutterarbeiter in den Ausstand getreten waren, schlossen sich ihnen eine Woche später auch die Hornbrecher- und Hülsenarbeiter an. Die Streikenden gehören dem Holzarbeiterverbande an, sie erziehen, den Bezug von Arbeitskräften nach der Firma Abramowitsch u. Steinert fernzuhalten.

Zum Streik bei der Firma Gebr. Reichstein in Brandenburg teilt die Streikleitung mit: Von Seiten der Meister werden Versuche unternommen, die Streikenden einzeln zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Die Firma beschäftigt damit Zwittertrakt und Uneinigkeit in die Reihen der kämpfenden zu tragen. Ebenso inseriert die Firma Reichstein in allen Blättern größerer Städte nach Arbeitswilligen. Besonders werden La Räter und Maler verlangt. Wöher ist es den Streikenden gelungen, den Betrieb reinzuhalten. Der Bezug von Metallarbeitern aller Branchen, ferner von Sattlern, Radmachern, Malern, Holzarbeitern, Korbmachern und Tapezierern ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Ein gewerkschaftlicher Zivilprozeß.

Die letzte Ausperrung der Holzarbeiter in Düsseldorf hat einen der beteiligten Unternehmer veranlaßt, das Zivilgericht unter Berufung auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches gegen die Arbeiterorganisationen anzurufen. Nachdem die Ausperrung ins Werk gesetzt war, stellten die Ausgesperrten natürlich Streikposten aus, um die Befugung der Fabrik mit Arbeitswilligen zu verhindern. Dadurch soll nach Ansicht des Unternehmers die Voraussetzung des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches erfüllt sein, welcher denjenigen zum Schadenersatz verpflichtet, der einem anderen in einer gegen die guten Sitten ver-

stehenden Weise vorsätzlich Schaden zufügt. Die Klage richtete sich gegen die Vorsitzenden der beteiligten Verbände (Deutscher Holzarbeiterverband sowie Christliche und Sozial-Demokratische Organisation). Der Kläger verlangt Schadenersatz in Höhe von 5000 M., wovon vorerst 2000 M. eingelagert sind. Es handelt sich also bei diesem Vorgehen gegen die Gewerkschaften um nichts anderes, als ein Urteil nach Art des englischen Taff-Pale-Urteils gegen das kümmerliche deutsche Gewerkschaftsrecht herbeizuführen. Der Vorstoß ist den Unternehmern jedoch nicht geblut. Vor einigen Tagen ist die Klage vor dem Düsseldorf Landgericht verhandelt worden. Gestern wurde das Urteil gefällt. Es lautete auf kostenpflichtige Abweisung der Klage.

Da das Reichsgericht bekanntlich auf dem Standpunkte steht, daß das Streikpostensetzen ein Ausfluß des Koalitionsrechtes ist und deshalb nicht durch Polizeiverordnungen an sich verboten werden kann, konnte das Düsseldorf Landgericht allerdings kaum anders, als die Klage des Unternehmers abweisen. Eine nach reichsgerichtlicher Praxis gefesselt erlaubte Handlung kann nicht leicht als gegen die guten Sitten verstößend und deshalb unter § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches fallend bezeichnet werden. Die Bekämpfung des Koalitionsrechtes durch Schadenersatzklagen werden die Unternehmer also wohl aufgeben müssen.

Parteiisch gegen streikende Arbeiter

Sind nach einem Urteil des Hamburger Landgerichts der Bürgermeister und die Stadtvertretung von Izhoe vorgegangen. Im Doppelheft des gestrigen Blattes teilten wir das Urteil des genannten Gerichts gegen den Redakteur des gewerkschaftlichen Organs „Der Bauhilfsarbeiter“ mit. Derselbe hatte den Bürgermeister kritisiert, weil er bei einem Streik den Arbeitswilligen die städtischen Cholerabaracken als Quartier eingeräumt hatte. Aus dem ausführlichen Bericht, der uns über jenen Prozeß zugeht, sei erwähnt, daß der angeblich beleidigte Bürgermeister als Zeuge aus sagte, er habe zwar die Ursachen des Streiks nicht gekannt, habe ihn aber für unberechtigt gehalten. — Das ist allerdings nichts weniger als eine objektive Beurteilung von Tatsachen. Wie der Herr Bürgermeister weiter angab, fügt sich seine Ansicht darauf, daß sie in den Streik, in denen er verkehrt, geteilt wird. — Das wird man ohne weiteres glauben, daß man in der Umgebung eines Bürgermeisters jeden Streik für unberechtigt hält. So erklärt sich denn auch die weitere vom Bürgermeister behauptete Auffassung, daß er die Stadtvertretung für verpflichtet gehalten habe, die Unternehmer zu unterstützen. Aus dieser bürgermeisterlichen Auffassung erklärt sich dann auch der sonst nicht recht verständliche Umstand, daß den Unternehmern die städtischen Cholerabaracken vom August bis zum Jahreschluss für die lächerlich geringe Summe von sechzig Mark vermietet wurden.

Nach diesen Darlegungen erscheint es selbstverständlich, daß das Gericht zu einem in Hinsicht auf preussisch-deutsche Verhältnisse milden Urteil kam und ausdrücklich anerkannte, der Angeklagte habe sich gegen man, daß die Stadtvertretung gegen die streikenden Arbeiter parteiisch vorgegangen sei.

Die Transportarbeiter verschiedener Firmen in Grünberg (Schlesien) befinden sich seit dem 16. d. M. im Streik. Verlangt wird, daß die Löhne pro Woche um zwei Mark erhöht werden und daß ab 1. Oktober cr. der Lohn für Ausfuhr 16 M. und für Arbeiter 15 M. pro Woche beträgt. Der Kampf wird den Streikenden dadurch erschwert, daß Eisenbahn- und städtische Arbeiter Streikbrecherdienste leisten. Bei einem Spediteur sind vier städtische Arbeiter als Kohlenkipper beschäftigt und bei einem anderen müssen 10 bis 12 Eisenbahnarbeiter schon einige Tage die Arbeit der Kohlenkipper verrichten. Am vergangenen Sonntag mußten dieselben den ganzen Tag, auch während der Kirchzeit, arbeiten. Eine seitens der Organisation an die Eisenbahndirektion Posen gerichtete Beschwerde ist unbeantwortet geblieben; folgedessen wurde unterm 18. Februar cr. per Depesche eine ausführliche Beschwerde an den Eisenbahnminister von Budde gesandt. Außerdem ist beim ersten Bürgermeister in Grünberg, wegen Verhinderung von städtischen Arbeitern, an Stelle der Streikenden, Beschwerde geführt worden. Einige dieser Arbeiter werden auch als Ausfuhr beschäftigt und soll ihnen mit Entlassung gedroht worden sein, wenn sie nicht fahren wollten. Die Unternehmer versuchen, unter Verprechung höherer Löhne, die Ausfuhr zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, es wird aber verlangt, daß dieselben aus dem Verbande austreten. Von den Streikenden ist bis jetzt nur einer zur Arbeit zurückgekehrt. Die in Frage kommenden Arbeiter gehören dem Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an.

800 Spinner und Spinnerinnen der Firma J. D. Grunow u. Söhne in Glogau i. Schl. sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen höhere Stundenlöhne, eine geregelte Arbeitszeit und Wiedereinstellung derjenigen Arbeiter, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbande gemahregelt wurden. Eine Versammlung der Streikenden wurde polizeilich aufgelöst; die Polizisten zogen dabei blank und zeigten den Revolver.

In den Streik traten die Holzwerker der „Morthütte“ in Kattowitz, weil ihnen am letzten Sonntag für Bruch Abzüge bis zu 14 M. gemacht worden sind. Die Zahl der Streikenden beträgt nach dem „Oberschl. Tagbl.“ gegen 400.

Käferstreik im Allgäu. Die Arbeiter der zahlreichen Käfereien des bayerischen Allgäus sind nach Einreichung eines Lohnantrags teils ausgesperrt worden, teils in den Ausstand getreten. Den Käferfabrikanten war bisher die Arbeiterbewegung in ihren Betrieben etwas ungewohnt. Ein Teil der Unternehmer hat es auf die Vernichtung der Organisation abgesehen, wobei sie von der liberalen Presse bereitwillig unterstützt werden.

Musland.

Die Streikbewegung in Fiume

hat neuerdings wieder eine Ausdehnung erfahren. Am Dienstag sind die Arbeiter der Papier-, Tabak-, Schokoladen-, Petroleum-, Meißel-, und Torpedofabriken in den Ausstand getreten. Es werden Lohnrückstellungen gefordert. Die Zahl der Streikenden wird auf 3000 angegeben. — Hierzu liegen noch folgende Meldungen vom 21. d. M. vor:

Das Finanzministerium hat telegraphisch auf die Forderung der 3000 Arbeiterinnen der kaiserlichen Tabakfabrik die Schließung der Fabrik auf unbestimmte Zeit angeordnet. Zwei Kompanien Infanterie und eine starke Polizeiwache bewachen die Fabrik.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Bäcker, die ungewöhnlich stark besucht war, wurde am Dienstagmorgen in Meiers großem Saal in der Kopenstraße abgehalten. Es war dies gewissermaßen die Antwort auf jene Versammlung vom 7. Februar, die von den Innungsbeamten besucht und von ihnen „gelben“ oder „christlichen“ Gesellschaften einberufen war, in der die Einberufer mitamt ihrem Anhang bekanntlich von den Verbändesstellen gründlich heimgesetzt worden waren. H e s s o l d gab unter häufiger stürmischer Heiterkeit und großem Beifall der Anwesenden eine Sachdarstellung von dem Verlaufe jener Versammlung in der Köpenickerstraße, wobei er besonders die vielen humoristischen Zwischenfälle erwähnte, die sich für die Meister und Meistergesellen so überaus blamabel gestaltet hatten. Sein Vortrag fand auch in einem energischen Appell zur Stärkung der Organisation, damit die Berliner Bäckergehilfen jederzeit zu neuen Kämpfen gerüstet seien. An der Diskussion beteiligte sich u. a. auch ein christliches Meisterbündchen, das sich in richtiger Würdigung seiner Zugehörigkeit zu einem gelben Gesellenverein selbst

als „Gelbknäuel“ vorstellte. Die Ausführungen dieses Jünglings fielen sich natürlich gegen den Verband und dessen Bestrebungen richten, sie vermochten jedoch nur Heiterkeit oder bedauerndes Achselzucken hervorzurufen. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die Versammlung erklärt die Berliner Wäckerinnungen für die volksfeindlichsten und rücksichtslosesten Arbeitgebervereinigungen, die bisher alle, selbst die bescheidensten und berechtigtesten Wünsche der Gesellenchaft schroff und trotzig abgelehnt haben. Ferner erklärt es die Versammlung für einen Verrat an den Interessen der Berliner Bäckergehilfen, daß sich Ausfuhrer zu Handlangern der Innung hergeben und Vereine gründen, die nur als Streikbrecherorganisationen dienen können. Die Anwesenden verpflichten sich daher, für die größtmögliche Stärkung des Bäckerverbandes zu wirken, um durch die Organisation, allen Gegenbestrebungen zum Trotz, tatkräftig für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage aller Bäckerarbeiter einzutreten zu können.

Die Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft (Verwaltung Berlin) hielt am 11. Februar (Der Bericht ist uns am 21. d. M. zugegangen. V. Red.) im „Rosenthaler Hof“ eine Generalversammlung ab. Den Massenbericht für das 3. Quartal 1906 erläuterte der Kassierer Wiesner. Die Gesamteinnahme betrug einschließlich 5520,30 M. Bestand vom 2. Quartal 14 837,00 M. Demgegenüber steht die Ausgabe von 7370,24 M. Danach bleibt Bestand 7458,06 M. 388 Mitglieder wurden neu aufgenommen. In der Ausgabe sind folgende Posten enthalten: Für Streik- u. Unterstützung 4223,20 M., dieselbe an andere Organisationen influsse 600 M. Warfengelb an das Kartell 150 M., für Agitation 258,00 M., Reduktion 128,85 M., der Hauptkasse überwiesen 1407,81 M. Der folgende Punkt der Tagesordnung lautete: Stellungnahme zum 7. Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Hierüber referierte Schröder. Er empfahl den Programmvorwurf, welcher dem Kongreß vorgelegt wird. Derselbe betont, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sein müsse, nicht nur den Tageskampf für bessere Arbeitsbedingungen zu führen, sondern auch die auf Befreiung der Klassenbewegung gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. In der darauf folgenden sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich Schöler, Groth, Wolter, Bastigkeit, Krüger, Wiesner, Keder, Schröder, zum Teil zustimmend zum Programmvorwurf. Da jedoch noch eine größere Anzahl Redner vorgemerkt war, so wird beschloffen, in einer Versammlung am 11. März die Diskussion über diesen Punkt fortzuführen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bergewaltigungsgelüste.

Hamburg, 21. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Unter den Eingängen zu Beginn der heutigen Bürgerchafts-sitzung befindet sich ein Antrag Dr. Rönkeberg und Genossen (Rechte): Die Verfassung dahin abzuändern, daß geheime Abstimmung nur stattfindet, wenn vierzig Mitglieder dies verlangen. Bisher genügt zehn, und ist dadurch den Sozialdemokraten die Möglichkeit genommen, Anträge auf geheime Abstimmung zu stellen. Der Antrag kommt in der nächsten Sitzung zur Verhandlung. Das Staatsbudget schließt voraussichtlich mit neun Millionen Mark Ueberschuß ab. Mit den Ueberschüssen früherer Jahre stehen 17½ Millionen Mark zur Verfügung. Der Senat beantragt 10 Millionen Mark zur Sanierung der Neustadt zu verwenden. Der Antrag auf Entschädigung im Erzgebirge wird angenommen. Weitere Ansprüche werden einem Ausschuß überwiesen.

Die Christen unter sich.

Essen (Ruhr), 21. Februar. (V. H.) Der Verband der christlich-nationalen Arbeiter, welcher sich in der Hauptsache auf das Siegerländer Gebiet erstreckt, lehnte den Anschluß an den Verband der christlichen Bergarbeiter ab, indem er ihm vorwarf, den Lohnkampf auf jede „Glücksgrund“ lediglich auf Nachgefühlen hervorgerufen zu haben.

Demonstration in Budapest.

Budapest, 21. Februar. (V. H.) Heute mittag gegen 1 Uhr veranstalteten Universitätsfrüher eine Demonstration durch die Straßen. Unter Vorantragung der Trauerfahne wollten sie zum Grab Kossuths in den Gerapeier Friedhof ziehen, doch stellte sich ihnen Polizei in den Weg. Die Fahne wurde konfisziert und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei wußte schließlich die Demonstranten mit hohem Säbel auseinanderzudrängen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Ganz wie bei uns.

Budapest, 21. Februar. (V. H.) Die Regierung verbot die Abhaltung von Protestversammlungen.

Aus der freien Schweiz.

Bern, 21. Februar. (W. L. B.) Wegen der zunehmenden antimilitarischen Propaganda hat der Bundesrat verfügt, daß Ausländer, welche sich an dieser Propaganda dadurch beteiligen, daß sie zur Verweigerung der Wehrpflicht oder des militärischen Gehorsams auffordern, aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft auszuweisen sind.

Metallarbeiterstreik in Madrid.

Madrid, 21. Februar. (V. H.) Die Metallarbeiter sind in den Ausstand getreten. Bis jetzt ist die Haltung der Streikenden eine ruhige, doch werden Zwischenfälle befürchtet. Infolgedessen hat die Regierung beschloffen, Truppen an Ort und Stelle zu entsenden.

Ein neuer Mahdi.

London, 21. Februar. Wie das „Reutersche Bureau“ erfährt, sollen die Anruhen in Nigeria vom Auftreten eines neuen Mahdi unter dem mächtigen Stamme der Tuaregs, der seinerzeit den Franzosen soviel Mühe gemacht hat, herrühren. Obgleich noch keine weiteren Einzelheiten vom Oberkommando vorliegen, so geben doch aus anderen Quellen eingegangene Depeschen zu der Vermutung Veranlassung, daß nicht nur englische, sondern auch französische Truppen in die Niederlage verwickelt worden sind. Das Gescheh hat am 14. Februar stattgefunden. Der Ort ist unbekannt; doch ist wahrscheinlich, daß es dicht an der französischen Grenze, nordöstlich Sokoto, stattgefunden hat. Man legt die Erwartung, daß Frankreich beim Vorgehen gegen den neuen Mahdi seine Unterstützung gewähren wird. Innerhalb dreier Wochen werden 1000 Mann englischer Truppen in Kano versammelt sein.

Ein funderliches Mißverständnis.

Wina, 21. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach Mitteilungen der Militärbehörden sind die Gerüchte über eine Beteiligung der Truppen an der Mündung bei der Feuerbrunst in Romel auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Der Führer einer Abteilung hatte seinen Soldaten befohlen, die in den brennenden bzw. vom Feuer bedrohten Häusern befindlichen Gegenstände herauszuschaffen und an einen bestimmten Platz zusammenzutragen, um sie nachher ihren Eigentümern wieder zuzustellen. Viele Einwohner, die das mit ansahen, sind dadurch zu der Annahme verleitet, daß es sich hierbei um Plünderung handele.

Massenmorde in den Ostprovinzen.

Riga, 21. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Nähe von Safenpot sind am 15. Februar 32 Personen erschossen, und am nächsten Tage ein Schullehrer gehängt und zwei Personen erschossen worden. In der Umgegend von Grobin sind gestern acht Personen erschossen worden.

Reichstag.

40. Sitzung vom Mittwoch, den 21. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Klugmann (hanseatischer Bundesratsbevollmächtigter).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Antrages Albrecht und Genossen (Soz.) betr. Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in allen Bundesstaaten.

Abg. Herzfeld (Soz.):

Unser Antrag richtet sich in erster Reihe gegen die norddeutschen Staaten, gegen die Staaten nördlich des Rains, insbesondere gegen Preußen und Sachsen. Die 1300 000 Preußen, welche trotz des Dreiklassenwahlrechts, trotz der öffentlichen und indirekten Wahl und trotz des Lohnausfalls ihre Stimme der Sozialdemokratie gaben, so daß sie nach der Stimmenzahl die zweitstärkste Partei Preußens wurde, haben nicht ausgereicht, auch nur einen einzigen Abgeordneten in das Dreiklassenparlament zu bringen. Und in Sachsen, wo die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen alle Sitze bis auf einen eroberte, hat sie im Landtage auch nur einen einzigen Abgeordneten. Wenn es auf die Gerechtigkeit ankäme, müßte unser Antrag hier sofort angenommen werden. Aber auf die Gerechtigkeit kommt es nicht an, sondern auf die politische Macht. Unser Antrag ist nichts als eine Stufe auf dem Wege zur politischen Macht der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Einwendungen gegen die Zuständigkeit des Reiches sagen gar nichts weiter, als daß die bürgerlichen Parteien ihre politische Macht nicht freiwillig aufgeben werden. Denn unter den Staatsrechtlern ist über die Zuständigkeit des Reiches überhaupt keine Frage. Der Abg. Semler hat es ja in bezug auf den hamburgischen Wahlrechtsantrag auch ganz deutlich gesagt, daß er die Reaktion der bürgerlichen Parteien gegen das Streben der Sozialdemokratie nach politischer Macht ist. So ist auch Ihr Streben gegen diesen Antrag nichts weiter als ein Teil des Kampfes, den Sie für die Erhaltung Ihrer politischen Macht führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was aber ist inzwischen draußen geschehen? Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß, als die Sozialdemokratie in ganz Preußen Versammlungen einberief, gemäß der preussischen Verfassung, die allen Preußen das Recht gibt, sich friedlich zu versammeln, der geschäftsführende Ausschuss der bürgerlichen Klassen, das preussische Ministerium, gegen die Sozialdemokratie Armeekorps mobilisierte und den Willen der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck brachte: die gesetzlichen und friedlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie um das allgemeine Wahlrecht durch ein Blutbad zu erstickeln. (Lachen und Hu!) Rufe rechts.) Daß nicht eine einzige bürgerliche Zeitung, nicht eine einzige bürgerliche Stimme sich gegen die Ankündigung dieser Maßnahmen erhob, daß weder im Reichstage noch im Abgeordnetenhaus eine bürgerliche Partei sie der Regierung vorgehalten hat, spricht Bände und ist deutlicher als alle Erklärungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und als die Sozialdemokratie ihre Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht begann, da machte der preussische Ministerpräsident nicht nur die uniformierte Armee, sondern auch die nicht uniformierten Staatsanwälte und Verwaltungsbeamten gegen uns mobil. Noch hat sich trotz des Drucks, unter dem wir leben, kein Richter gefunden, der unsere Flugblätterbrecher oder Verfasser bestrafen hätte. Erst gestern ist das in Ueberfeld beschlagnahmte Flugblatt freigegeben und sein Herausgeber freigesprochen worden. Aber auch gegen diese Mobilmachung hat sich keine bürgerliche Stimme erhoben. Noch weiter! Als die sozialdemokratischen Versammlungen in ganz Preußen in Ruhe verliefen, als in den Hunderten von Versammlungen trotz der ungeduldrischen Provokationen auch nicht die geringste Störung vorkam, weil wir im Interesse der Erreichung unserer großen Ziele unseren Anhängern die strengste Disziplin zur Pflicht gemacht hatten, da erhob sich im Landtage ein bürgerlicher Abgeordneter und verlangte, daß man von nun an die Gesetze mit der äußersten Strenge gegen die Sozialdemokratie anwende. Und nicht ein bürgerliches Mitglied hat sich gegen diese Forderung erhoben. Im Gegenteil, es erhob sich der Justizminister Bessler und versicherte, daß er erst am letzten Sonntag die Staatsanwälte angewiesen habe, energisch und streng vorzugehen. Auch gegen diese unglaubliche

Prostitution der Justiz

hat sich kein Mitglied der bürgerlichen Parteien erhoben. Der Justizminister bedauerte, den Richtern keine direkten Anweisungen geben zu können. Aber unsere Richter hören das leibste Stimmen der Justizministerellen und reichsanzwärtlichen Fliege. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auch gegen diese unglaubliche Prostitution der Justiz hat nirgends ein bürgerlicher Politiker protestiert.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie haben bereits zweimal in bezug auf eine Anrechnung des preussischen Justizministers das Wort „Prostitution der Justiz“ gebraucht. Der Ausdruck verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herzfeld (fortfahrend): Der weiße Schrecken hat in Preußen und Norddeutschland zu herrschen begonnen. Schon sind Drabe und treue Männer zu unglücklich hohen Strafen verurteilt worden, weil sie angeblich zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben. Auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs hat man den Mediziner Löbe in Breslau zu einem Jahr und den Redakteur Heilig in Leipzig zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der § 130 ist seinerzeit von Friedrich Wilhelm IV. und dem Ministerium Mantuffel erlassen worden, um die Opposition und Revolution der bürgerlichen Parteien zu unterdrücken und mit seiner Hilfe sind die Urteile gegen Ihre Vorfahren ergangen, die Sie heute noch nachfühlen können. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Rein! das können sie nicht.) Damals überlebte der

Professor Bessler, der Vater

des jetzigen Justizministers, Macaulays englische Geschichte, um der deutschen Bourgeoisie das Vorbild der englischen vorzuhalten und um zu zeigen, daß unsere Klassenjustiz noch nicht anders sei als zur Zeit der Stuarts in England. Und heute kommt

der Sohn, Minister Bessler,

und beweist durch die eigenen Taten, daß auch heute unsere Klassenjustiz noch schlimmer ist als in England vor 250 Jahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Den einen Erfolg hat unsere Agitation gehabt: Die Liberalen, die im vorigen Jahre keine andere Forderung des preussischen Wahlrechts wünschten, als eine Reform der Wahlkreiseinteilung, der Zensusinteilung und des Verfahrens, und die erließen mühen, daß jetzt der preussische Minister des Innern Ihre vorjährigen Forderungen doch „recht bescheiden“ nannte, erklären jetzt eine vollständige Forderung des preussischen Wahlrechts von Grund auf für notwendig. Und Graf Vosadovsky entschuldigte sich gegenüber dem Abgeordneten Krenbt für seine Teilnahme an der Beratung dieses Gesetzentwurfs damit, daß seit dem 21. Januar die Frage so wichtig geworden sei, daß es im Interesse der Regierung selbst liege, sich an einer Debatte darüber zu beteiligen. Er sagte hinzu, daß er das preussische Wahlrecht nicht vertrete und seine Mängel nicht verstehe; nur die Schlussfolgerungen zog er als preussischer Minister, als Geschäftsführer der herrschenden Klassen in Preußen nicht nach den Prämissen, die er selbst aufgestellt hatte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nebenfalls haben wir die Freude erlebt, daß Graf Vosadovsky erklären mußte, die Regierung werde sich vom gleichen, geheimen und direkten Reichswahlrecht nicht abdrängen lassen. Neben der russischen Revolution verdankt das deutsche

Volk der Sozialdemokratie, daß diese Erklärung abgegeben worden ist. Ich will nur daran erinnern, wie kurze Zeit vorher über das Wahlrecht gesprochen wurde. Erklärte doch der Reichszankler selbst im Jahre 1904 im Herrenhause: Wenn das deutsche Volk vom Wahlrecht keinen richtigen Gebrauch mache, so werde das Dilemma entstehen, ob man in den Zukunftsstaat mit seiner Zwangsordnung hineingleiten oder das bestehende Wahlrecht durch ein anderes ersetzen wolle. Trotz alledem! Unser Wahlrechtsantrag marschiert! Wenn Sie äußerlich auch den starken Mann spielen, so wissen Sie doch jetzt, was hinter diesem Wahlrecht steht, und daß man nicht auf die Dauer der drei Millionen deutscher Männer spotten darf. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Gestatten Sie mir noch, mit einigen Worten auf mein Vaterland Mecklenburg einzugehen. Trotzdem längst die feudale Wirtschaftsordnung zertrümmert ist, besteht in Mecklenburg noch immer die alte feudale Verfassung. Das ist nur möglich, weil Mecklenburg zum Deutschen Reiche gehört und dieses jedem das Mindestmaß von Freiheit gibt, ohne das selbst ein mecklenburgischer Grundbesitzer nicht auskommen kann. Alle Gegenstände, welche die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Arbeitsverhältnisse in Staatsbetrieben, die kleinen Erbpächter, den ländlichen Arbeitsvertrag, die Schulangelegenheit, die Einrichtungen des Verkehrs angehen, sind der mecklenburgischen Gesetzgebung überlassen. Herr Völsing, dessen Lebensideal die Einführung der Verfassung in Mecklenburg ist, konnte sich vor acht Tagen nicht einmal zu einem Worte des Protestes oder der Entrüstung aufschwingen. Das Interesse der National Liberalen für ihren alten Antrag auf Einführung einer Verfassung in Mecklenburg ist längst geschwunden. Ich erinnere an die tragikomische Resolution Völsing vom vorigen Jahre. Es ist der Mühe wert, daran zu erinnern, daß an demselben Tage, an dem hier die Interpellation Völsing verhandelt wurde, im mecklenburgischen Landtage die Stände die Regierung durch ihre Mehrforderungen zwingen konnten, eine konstitutionelle Verfassung zu geben. Die Landchaft lehnte auch einmal dem Großherzog den verlangten Zusatz zu den Matricularbeiträgen ab, aber das zweitemal bewilligte sie sie. Die Landchaft fiel um, und jetzt erklärte die großherzogliche Regierung, daß eine Mitwirkung der Stände an der Feststellung des Etats mit den bestehenden Zuständen nicht vereinbar sei. Und die Landchaft, die eine günstige Gelegenheit versäumt hatte, petitionierte danach bei dem Großherzog um eine Verfassung. Der ließ durch einen Sekretär antworten, er habe die Petition erhalten.

Punkt! Streusand!

Wie notwendig die Sicherung der elementaren politischen Rechte in Mecklenburg wäre, zeigt das Verbot einer Versammlung, die wir in Rostock hatten abhalten wollen. Als die Kriegsgerichte im vorigen Sommer überhand nahmen und selbst in die Ehrenrede Eingang fanden, da hielten es die Rostocker Arbeiter, die doch auch in erster Reihe Blut und Leben mitlassen mußten, für dringend geboten, daß ich hinläufe und womöglich eine beruhigende Erklärung abgab. Das Ministerium genehmigte das Verbot der Versammlung! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso wurde und

jede Versammlung gegen die Tabaksteuer, gegen den Postarif verboten.

Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So verweigert die mecklenburgische Regierung der Sozialdemokratie bewusst die Gleichberechtigung. Alle Parteien haben in Mecklenburg freies Vereinsrecht, nur uns Sozialdemokraten wird es unter keinen Umständen genehmigt. Wie die Katholiken unterdrückt wurden, nur weil sie die Religion des Herrscherhauses nicht teilten, so werden auch die Sozialdemokraten, weil ihre Anschauungen denen der herrschenden Klasse widersprechen, als Farias behandelt. Die Sozialdemokratie hat seit den fast 40 Jahren des Bestehens des allgemeinen Wahlrechts

noch nicht eine einzige öffentliche Versammlung,

noch nicht einen einzigen Parteitag in Mecklenburg abhalten können. (Hört! hört!) Diese Zustände können nicht länger bestehen. Wenn Graf Vosadovsky anerkannt hat, daß auf Grund des Artikel 3 der Verfassung den Katholiken in Mecklenburg das Recht der freien Religionsübung zusteht, weil nach der Verfassung alle Deutschen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte haben müssen, so muß auf Grund desselben Paragraphen Fürst Wilow auch dafür sorgen, daß auch auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes die Mecklenburger die gleichen staatsbürgerlichen Rechte erhalten.

Herr v. Malhan hat sich neulich für einen „Ausbau“ der mecklenburgischen Verfassung erklärt. Ich glaube nach den bisherigen Erfahrungen an die Möglichkeit eines solchen Ausbaues nicht, solange nicht die Reichsregierung und der Reichstag die mecklenburgischen Stände dazu zwingt. Solche Fragen entscheiden sich nicht nach der wohlmeinenden Meinung irgend eines Abgeordneten, sondern nach brutalen Klasseninteressen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter hat Herr v. Malhan behauptet, durch die Sozialdemokratie werde die industrielle Entwicklung in Mecklenburg geschädigt. Er hat als Beispiel auf einen Streik in der mecklenburgischen Waggonfabrik zu Güstrow hingewiesen. Es ist richtig, daß

vor mehr als 10 Jahren

in dieser Waggonfabrik ein Streik stattgefunden hat, aber durch Anführung dieses Streiks hat sich Herr v. Malhan auf die Seite derjenigen seiner Freunde gestellt, welche den Arbeitern auch nicht das geringste Recht gewähren wollen.

Einige organisierte Arbeiter wurden damals entlassen, den anderen die Entlassung angedroht, wenn sie nicht aus ihrer Organisation austräten. Der beschwerdeführende Arbeitersauschuss wurde entlassen. Der Gewerbeinspektor, der Bürgermeister und der Pastor von Güstrow haben dieses Verlangen an die Arbeiter: aus dem Metallarbeiter-Verbande auszutreten —

„eine unwürdige Zusage an die mündige Arbeiterschaft“

genannt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber Herr v. Malhan rechnet diesen Streik noch nach 12 Jahren als besondere Misfata an. Der Streik der Arbeiter mißlang übrigens, die Fabrik geht aber nachher in Streit mit dem King der Waggonfabriken, der sie rümmerte, indem er ihr den Bezug des gefamten Rohmaterialis sperrete. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Sozialdemokratie, die die mecklenburgische Industrie vernichtet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch bei der „Reptunwerk“, die Herr v. Malhan ansühete, handelt es sich um einen brutalen Bruch des Tarifvertrages durch die Unternehmer, verbunden mit einer gänzlich unsozialen Haltung des Gewerbegerichts. Die Direktion lehnte, trotzdem der Tarifvertrag ausdrücklich eine Schlichtungskommission bestimmte, sogar die persönliche Vermittelung des Gewerbegerichts bezüglich der Wiederanstellung eines gemahregelten Arbeiters ab; sie weigerte sich auch, vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu erscheinen. Und während das Gewerbegericht gleichwohl einen Termin anberaumte, mahregelte die Werft die Vertrauensmänner. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war für die Schiffbauer zu viel. (Rufe: Zur Sache! Zur Sache!)

Präf. Graf Ballestrem: Was zur Sache gehört, entscheide ich. Wenn ich mich auch selbst beklage, daß die Einzelheiten so breit behandelt werden, so kann ich doch den Redner nicht daran hindern, weil einer der früheren Redner die Fälle zur Sprache gebracht hat.

Abg. Herzfeld (Soz. fortfahrend): Noch während die Verhandlungen fortbauerten, erklärte die Werft den Tarifvertrag für einseitig. An dem Tage, an dem Termin beim Gewerbegericht ankam, schloß die „Reptunwerk“ ihre Tore, und 1500 Arbeiter mußten ihr Vandel schnüren. Seitdem, seit dem 16. Dezember, haben die Arbeiter stets und ständig zu unterhandeln gesucht, aber die Direktion verfolgt konsequent den Zweck, die Löhne zu drücken,

die Verträge aufzuheben und die Organisationen der Arbeiter zu vernichten. Während die Arbeiter übermenschliche Anstrengungen machten, die Aussperrung zu verhindern und wiederholt zu verhandeln baten, sperrete das Unternehmertum scivol die ganze Werft aus. Und da kommt Herr von Malhan und wirft der Arbeiterschaft Kostods vor, sie verbündere das Wachstum und die Entwicklung der Großindustrie! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterschaft Rostocks wird hiernach die Meinung des Herrn v. Malhan über ihre Rechte gegenüber den Unternehmern erlaut haben. Die Zustände in der „Reptunwerk“ sind erst detartig geworden, seitdem das Bankkapital, für das die Arbeiter nur eine Zahl sind, dort die Herrschaft hat. Die gesamten deutschen Arbeiter haben ein Interesse daran, daß solche Vorgänge unmöglich gemacht werden. Sie wä r e n nicht möglich, wenn es in Mecklenburg ein Parlament gäbe, das auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt ist und in dem solche Fälle zur Sprache gebracht werden könnten. Deshalb werden wir mit unserem Antrage immer wiederkommen, bis er angenommen wird. Die breite Masse des Volkes, die Sozialdemokratie, braucht einen solchen Antrag, um ihre Ziele auf friedlichem und gesetzlichem Wege durchzuführen. Die National Liberalen brauchen diesen Antrag nicht mehr. Herrn Völsings Ideal des Deutschen Reiches mit dem Kaiser an der Spitze ist erfüllt. In der Tat ist sein Ideal Wirklichkeit geworden, das Ideal der Freiheit des Profits, das Ideal der

Elfenbogenfreiheit zur Ausbeutung,

zur Vermehrung des Kapitals, das Ideal, welches politisch damit zufrieden ist, einen Orden zu erlangen oder einen Posten in Zivil oder Militär für den Bruder, Sohn oder Schwiegersohn.

Unser Ideal

aber geht weiter: Wir wollen erst das deutsche Volk aus der Barbarei zur Kultur erheben. (Lachen rechts.) Sie lachen, aber ein großer Teil des Volkes lebt in der Tat noch in schmachvoller Barbarei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden mit unserem Antrage immer wieder kommen, bis er schließlich in Erfüllung geht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Malhan (L.) verweist in bezug auf den Rostocker Streik auf die Darstellung des „Rostocker Anzeigers“ und verteidigt die mecklenburgische Verfassung.

Abg. Dr. Stöcker (Wirt. Bg.) spricht nur im Namen der Christlich-Sozialen: Da es sich bei dem Antrage um einen sozialdemokratischen Vorstoß handelt, müssen wir ihn strikte ablehnen. Wir haben gegen Sie nur Kampf! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist „Liebe und Duldung“!) Ein Sozialdemokrat sollte die Worte „Liebe und Duldung“ überhaupt nicht in den Mund nehmen! Wenigstens nicht seit dem Dreißigsten Parteitag, seitdem ein wilder Zanatismus in der Partei herrscht, seitdem sich die Herren gegenfeitig die Ehre abhandeln. Das „Reich“ bringt jeden Tag einen „Abkannit „Aus dem Partei-Sumpf“. Aus der gestrigen Nummer folgendes Beispiel: Der Vorstand des Buchdruckerverbandes nennt Herrn Rehring einen „Chrabfänger“. Die „Leipziger Volkszeitung“ antwortet mit „elende Salatenblätter“, „Schweinejuden der Berachtung“, „Schweinblut“, „Unmoralische Dreckerei“ usw. (Hört! hört! rechts.) Das ist so Ihr Repertoire, das Repertoire einer Partei, die die Menschheit in eine bessere Zukunft hineinführen will. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Da können wir Sie doch nicht mit Liebe und Duldung behandeln, nachdem Sie sogar die russische Revolution gebilligt haben.

Herr Vebel hat, als er über das Schwabenalter schon hinaus war, gesagt: Wer glaube, auf dem heutigen parlamentarisch-konstitutionellen Wege das letzte Ziel erreichen zu können, der lerne die Verhältnisse nicht oder sei ein Beträger. Wenn man so steht, ist es doch eine gewisse Annäherung, parlamentarische Körperchaften in Bewegung zu setzen, um dieses Ziel zu erreichen. So macht es aber die Sozialdemokratie: einmal spricht sie von Revolution, das andere Mal von Evolution. Wie

unser gutmütiges deutsches Volk

betrogen und belogen wird, zeigt der „Vorwärts“. Da wird zum Beispiel erzählt, die baltische Revolution sei dadurch entstanden, daß Schiffe von den Herrenhöfen kamen. Die Herrenhöfe seien angezogen, damit die Völsiger die hohen Versicherungsprämien erzielten, heißt es weiter. Herr Vebel hat Männer von unserer Ansicht einmal als kreuzhageldumm bezeichnet. Ich sage, daß wer so etwas glaubt, noch dümmere als kreuzhageldumm ist. (Heiterkeit.) Daß wir Menschen, die eben von der Revolution in Rußland kommen und es dann wagen, solche Reden zu halten, nicht noch die Tür zu den Landtagen öffnen, damit sie auch dort ihre verwaltende Tätigkeit entfalten, versteht sich von selbst. Wir haben die zweitgrößte Handelsflotte, aber unsere größten Handelsstädte, unser überseeischer Handel hat keinen Vertreter im Reichstage. Hier zeigt sich klar, daß wir eine Vertretung nach Verhältnissen brauchen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Vom Handel und der Mederei verstehen Sie doch nichts. (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Nur auf die „Mederei“ — ohne d — verstehen Sie sich ausgezeichnet. (Heiterkeit.)

Abg. Wiltberger (Ch.) polemisiert gegen den Abg. Wilmuthal: Seine Angriffe gegen die Haltung unserer Partei im elstisch-lothringischen Landesausschuss zum allgemeinen Wahlrecht waren ganz unberechtigt. Unsere Partei ist einstimmig für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingetreten.

Abg. Schlumberger (Hosp. der Nat.): Man spricht über den Volkswillen in Elstch-Lothringen. Wer kennt den denn? Die Sozialdemokraten sollen ihn besser kennen als die Einheimischen. (Richtig! Heiterkeit.) Ich habe da eine verschiedene Auffassung! Der Wahlspruch lautete früher: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Die Freiheit wollen wir lieber beiseite lassen. (Heiterkeit links.) Die Freiheit des Polizeistaates macht mir Angst! Von Brüderlichkeit will ich auch nicht reden. (Heiterkeit links.) Aber die Volkseele ist für die Gleichheit. Aber die Klassenungleichheit der Sozialdemokraten — nein, dafür sind wir nicht! (Heiterkeit b. d. Sozialdem.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Herr Stöcker, der Mann des Scheiterhaufenbriefes, hat kein Recht, über den Ton innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu reden. Seine Rede hat mich lebhaft erinnert an jenes Wort der Geliebten des Mannes, an den der Scheiterhaufenbrief gerichtet war: „Romdianten seid Ihr doch alle!“ (Sehr gut!) Ich erinnere auch an den Prozeß Stöcker-Witte. Da sind Ausprägungen gefallen, die sich auch in keinem Konversationslexikon des guten Tonnes finden werden.

Herr Stöcker hat dann auch wieder von der russischen Revolution gesprochen. Diese Revolution ist keine sozialdemokratische Revolution. Selbst die „Schlesische Zeitung“ hat ein objektiveres Urteil über die russische Revolution gefällt als Herr Stöcker. Sie hat anerkannt, daß die Regierung in Rußland, die dem Volke jeden Schimmer der geistigen Bewegungsfreiheit verweigert hat, selbst schuld an den jetzigen Zuständen ist. Durch das herrschende System wird das Volk dazu gedrängt, sich zu sagen: Keines Feindes Verlogenheit ist meine Gelegenheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer hat denn geplündert und getötet in Rußland? Nicht die Sozialdemokraten, nicht die Industriearbeiter, sondern die armen, unwissenden, ausgebeuteten Bauern, die man gewaltsam in Unwissenheit und Elend gehalten hat und deren Schulen man stets unterdrückt, überall geschlossen hat. Für deren Wunden, Plündern und Verstößen kann man eine Partei nicht verantwortlich machen, die alle politischen Streitigkeiten auf der Tribüne, in der Volksversammlung, mit dem Stimmzettel, mit der Organisation und der Aufklärung ausfechten will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter den vielen Übelworten, die Herr Stöcker vergegen hat, ist auch das vom Splitter und vom Balken. Herr Stöcker warf mir vor, daß ich

nicht auch von den Veränderungen in Hamburg gesprochen hätte. Ueberall finden sich bei großen Volksversammlungen Elemente, die — wie mein Genosse Herzfeld ganz richtig sagte — noch in voller Barbarei leben und die Gelegenheiten benutzen, um Unlust zu stiften. Es gehört die Sinesart eines Wahrsägers dazu, bei einem großen Kampf ums Recht zuerst daran zu denken. In Stettin fanden beim Papstentwurf zu Kaisers Geburtstag vor zwei Jahren ganz ähnliche Ausbreitungen statt; will Herr Stöder deshalb die Kaisergeburtstagsfeier verbieten? So sehr wir die Ausschreitungen bedauern, sie sind in einem so großen Kampfe eine zu untergeordnete Erscheinung, als daß wir uns ernsthaft daran kehren könnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ob baltische Adlige selbst ihre Schloßer angezündet haben, um die Versicherungssumme einzufordern, wird sich ja hier schwerlich feststellen lassen; für die Zeit der Kommune sind gleiche Manipulationen jedenfalls gerichtlich festgestellt. — Was wir über christliche Liebe sagen, wird der Abg. Stöder wohl immer mißverstehen wollen. Aber darauf kommt es nicht an; wir wollen nur zeigen, wie wenig er selbst die „Liebe“ hat, die er zu haben behauptet und daß er nicht der ist als den er sich ausgibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Revolution von 1848, bei der es sich darum handelte, dem Bürgerthum Einfluß zu schaffen, hat auch große soziale Veränderungen bewirkt. Weiß Herr Stöder das nicht? Herr Stöder meint, die Interessen des Handels seien hier nicht vertreten. Das ist ja eigentlich ein Kompliment für Herrn Dr. Semler! (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auch bevor die Sozialdemokraten in den Handelsstädten gewählt wurden, waren diese Städte doch nicht durch Meeder vertreten, sondern durch Juristen, Handwerker usw. Wenn Herr Stöder aber alle Berufsstände vertreten sehen will, dann trete er doch für das Proportionalwahlrecht ein! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Stöder will den Arbeitern das Wahlrecht geben, wenn sie nicht mehr Sozialdemokraten wählen. Wollen Sie denn den Arbeitern vorzeichnen, wen sie wählen sollen? Das heißt doch das Wahlrecht umstoßen!

Es handelt sich nur aber darum: Soll die politische Grundlage des Reiches eine so wesentlich andere sein als die einzelner Bundesstaaten. Treitschke hat diesen Zustand seiner Zeit für ganz unhalbar erklärt.

Wie das Verhängnis hinter die Rechte der Einzelstaaten in einem föderativen Staate wirkt, sehen wir am besten in Amerika. Dort ist jede wirkliche Sozialreform unwirksam gemacht durch die Einzelstaaten. Auch die Handelspolitik leidet in den Vereinigten Staaten an diesem Festhalten am föderativen Charakter, der zum Demnis jedes Fortschritts wird. Wie aber ein lebensfähiger Föderalismus beschaffen sein muß, zeigt uns die Schweiz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was für ein Geist dagegen in unseren Bundesstaaten herrscht, sehen wir an Lübeck. Es ist mir da das letzte Mal ein Irrtum passiert. Es gab in Lübeck allerdings vor dem jetzigen Wahlrecht noch keine Arbeitervertreter. Jetzt aber hat man eine Klassenvertretung eingeführt, wonach den herrschenden Parteien 105 Mandate zustehen, der Bevölkerung mit einem Einkommen unter 2000 M. — also über dreiviertel der Bevölkerung — nur 15 Mandate! Und das Wahlrecht der Arbeiter ist noch mehr gekürzt durch die Bestimmung, daß man fünf Jahre in Lübeck gewohnt und Steuern bezahlt haben muß, ehe man überhaupt ein Wahlrecht hat. Diefem Geiste gegenüber hat der Reichstag die Pflicht, für die Schaffung eines modernen Wahlrechts in allen Bundesstaaten zu sorgen.

Graf Pofadowsky hat es für gut gehalten, darauf hinzuweisen, wodurch Preußen nach seiner Meinung groß geworden ist. Ich will nicht darauf verweisen, daß hier — wie in anderen Staaten — Daten gefälscht sind, die vor der Marx nicht standhalten können. Wer hat denn aber Preußen groß gemacht? Das sind doch die Bauern, die Männer, die durch Bauernlegen und andere Mittel der Jämter zu Arbeitern geworden und heute in die Industrie gedrängt sind. Die Nachkommen dieser Bauern sollte man doch nicht zu Heloten machen. Die Herren, die hier kompetenzbedenkend geltend machen, sollten doch im preussischen Landtag einen Antrag auf Einführung der allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahl stellen. Wir werden jedenfalls nicht aufhören, immer wieder die Aufhebung des elendesten aller Wahlrechts zu fordern. Immer drohender wird das Volk seine Stimme erheben! Mein Vorzeigener Bebel hat einmal von einer Augustnacht gesprochen, die nicht ausbleiben und mit allen Vorrechten und Privilegien aufräumen wird. Ich möchte Sie daran erinnern, daß es auch einen Augusttag in der französischen Geschichte gab. Ich mahne Sie (nach rechts) deshalb, warten Sie nicht, bis Zeiten kommen, in denen die Arbeiterschaft ihre Forderungen selbst auf anderem Wege durchsetzt. Hören Sie die Stimmen jetzt! Deshalb fort mit dem Dreiklassenwahlrecht und dafür das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Werlach (fr. Bg.): Es wird beantragt werden, über den Antrag getrennt abzustimmen. Dadurch wird mandem ein Vorwand genommen, gegen den Antrag zu stimmen. Ich persönlich hätte auch für den ganzen Antrag gestimmt, Stimme aber jetzt aus rein praktischen Erwägungen gegen das Wahlrecht der Wählerinnen und der Frauen. Für das Frauenstimmrecht bin ich ein alter Kämpfer und sehe es lieber heut als morgen durchgeführt. Doch will ich den Antrag nicht mit diesem Gepäck beladen. Denn das wichtigste ist doch im Augenblick eine einheitliche, immer mächtigere aufschwelende Bewegung gegen die ungerechten Wahlsysteme der Einzelstaaten.

Herr Stöder ist wieder für das Berufswahlrecht eingetreten. Auf alle Fragen aber, wie er sich denn dies Berufswahlrecht näher denkt, wie viel Stimmen er den Großgrundbesitzern, wie viel den Arbeitern einräumen will, schweigt sein sonst so beredter Mund. — Herr Stöder meinte, es erlaube ihn mit Eitel, daß drei Tage über einen solchen Antrag diskutiert werden könne. Ich bin gerade der umgekehrten Ansicht: Wenn jemals der Reichstag seine Zeit gut ausgefüllt hat, so mit dieser Debatte. Ich werde es mit Freunden begrüßen, wenn dieser Antrag immer wieder lehr, bis er zum Siege gelangt. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Ap.): Ich habe wiederholt mit dem Fürsten Bismarck über die soziale Bewegung gesprochen. Es mag richtig sein, daß er diese zuerst als Waffe gegen den Liberalismus begrüßt hat.

Der Hauptbeweggrund für die soziale Gesetzgebung war aber dem Fürsten Bismarck sein Gewissen,

sein warmes Herz für die Arbeiter.

Wiederholt hat er aber auch betont: „Ein notwendiges Korrelat der sozialen Gesetzgebung ist die Ausnahme-Gesetzgebung gegen die Unsturzpartei.“ — In die Verhältnisse des russischen Reichthums können wir uns nicht einmischen. Ein strenges zärisches Regiment hat schon oft in der Geschichte die Revolution in segensreicher Weise abgelenkt. Der Abg. Bebel möge doch mal bei Herodot nachlesen, was er bei der Erzählung der Vorgänge nach dem Tode des Cyrus sagt: „Erst durch einen neuen strengen Gewalthaber konnte das Reich von seinen Unthaten erlöst werden.“ Ich erinnere auch an Napoleon I. und III., die ihre Länder aus der Revolution erlöst haben. Der Abg. Bebel hat sich hier auch auf ein Wort des Prinzen Ludwig von Bayern berufen. Ein geschulter Hölzling hätte ihn nicht geschickter warnen können, als Herr Bebel, der ihm für den Fall, daß Deutschland ein Wahlrecht wäre, die Kaiserkrone in Aussicht stellte. Ich bin gegen alle hönische Kunst,

gegen alle Umschweichelung der Thronen

ebenso wie gegen die Umschweichelung der Massen. Herr Bebel schließt für beides zu sein. (Große Heiterkeit rechts.) Ich möchte dem Prinzen Ludwig eine andere gewichtigere Autorität entgegenstellen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bismarck!), den Fürsten Bismarck! (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Das allgemeine Wahlrecht erkenne auch ich noch heute praktisch als berechtigtes Prinzip an; aber

die Heimlichkeit

steht mit den besten Eigenschaften des germanischen Volkes in Widerspruch. (Stürmische Heiterkeit links.) Fürst Bismarck schreibt also (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ueber das elendeste aller Wahlsysteme! — Heiterkeit in seinen Gedanken und Erinnerungen: Der Widerspruch zwischen der Fiktion des Staatsrechts, daß alle urtheilfähig seien, und den Realitäten des Lebens müsse zu einem Konflikt führen, der nur auf dem Wege sozialdemokratischer Verantwortlichkeiten lösbar sei. (Heiterkeit und Zustimmung rechts.) Nun ist ja, nachdem für den Reichstag das geheime Wahlrecht eingeführt worden ist, noch niemand eingefallen, eine Aenderung der Verfassung zu verlangen. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie selbst aber eine beantragen, so kann sie auch einmal umgekehrt kommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das allgemeine Wahlrecht auch auf die Einzelstaaten und Kommunen ausgedehnt, führt zur Herrschaft der Masse, die nicht zur Herrschaft berufen ist. Jedenfalls hat die jetzige Haltung der Sozialdemokratie und die russische Revolution das auch mir an sich nicht sympathische Dreiklassenwahlrecht nicht erschüttert, sondern befestigt. (Sehr wahr! rechts.) Der Abg. Bebel hat behauptet, die Wähler der ersten Klasse verdanken ihren Reichtum den Arbeitern. Das ist ungefähr so, als wenn man sagte: Napoleon verdankt seine Siege der Tapferkeit seiner Soldaten. Gewiß gehört beides zusammen. Aber noch heute kommen Leute aus geringen Verhältnissen zu geachteter Stellung und überspringen durch Fleiß, Sparsamkeit und natürliche Anlage

die leider viel zu tiefe Kluft,

die das Volk von den höheren Ständen trennt.

Die Organisationen bringen es mit sich, daß die Arbeiter glauben, alles von der Organisation beanspruchen zu können, und daß sie glauben, nichts aus eigener Kraft werden zu können. Ich hoffe, daß der vorliegende Antrag mit einer möglichst großen Mehrheit abgelehnt wird. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.):

Ich will nicht auf all' das eingehen, was im Laufe der Debatte gegen unsern Antrag gesagt ist, sondern nur auf die Ausführungen des Herrn Kardorff. Herr von Kardorff kennt offenbar die Aeußerung des Fürsten Bismarck über die Urheber der Sozialreform, die ich in meiner Rede erwähnt habe, nicht. Fürst Bismarck hat allerdings nicht von der „Angrit“, wohl aber von der „Angrit“ der bürgerlichen Parteien gesprochen. Im November 1884 sagte Auer in einer Rede über die Sozialreform, daß wenn die deutsche Sozialdemokratie nicht vorhanden wäre, die deutschen Arbeiter auf die Sozialreform vergebens gewartet hätten. Darauf führte Fürst Bismarck aus, er müsse darin dem Vorredner zustimmen, daß — wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge von Leuten sich vor diesen

fürchteten

— die mäßigen Fortschritte, die überhaupt unsere Sozialreform bisher gemacht habe, auch noch nicht existieren würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Geheimrat Wagner hat offenbar in jenen Jahren einen großen Einfluß auf den Fürsten Bismarck ausgeübt, er ist es wohl auch gewesen, der ihn zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts veranlaßt hat. Bismarck glaubte, dieses allgemeine Wahlrecht dem Volke geben zu müssen, um für die Schöpfung des Norddeutschen Bundes in der Masse der Bevölkerung Propaganda machen zu können. Gewiß kam er dazu durch die Erfahrungen, die der Kaiserismus Napoleons III. mit dem Wahlrecht gemacht hatte. Der Kaiserismus wird immer da auftreten, wo scharfe Klassengegenseit bestehen, die zu keinem Ausgleich kommen. In solchen Zeiten entsteht dann auch die Revolution. Das ist eine Situation, die in allen entscheidenden Epochen sich als notwendig herausgestellt hat. Doch möglicherweise die Entwicklung der Verhältnisse auch bei uns in Deutschland einmal wieder zu einer zärischen Periode führen könne, wird uns aber nicht bestimmen, von unseren Grundanschauungen abzugehen. Es ist behauptet worden, wir hätten die russische Revolution verherlicht. Das ist nicht wahr. Wir haben uns nur bemüht, gegenüber den Angriffen von Ihrer Seite die Urfachen klarzustellen; wir haben ferner darauf verwiesen, was die Folge sein würde, wenn die politischen Forderungen des deutschen Volkes von Ihnen auf die Dauer verweigert werden. In diesem Sinne haben wir erklärt, daß alle Zeit die Revolution von dem ins Werk gesetzt werde, der berechnete Forderungen ablehne. Es wurde uns vorgeworfen, wir hätten die russischen Revolutionäre unterstützt. Haben nicht auch die italienischen Freiheitskämpfer und andere Revolutionäre früher die warmste Aufnahme beim deutschen Bürgerthum gefunden? Herr v. Kardorff hat den Wunsch nach einer Ausnahme-Gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht. Er vertritt die Auffassung, daß die Sozialdemokratie nur mit Gewalt bekämpft werden könnte. Nun ist es doch der von Ihnen hochverehrte Fürst Bismarck gewesen, der das Sozialistengesetz einführt. Mit welchem Erfolge? 312 000 Stimmen fielen im nächsten Jahre auf unsere Kandidaten. 1884 hatten wir schon 500 000 Stimmen und 1890 1 127 000 Stimmen. Man sieht also während der Dauer des Sozialistengesetzes ein fortwährendes Steigen der Stimmenzahl.

Sie glauben gar nicht, wie wenig wir uns aus einem neuen Sozialistengesetz machen würden.

(Widerspruch rechts.) Mit derartigen Gewaltgeboten hätten Sie doch wahrhaftig schon genügend Erfahrungen sammeln können. Soll ich denn auf den Kulturkampf erinnern? Ist denn da das Zentrum der Besiegte? Sie sind der Besiegte! (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ihr großer Meister Bismarck ist bezwungen worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute freilich ist es so weit gekommen, daß das einst so verfolgte Zentrum die maßgebende Partei geworden ist und Herr v. Kardorff so und so oft gezwungen ist, den Schleppenträger des Zentrums zu spielen. (Sehr richtig! links.) Ihre Votenpolitik hat doch auch schon sehr deutlich gezeigt, wohin Sie kommen. Das Votendum hat Sie heute schon tatsächlich unter. Und die ganze Politik, wie Sie sie gegen das Votendum einschlagen, hat das Gegentheil erreicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die letzten 30 Jahre in Elsaß-Lothringen hätten Sie doch manches lehren können. Bezeichnend war der früher einmal gemachte Vorschlag, die Verwaltung von Elsaß-Lothringen ausschließlich sächsischen Beamten in die Hände zu geben. Das war eine Selbsterkennnis, die man sonst bei Hohenzollern selten findet. Der Abg. v. Kardorff hat mir vorgeworfen, ich hätte von der Unzuständigkeit unserer Gesetzgebung in neuerer Zeit gesprochen. Ich habe aber nur gesagt, daß in den letzten 30 Jahren kein einziger politischer Fortschritt erzielt sei. Auf die preussische Steuer-Gesetzgebung soll Herr v. Kardorff nicht verweisen; denn auch dabei haben die Herren von der Rechten ihre besonderen Vortheile eingeholt. Ebenso hätte er das Fürsorgeerziehungsgesetz wohl besser nicht erwähnt. Ich kann Ihnen sagen, daß mir eine so ungeheure Zahl von Beschwerden zu Ohren gekommen ist, daß ich zu der Ueberzeugung gelangt bin, daß es in der Gestalt, wie es ausgeführt wird, eins der schlechtesten Gesetze ist, die wir haben.

Wenn ein bayrischer Prinz sich in so entschiedener Weise für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ausspricht, so ist es doch ganz selbstverständlich, daß wir das gebührend hervorheben, umso mehr, da preussische Prinzen von dieser Couleur bisher noch nicht auf die Welt gekommen sind. (Heiterkeit.) Herr von Kardorff hat es offenbar nicht verstanden, daß ich mit der Hervorhebung dieser Tatsache zugleich nach der andern Seite, nach Preußen hin,

einen moralischen Hieb

aussteilen wollte. — Uebrigens haben sich ja 1869 auch die National-liberalen unter Führung der Deminggen, Miquel usw. für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch in Preußen ausgesprochen; sie erklärten es damals nicht für angängig, daß auf die Dauer das Wahlgesetz der Einzelstaaten von diesem Wahlrecht wesentlich differiere und 1867 hätte

Herr v. Kardorff selbst

im preussischen Landtag den Antrag, die Regierung aufzufordern, dem Landtag ein Wahlsystem vorzulegen, das in seinen Grundlagen dem des norddeutschen Bundes möglichst genähert werde.

Herr v. Kardorff erklärte, er sei jetzt gegen die geheime Wahl. Ja — hier, wo wir alle freie und unabhängige Männer sind, können wir ja offen stimmen, aber im Lande draußen, wo es noch eine große Mehrzahl abhängiger Leute gibt, ist das geheime Stimmrecht eine absolute Nothwendigkeit, um die freie Meinung zum Ausdruck kommen zu lassen. Und Sie wissen das auch selber ganz genau. Sie plädieren gegen die geheime Wahl, weil Sie sich ärgern, daß so viele Staatsbeamte bei den Reichstagswahlen für die Oppositionsvortheile stimmen, ja daß jetzt selbst Landarbeiter wegen, einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat Herr v. Kardorff weiter damit droht, daß Anträge auf Verfassungsänderungen auch einmal in umgekehrter Richtung kommen könnten. Darauf müssen wir es nun schon ankommen lassen. Gewundert aber habe ich mich, daß Herr v. Kardorff heute so lebhaft gegen das Frauenstimmrecht polemisiert hat. Als im Jahre 1876 derselbe Antrag von uns gestellt wurde, war Herr v. Kardorff der einzige von der rechten Seite des Hauses, der meinte, es ließe sich darüber reden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Kardorff tut so, als sei die Forderung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage etwas ganz Unerhörtes, Ungeheuerliches. Aber wir haben es in ganz Süddeutschland, in Lothringen und Württemberg sogar für die Kommunen. Was ist denn da passiert? Sie werden auch nach der wiederholt abgegebenen Erklärung über die geistige Höhe der deutschen Arbeiter ihnen nicht weniger Rechte geben können als ihren schweizerischen und französischen Klassengenossen, die vom 20. Jahre an das Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften haben. Dieselben „unreifen jungen Leute“ wählen in der Schweiz sogar die Richter, Staatsanwälte, Lehrer und die ganze Reihe der Funktionäre. Aber außerordentlich charakteristisch ist der Gegenlag: Einrichtungen, die im Ausland und in Süddeutschland bestehen, ohne daß auch nur ein Mensch darüber rehet, gelten, wenn sie für Preußen gefordert werden, als die ungeheuerlichsten Zumuthungen an den preussischen Staat und die herrschenden Klassen. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Kardorff verweist ferner auf die angeblich zahlreichen Leute, die aus dem Handwerkerstande zu Reichtum emporgestiegen sind. Aber er hat uns noch immer nicht den Ramn gezeigt, der von sich sagen kann, daß er nur auf Grund persönlicher Leistungen ein großes Vermögen erworben habe. (Lachen rechts.) Ja

um einen Millionär zu haben, braucht man mindestens

500 arme Tausend.

(Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir bestreiten, daß es einer in Betracht kommenden Zahl von Besitzlosen möglich ist, sich in der heutigen entwickelten kapitalistischen Gesellschaft noch selbständig zu machen. In der Zeit, wo ich mein Geschäft gründete, reichten dazu noch 2—300 Taler aus. Heute wäre man damit in vier Wochen bankrott (Heiterkeit) und brauchte wahrscheinlich das Fünffache. In einer großen Zahl von Produktionszweigen ist es überhaupt nicht mehr möglich, ohne große Kapitalien anzufangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Sind unter den 128 Reichsgewordenen, die Herr v. Kardorff anführte, vielleicht auch ehemalige ländliche Tagelöhner? (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Abg. v. Kardorff ruf: Ja! Sogar zwei! — Erneute Heiterkeit.) Ich dachte, es wären mehr, weil ja nach der Theorie des Herrn v. Kardorff nur die Organisation das Streben nach Unabhängigkeit verhindert. Da müßten doch aus den Landarbeitern, die weder eine politische noch eine gewerkschaftliche Organisation haben, eine große Zahl von Millionären hervorgehen. Behaupten wollen, daß alle Menschen heute noch selbständig werden könnten, heißt den kleinen Leuten das nette Kompliment machen, daß sie alleamt Dummköpfe, Efel oder Faulenzer sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die gewerkschaftliche Bewegung so verderblich für die Energie ist, so wundere ich mich, daß Herr v. Kardorff nicht das gleiche von einer Organisation wie dem Wund der Landwirte sagt. (Große Heiterkeit und: Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) der seit Jahren nichts weiter tut, als im Reichstag und Landtag von der Gesetzgebung Hilfe für die Landwirte zu fordern. Auf der einen Seite begründete Herr von Kardorff die Ablehnung unseres Antrages mit Kompetenzbedenken, auf der anderen Seite aber richtet er und unser Freund, der Freiherr von Redlich, Tag für Tag die lebhaftesten Appelle an den Fürsten Bismarck, er möge sich doch in die Angelegenheiten der Einzelstaaten einmischen, damit der Süden nicht immer radikalere Gesetze annehme. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich fürchte, daß dieser Gegensatz zwischen dem Norden und dem Süden immer schärfer werden wird, aber die preussische und die deutsche Regierung wird nur die Sympathien eines sehr kleinen Häufchens haben, während die übergroße Mehrheit der Nation auf Seiten der süddeutschen Staaten steht. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte; es folgen persönliche Bemerkungen. Auf Antrag Eickhoff (fr. Bg.) wird über den ersten Abzug des Antrages, dahingehend, daß in allen Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen ein allgemeines gleiches direktes und geheimes Wahlrecht eingeführt werde, getrennt abgestimmt.

Dieser Abzug wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der drei freistimmigen Parteien, der Polen und der Elässer abgelehnt. Der zweite Abzug wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ebenfalls abgelehnt.

Präsident Graf Ballestrem: Ich kann annehmen, daß dann die Ueberchrift des Antrages ebenfalls abgelehnt ist. (Heiterkeit.) Ich muß das bemerken, da diese Ueberchrift sonst in die dritte Lesung genommen werden müßte. (Erneute Heiterkeit.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Dritte Lesung des deutsch-äthiopischen Freundschafts- und Handelsvertrages. 2. Erste und eventuell zweite Lesung des Handelsprotokolls mit den Vereinigten Staaten. 3. Fortsetzung der zweiten Lesung des Justizgesetzes.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Liebesgabe und Vortorschöpfung.

In der Finanzreformkommission wurde gestern zunächst die Debatte über den schon mitgetheilten freistimmigen Antrag betreffend die Aufhebung der Liebesgabe für Schnapsbrenner fortgesetzt. Genosse Singer gab die kurze Erklärung ab, daß er und seine Freunde für den Antrag stimmen würden. Die ganze Branntweinsteuer sei einzig und allein darauf zugeschnitten, den Schnapsbrennenden Agrariern Vorteile zuzuwenden. Mit diesem gesetzgeberischen Unfug auszuräumen, sei es endlich an der Zeit, und da der Antrag dazu den Anstoß gebe, würden die Sozialdemokraten dafür stimmen.

Dr. Wolff (Wirtsch. Ber.) und Speck (B.) treten im angeblichen Interesse der süddeutschen kleinen landwirtschaftlichen Vrennereien für die Beibehaltung der Liebesgaben ein, ohne welche die kleinen Betriebe zugrunde gehen müßten, jedoch ist Speck nicht abgeneigt, einem Antrage zuzustimmen, der sich auf die Forderung einer Reform der Branntweinsteuer beschränkt und nicht auf eine Festsetzung einer einheitlichen Verbrauchsabgabe und Aufhebung der Maßraum- und Premssteuer ausgedehnt wird, weil in bezug auf die Regelung der Maßraumsteuer für den Herbst dieses Jahres ein Gesetzesentwurf in Aussicht gestellt sei. Da Wasing die Ansicht äußerte, daß der Antrag einen profanischen Wert für die gegenwärtige Aufgabe der Kommission nicht habe, indem es sich für diese nur darum handle Steuern zu bewilligen die bald und schnell fließen,

welche Dr. Wiemer darauf hin, daß doch sogar in den zur Beratung stehenden Vorlagen Steuern in Vorschlag gebracht seien, deren volle Wirkung auch erst nach Jahren ihre volle Wirksamkeit zeigen. Genosse Lipinski geißelt das Spielchen mit Beratung neuer Steuerentwürfe vor Eintritt in die Beratung der Erbschaftsteuervorlage. Man sei offenbar bestrebt, die aufzubringende Summe zuvor derart durch Steuern auf alle möglichen Dinge soweit zusammenzubringen, daß die Besteuerung von Erbschaften entweder gar nicht mehr nötig sei oder doch den Besitzenden wenig fühlbar zu gestalten. Wenn darauf verzichtet werde, daß es mit einer gründlichen Reform der Prämiensteuer und Aufhebung der Liebesgabe nicht so schnell gehe, nun, die Regierung habe seit Jahren das Defizit wachsen sehen und hätte während dieser Zeit einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorbereiten können. Unbeschadet unserer prinzipiellen Stellung zu den indirekten Steuern werden wir für den Antrag stimmen.

Nachdem noch Dietrich (L) und Herold gegen den Antrag gesprochen und Dr. Wiemer sich damit einverstanden erklärt hatte, darüber getrennt abzustimmen, wird der erste Teil, enthaltend den Vorschlag der Einbringung einer Resolution, die eine Reform der Prämiensteuer einberufen soll, mit 14 Stimmen (Sozialdemokratie, Zentrum, Freisinn und Wirtschaftliche Vereinigung) gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen, der zweite Teil, der die Verbrauchsabgabe, Rauchersteuer usw. betrifft, gegen 10 Stimmen (Sozialdemokratie, Freisinn und einige vom Zentrum und Wirtschaftliche Vereinigung) abgelehnt.

Es folgt alsdann die Diskussion des vom Vorkmann (Sp.) eingebrachten und von den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen und den Antisemiten unterzeichneten Antrages.

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald eine Vorlage, betreffend Reform der Porto- und Telegraphengebühren zu machen, welche die entsprechende Verzinsung des in der Post- und Telegraphenverwaltung investierten Kapitals zur Folge hat und die Notwendigkeit weiterer Anleihen für diese Verwaltung beseitigt.

Dietrich begründet den Antrag damit, daß die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung vielfach nicht auf die Kosten komme und deshalb notwendig die Porto- und Telegraphengebühren erhöht werden müßten. So wäre beispielsweise durch die Herabsetzung der Tage für Telegramme ein Ausfall von 16 bis 17 Millionen entstanden und auch die Herabsetzung des Portos für Zeitungen usw. sei zu niedrig. Es sei des Reiches nicht würdig, Anleihen für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung zu erheben, ohne für eine entsprechende Verzinsung durch Rentabilität des Betriebes Sorge zu tragen.

Genosse Singer erklärt, die Sozialdemokraten könnten für den Antrag stimmen, wenn an Stelle des Wortes „Reform“ das Wort „Herabsetzung“ stände. Nach der Begründung sollen also die Einnahmen der Post usw. durch Erhöhung des Portos und der Gebühren herabgeführt werden. Durch jede Verteuerung des Verkehrs werde er in seiner Entwicklung gehemmt, das aber bedeute einen kulturellen Rückschritt. Die Einnahmen der Post usw. seien durch die Verbilligung nicht zurückgegangen, sondern gestiegen, wie jede weitere Verbilligung eine Steigerung des Verkehrs und damit auch der Einnahmen zur Folge haben würde. Wenn dies nicht der Fall wäre, wie wollte man dann die stets sich steigenden Ueberschüsse der Post erklären. Die Anleihen, die erhoben worden sind, waren notwendig für Anlagen, die einen dauernden Wert haben, sich nicht nur verzinsen sondern auch amortisieren. Der Redner ironisiert die kraschen Vorstellungen der Steuerfänger, um nur um die Erbschaftsteuer herumzukommen. Da der Begründer des Antrages auch auf das nach ihm zu billige Porto für Zeitungen Bezug genommen, so gewinne der Antrag noch mehr an kulturfeindlichen Ansehen. Daß die Zeitungen und namentlich eine gewisse Sorte ihm und seinen Freunden unangenehm seien, ist bekannt, und demnach sei anzunehmen, daß es ihnen am liebsten sei, wenn diese durch ein möglichst hohes Porto erdrückt werden könnten. Wenn behauptet werde, daß die Telegramme die Selbstkosten nicht decken, so sei dafür ein Beweis nicht geführt worden. Eine Verteuerung müsse dazu führen, daß die Telegraphenanstalten wieder für den Besitz reserviert würden, den kleinen Renten aber die Möglichkeit, schnell in den Besitz von Familien- und sonstigen wichtigen Nachrichten zu gelangen, unmöglich gemacht werde. Größer bestürmt den Antrag und erhebt gegen die Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie immer für Gehaltserhöhungen der Postbeamten eintreten, aber der Post keine Mehrerinnahmen bewilligen wollen, ja den ganzen Etat ablehnen, worin er einen Widerspruch erblickt. Die Post könne und dürfe nicht dauernd mit irgend welchen Einnahmen unter den Selbstkosten bleiben. Diese müßten gedeckt werden und wenn nur im Ortsverkehr das Porto für Karten von 2 auf 3 Pfennig erhöht werde und ebenso das Porto für Drucksachen.

Auch müßte der Begriff „Drucksachen“ schärfer begrenzt werden, und wenn die vielen Zeitungsbetriebe eine Erhöhung des Portos erdulden, so würde damit der Kultur kein Schaden zugefügt. Die Diskussion der neuen Steuerentwürfe vor der Erbschaftsteuer sei notwendig gewesen, um bei dieser nicht zu so hohen Steuererträgen zu kommen.

Der Reichspostsekretär Kraetke verteidigt zunächst das System der Anleihen für Anlagen, die nicht nur nützlich sind, sondern auch dem allgemeinen Wohl dienen. Betreffs der Portofrage im allgemeinen sei eine Erhöhung nicht möglich, höchstens bezüglich des Ortsverkehrs im Sinne Gröbers. Die bestehenden Sätze sind aber bei Ablösung der Privatposten auf Beschluß des Reichstages festgesetzt. Wenn der Reichstag jetzt einen anderen Beschluß fände, so könnte die Regierung nichts dagegen haben. Im Ortsverkehr decken sich die Selbstkosten in der Tat nicht. Von einer Erhöhung der Telegraphengebühren könne nicht gut die Rede sein, wenn Deutschland nicht hinter anderen Kulturstaaten wieder zurückstehen wolle. Es sollte beispielsweise in Frankreich, Belgien und Italien das Wort nur 5 Cent, bei uns 5 Pf. Wenn auch nicht jeder Zweig der Post- und Telegraphenverwaltung speziell berechnet werden könnte, so könne doch festgestellt werden, daß sich die Anlagen der Telegraphenverwaltung mit 7 Proz. verzinsen. Bei einer Erhöhung des Portos der Drucksachen von 2 auf 3 Pf. würde sich eine Mehreinnahme von etwa 4 Millionen, auf 5 Pf. von 10 Millionen ergeben.

Die Genossen Lipinski und Singer wenden sich mit großer Schärfe gegen die Vereinstätigkeit des Staatssekretärs, dem Drängen der Verkehrsämter in bezug auf den Ortsverkehr Folge leisten zu wollen. Sie verweisen darauf, daß, wenn die Privatposten bei den jetzt gültigen Portosätzen auf ihre Kosten gekommen sind, dies doch bei der Reichspost erst recht der Fall sein müßte. Während die Antragsteller bei Beratung der Fahrkartensteuer den Rückverkehrt unbesteuert ließen, wollen sie ihn im Postverkehr besonders besteuern, wo doch der Rückverkehrt keinen so großen Aufwand erfordert wie der Fernverkehr. Werde die Resolution beim Reichstage eingebracht und angenommen, so bilde das einen Ansporn für die Regierung zur weiteren Besteuerung des Verkehrs zum Schaden der Allgemeinheit.

Die Debatte wurde auf heute vertagt.

Marokko-Geldbuch — Swatowmunder Kasenibulle. Mit 11 gegen 10 Stimmen nahm gestern die Budgetkommission des Reichstages den sozialdemokratischen Antrag an, der vom Reichskanzler eine deutsche Uebersetzung des französischen Geldbuches über die Marokkoanleihe fordere. — Sodann beschäftigte sich die Kommission mit dem Hafen und den Hafenanlagen in Swatowm und. Beide haben schon Millionen verschlungen, ohne daß die Landungs- und Lagerschiffe nur einigermaßen genügend geworden wären, und allem Anschein nach wird dieser Zustand bleiben, selbst wenn weitere Millionen verausgabt werden. Allein die Tatsache, daß in den Jahren 1899—1906 an der 1 1/2 Kilometer langen Küstenstraße am Hafen 419 000 Kubikmeter Sand aufgelassen sind, illustriert die „Vorzüglichkeit“ dieses Hafens. Mit großen Kosten ist eine Mole gebaut worden, die heute als verfallen gelten darf. Zur Ausbaggerung des Hafens bewilligte der Reichstag vor zwei Jahren drei Bagger, die nach Angaben der Sach-

verständigen Abhilfe schaffen würden. Jetzt liegen die Bagger da, ohne eine Tätigkeit zu entfalten. In einem alternativen Gutachten erklärt der Oberbaudirektor Krummer, daß die Baggerungen wertlos sein werden, wenn die Mole nicht verlängert wird. Herr Krummer ist auch der Ansicht, daß selbst die Aufwendung größerer Mittel unter den obwaltenden Umständen keine bessere Lage geschaffen hätte. In einem Bericht des Oberkommandos in Südwestafrika an den Großen Generalstab wird behauptet, Bagger und Saugpumpen können keine dauernde Gebrauchsfähigkeit des Hafens bezw. seiner Anlagen hervorbringen. Die Militärverwaltung hat eine Landungsbrücke gebaut, die sich nach dem Zeugnis des Obersten v. Deimling behaupten haben soll; aber die Gebrauchsdauer dieser Brücke ist nur auf fünf, höchstens zehn Jahre berechnet. Die Regierungsbürokratie plaudert für Verlängerung der Mole, weitere Ausbaggerung usw., bloß v. Deimling will eine Verlängerung der Brücke, die viel zweckmäßiger sei als die Mole; Abg. Paasche wünscht eine Art Drahtseilbahn, die zum Entladen der Schiffe benutzt werden solle, und die Kolonialverwaltung verlangt für dieses Jahr 550 000 Mark zur Wiederherstellung des Hafens und 230 000 Mark zur baulichen Unterhaltung der Mole und der Brücke. Die 550 000 Mark sind von der Regierung in den außerordentlichen Etat unter die Kriegskosten für Südwestafrika eingestellt worden, ein Verfahren, das die Genossen Lebel und Südekum als unzulässig energisch bekämpfen.

Alles ist umsonst gewesen. Von den geforderten 780 000 Mark erteilt die Kommission 500 000 Mark, bewilligt nur Mittel zur Unterhaltung der Brücke und der Mole. — Heute Fortsetzung der Beratung des südwestafrikanischen Etats.

Eisenbahnen und Gewerbegericht. Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über eine Petition betreffend Abänderung des Gewerbegerichtgesetzes in dem Sinne, daß die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf gewerbliche Streitigkeiten zwischen den in Eisenbahn- und Straßenbahnbetrieben beschäftigten Arbeitern und ihren Arbeitgebern ausgedehnt werden soll. Die Petitionskommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Veranschlagung zu überweisen.

Staffelförmige Umsatzsteuer für Großmühlen.

Eine Anzahl rheinisch-westfälischer Mühlenbesitzer petitionieren beim Reichstag um Einführung einer staffelförmigen Umsatzsteuer für Großmühlen. Es soll also zugunsten der kleineren Mühlenbesitzer eine abnormale künstliche Besteuerung des Brotes eingeführt werden. Die Anstalten der Emsender der eingegangenen Petitionen weichen wesentlich von einander ab. Die einen verlangen eine einfache Besteuerung der Großmühlen, die anderen wollen mit der Steuer zugleich eine Kontingentierung einführen, ähnlich wie bei der Spiritusbesteuerung. Es wird u. a. vorgeschlagen, die Steuerstaffel auf 5 Pf. bis 2 Mark pro Doppelzentner festzusetzen. Mühlen, welche nicht mehr als 5000 Doppelzentner Mehl herstellen, sollen von der Steuer frei bleiben. Der Regierungskommissar erklärte, daß die verbandlichen Regierungen im Jahre 1897 ähnlichen Anträgen ihre Zustimmung nicht gegeben hätten. Seitdem hätten dieselben zu der Frage nicht wieder Stellung genommen. — Der Abgeordnete v. Damm trat mit Eifer für die von den Petenten geforderte kontingentierte Besteuerung ein. Er sang das Lied von der Notlage der kleinen und mittleren Mühlenbesitzer, denen von Reichswegen durch die geforderten neuen Steuern geholfen werden müsse. — Ihm wurde erwidert, daß die Segner der Besteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse, wenn sie Wohlstandspolitik treiben wollten, eigentlich den Forderungen der Petenten zustimmen müßten, um die schon vorhandene große Unzufriedenheit der werktätigen Bevölkerung nicht weiter zu steigern. Die ganze Haltlosigkeit unserer Zoll- und Steuerpolitik würde auch dem Indifferentesten einleuchten. — Ein Antrag, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, wurde von der Petitionskommission abgelehnt und mit neun gegen sieben Stimmen beschlossen, die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Aus Industrie und Handel.

Segen des Kalibergbaues. Welchen Gewinn der Kalibergbau dem Kapital abwirft, läßt der Geschäftsbericht der Gewerkschaft Karlsund erkennen. Das finanzielle Ergebnis gestaltete sich folgendermaßen:

	Rohgewinn	Zantienen	Aussbeute
1903	1 125 973	1 282 904	1 529 932
1904	32 275	47 344	71 030
1905	300 000	425 000	700 000

Gegenüber 1903 ist im Jahre 1905 die Aussbeute einschließlich Zantienen um 132 Prozent gestiegen. Die glänzende Rentabilität hat erklärlicherweise sehr stark magnetisch auf die Spekulation gewirkt. Die große Zahl neuer Gründungen drohte den durch das Syndikat hoch gehaltenen Preis zu drücken. Um weitere Gründungen aufzuhalten, war von einer Seite beim Kalihyndikat der Antrag auf Preisherabsetzung gestellt worden. Nach langen Kämpfen sind nach dieser Richtung aber nur ganz minimale Konzessionen gemacht worden, der Bestand des Kalihyndikats ist vorläufig gesichert und die Pländerung der Konsumenten geht lustig weiter. Die moderne Kaliumindustrie ist ein typisches Beispiel für die Widerständigkeit und Ausbeutungstendenz der kapitalistischen Produktionsweise. Das Kali ist ein Naturprodukt, Volkseigentum. Der Staat überläßt dem Kapital jedoch den Besitztitel und so findet das Unternehmertum Gelegenheit, das Volkseigentum als Instrument der Pländerung der Eigentümer zu benutzen.

Va banque. In einem Artikel unter vorstehender Stichmarke bespricht die „New Yorker Handelszeitung“ schupzöllnerische Maximalnoten und resümiert also: „Wie lange sich das hochzöllnerische Debacle noch hinausziehen wird, läßt sich nicht bestimmen. Leider gehen ja mit den Ultra-Protektionisten die organisierten Arbeiter Hand in Hand, weil sie den beschäftigten Industriellen einen Teil des Raubes am Lohne abzugewinnen verstehen, ohne zu berücksichtigen, daß wie ihre Löhne, so auch die Preise steigen. Aber kommen wird über kurz oder lang der Tag, an welchem das heilige Nis der Hochzöllner hinfiel. Gaben doch die neulichen Tarifbestanden im Repäsentantenhaufe klar genug bargetan, daß selbst in stramm republikanischen Reihen die Unzufriedenheit mit dem Hochzoll sich nicht mehr zurückdämmen läßt.“

Konjunkturausschauung. Die von uns schon besprochenen Unstimmigkeiten auf dem Eisenmarkt haben, gewissermaßen über Nacht, einen Umschwung herbeigeführt. Der „Wesl. Generallanz.“ schreibt: „Auf dem obersteleischen Eisenmarkt hat die Tendenz einen völligen Umschwung erfahren. Die letzten Nachrichten vom amerikanischen Eisenmarkt, welche besonders schwach oder doch völlig undurchsichtig lauteten, haben die Händler veranlaßt, aus ihrer Reserve zu treten, so daß jetzt großes Angebot vorhanden ist. Die überaus günstig lautenden Nachrichten über den Beschäftigungsgrad der inländischen Industrie blieben hiergegen ohne Eindruck, und so ist auf dem obersteleischen Eisenmarkt eine starke Abkühlung der Tendenz und ein Abdröckeln der Preise eingetreten.“ Vielleicht handelt es sich jetzt nur um einen vorübergehenden Umschwung. Daß es auf dem Weltmarkte also nicht so glänzend aussieht, als gewisse Stimmungsbilder glauben machen wollen, kann kaum noch bezweifelt werden.

Geschäftslage im Baumwollgewerbe. In der rückgängigen Bewegung der Baumwollpreise ist noch immer kein Stillstand eingetreten. Ende der zweiten Februarwoche waren die Preise für alle Sorten Rohbaumwolle niedriger als in der entsprechenden Zeit der Vormonate. Für die verschiedenen Sorten Rohbaumwolle ging der Preis vom 15. Dezember 1905 bis 16. Februar 1906 um 1 bis 4 Mark pro 100 Kilogramm zurück. Dieser Tendenz am Rohbaumwollmarkt sind auch die Preise für Baum-

wollgarne gefolgt. Durch die Preisrückgänge wurde zwar der Marktverkehr etwas belebter, neue Aufträge gingen nur langsam bei den Spinnereien ein; der Bestand an allen Aufträgen war jedoch meist noch so umfangreich, daß der Beschäftigungsgrad der Fabriken in allen Bezirken äußerst flott war. Besonders im Bezirk von M.-Glabbech-Meydt ist die Lage des Baumwollgewerbes recht günstig. Die Spinnereien sind auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen und werden, da diese Geschäfte noch zu den früheren Preisen abgeschlossen wurden, von der weichenden Preisrendenz am Garntmarkt wenig berührt.

Beutejägerrei. Am 16. Februar war die Einführung von 12 000 Aktien der Peipers u. Cie.-Aktiengesellschaft für Walzenguss in Siegen an der Börse zum Kurse von zifra 145 Prozent befaßt. Infolge der enorm starken Nachfrage nach diesem Papier konnte jedoch erst heute ein Kurs zustande kommen. Während gestern noch Angebote bis zifra 170 Prozent vorlagen, ist die heutige offizielle Notiz 165 Prozent. Dieser Vorgang ist ein Beispiel dafür, wie heute gemacht wird. Mit wahnsinniger Hast stürzt sich die Spekulation auf jedes nur die geringste Aussteigerung in Aussicht stehende Papier und das Resultat — Kurstreiberrei. Diejenigen, die nicht alle werden, kaufen natürlich erst einige Tage später zu höchsten Kursen ein, die orientierten Börsenleute verkaufen — realisieren ihren Gewinn — und das Interesse für das betreffende Papier geht plötzlich verloren. Selbstverständlich geht mit diesem Erlahmen des Interesses der Rückgang der Aktien Hand in Hand. Uns kann es ja schließlich gleichgültig sein, wie die nach mißheltem Gewinn jagenden Stützen der Gesellschaft sich gegenseitig übers Ohr haufen, aber in letzter Linie ist es doch die Werte schaffende Produktion, die alle Kosten der nicht produzierenden Freitreiberei zu tragen hat.

Eisenbahnbau in Amerika. Während des Kalenderjahres 1905 sind in den Vereinigten Staaten von Amerika 4970,39 Meilen neue Bahnen gebaut worden. Im letzten Jahrzehnt hatten nur drei Jahre eine größere Bautätigkeit der Eisenbahnen zu verzeichnen, nämlich 1901 und 1902 mit 5222 resp. 5684 Meilen. An den Bauten des letzten Jahres waren 337 verleihtene Bahngesellschaften beteiligt, und die Neubauten erstreckten sich auf 45 Staaten und Territorien. Die Verteilung gestaltete sich etwas verschieden von derjenigen der zunächst vorangegangenen Jahre. Allerdings haben auch für das Jahr 1905 die südwestlichen Staaten die größte Meilenzahl von Neubauten aufzuweisen, jedoch traten diesmal die nordwestlichen Staaten mit einer Meilenzahl an die zweite Stelle, die hinter derjenigen der ersten Staaten nur wenig zurückbleibt; von den einzelnen Staaten hatte ein solcher des Nordwestens, Nord-Dakota, die größte Verstärkung des Bahnnetzes zu verzeichnen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feierte am 18. Februar sein 7. Stiftungsfest. Nach einer gehaltvollen, mit stürmlichem Beifall aufgenommenen Rede des Herrn Dr. Pauenbrecher, in der er das mühe- und arbeitserfüllte Leben der Arbeiterin schilderte und auf die Bedeutung des Vereins für die geistige Entwicklung der Arbeiterinnen hinwies, folgte der künstlerische Teil des Abends. Neben den sonstigen musikalischen Darbietungen entzückte Frau Annie Lugenburg die Zuhörer durch einige prächtige Violinworte. Einen großen Teil des Programms füllte Maria Holgers durch künstlerisch seine Regitationen aus. Wie immer blieben nach dem ersten Teil des Abends die Mitglieder und Gäste noch lange in betterer Geselligkeit beisammen.

Am darauffolgenden Abend sprach in der regelmäßigen Vereinsversammlung Herr Dr. Bruno Vorkardt über: „Die Gestalt und Bewegung der Erde“. Der Referent wußte in vorzüglich klarer und anschaulicher Weise die astronomischen Grundbegriffe klarzulegen und setzte damit in hohem Maße das Interesse der Hörer.

Die Generalversammlung des Vereins findet am Montag, den 6. März, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, statt.

Lichtenberg. Der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen hielt am Montag, den 19. d. M., seine Generalversammlung ab, in der Herr Dr. Schwerin einen sehr lehrreichen Vortrag über Frauenkrankheiten hielt. Das Referat fand bei den zahlreich erschienenen sehr beifällige Aufnahme. Nachdem der Referent später noch einige Fragen beantwortet hatte, gab die Vorsitzende den Jahresbericht. Mit 29 Mitgliedern wurde der Verein im Januar vorigen Jahres gegründet. Unermüßliche Arbeit hat den Mitgliederstand auf 98 gehoben. Da nach der Versammlung noch einige Annahmen erzielt wurden, ist die Zahl der Mitglieder auf über 100 gestiegen. Dieses erfreuliche Wachstum soll allen Mitgliedern ein Ansporn sein, weiter alle Kräfte für den Verein anzuspinnen. Wodurch gab die Kassiererin den Kassensbericht und wurde ihr auf Erfuchen der Kassierin Decharge erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Frau Brühl, Vorsitzende, Frau Fischer, Kassiererin und Frau Wahnhardt, Schriftführerin, sodas der Vorstand wie bisher zusammengesetzt ist. In das Vergütungskomitee wurden gewählt: Frau Weisbe, Frau Schade, Frau Wutz, Frau Blendinger, Frau Ostfische und Frau Wiedmann. Nachdem Frau Wiedmann die Vermahlen aufgeführt, auch die hygienischen Vorträge, die von der Generalkommission der Krankenkassen veranstaltet werden, stetig zu besuchen, und Frau Brühl auf die Heimarbeit-Ausstellung hingewiesen, wurde beschlossen, am Montag, den 20. Februar, nachmittags die Heimarbeit-Ausstellung gemeinsam zu besuchen. Treffpunkt: nachmittags 2 Uhr am Bahnhof Frankfurter Allee resp. 3 Uhr unter den Linden Nr. 38.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschalen-Direktion. Rindfleisch Ia 63—66 pr. 100 Pfund, IIa 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47, Kalbfleisch Ia 80—85, IIa 63—75, IIIa 54—60, Hammelfleisch Ia 62—73, IIa 56—62, Schweinefleisch 73—78, Kalbsbündel 0,50—0,60, Damwid 0,55—0,65, Hahn 0,00—0,00, Kaninchen 0,80—1,10, Hühner pro Stück, alte 1,40—2,50, junge 0,80—1,30, da. IIa 0,00—0,00, Tauben, junge 0,40—0,70, alte 0,40—0,45, Enten, Stück 2,50—3,40, Gänse pr. Pfd. Ia 0,00—0,00, IIa 0,00—0,00, raffische 0,30—0,50, M. Schellfische 00 M., Runder 10—17 pr. 100 Pfd., Hechte 106—113, Schleie, unrot. 111, Kalle, groß 00,00, mittel 00,00; Karpfen 45, Krupfen 00,00, Aichinlaß 0,00, Seelachs 15—18 pr. 100 Pfd., Schellfische Bolleringe (gefaltet) 40—44 pr. 100 Pfd., Butter pro 100 Pfund Ia 120—121, IIa 116—119, IIIa 113—116, abfallende 00—00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, weiße 0,00—0,00, bunte 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00, Weingelb pr. Schof 7,00—12,00, Weißbrot pr. 100 Pfd. 4,25—4,50, Roggenbrot pr. Schof 6,00—10,00, boll. 14—16 pr. Saure Gurken, Schof 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Wetterüberblick vom 21. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand von	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer- stand von	Wind- richtung	Windstärke	Wetter
Swinemüde	764,6	2	Rebel	1	Haparanda	764,80	2	Rebel	17
Hamburg	761,6	3	bedekt	3	Petersburg	764,89	3	bedekt	5
Berlin	765,6	2	wolflig	1	Scilly	769,6	3	wolflig	8
Frankfurt a. M.	767,6	3	halb bd.	2	Aberdeen	767,89	3	wolflig	1
München	768,6	2	Schnee	1	Paris	769,6	3	Rebel	1
Wien	766,6	3	wolflig	3					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 22. Februar 1906.

Vorherrschend wolflig mit geringen Niederschlägen, Schmägen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 20. Februar. Elbe bei Wfflig +0,12 Meter, bei Dresden -1,25 Meter, bei Magdeburg +1,31 Meter. — U n r u t bei Straßburg +1,30 Meter. — Odet bei Kallioy +1,34 Meter, bei Bredon Oberpegel +4,96 Meter, bei Bredon Unterpegel -1,24 Meter, bei Frankfurt 1,32 Meter. — Weichsel bei Schwabmünde +2,92 Meter. — Warthe bei Posen +0,94 Meter. — Rhey bei Wfflig 1,29 Meter.

Die politische Lage Bulgariens.

Dieser Tage wurde die Nationalversammlung Bulgariens geschlossen, nachdem sie eine Reihe wichtiger Administrativreformen und Gesetzesvorlagen beraten und durchgebracht hatte.

Bzüglich ihrer Leistungen steht diese Session keiner der vorhergehenden Legislaturperioden nach. Die rücksichtslose Kühnheit der Reaktion ist nämlich die Quelle einer ausgiebigen Tätigkeit, die einen tiefgehenden Prozeß der sozialen Umwandlung des Landes befördert.

Von Anfang bis zu Ende stellt diese Session einen parlamentarischen Skandal dar, wie er bisher nie dagewesen ist. Dieser Skandal besteht nicht bloß darin, daß die Regierung ihre Missetaten durch eine unter allerlei Wahlmissbräuchen zustande gebrachte Parlamentsmajorität im Schatten der Verfassungsmäßigkeit verschwinden ließ. Dies harmlose Verfahren hat sich in den Verbrüchen der Staatsführung Bulgariens während der letzten zwanzig Jahre so eingelebt, daß man von einer Wendung der Politik und von einem außerordentlichen Skandal gar nicht reden dürfte, wäre sonst nichts passiert.

Die Dinge liegen diesmal anders: Nachdem das ganze Jahr hindurch sich allerhand politisch-kommerzielle und bürokratisch-bureaucratistische Affären rasch nacheinander gefolgt waren und das aufgeregte Interesse der sonst nicht feinfühligsten Bürgerchaft in Anspruch genommen hatten, gestaltete sich an der Jahreswende die Parlamentstagung zu einer zynischen Farce, deren äußeres Wesen dem naiven Volkswitz reiches Material bot und deren inneres Wesen wohl den Abschluß einer ganzen politischen Entwicklung bedeutet.

Die ein Vierteljahrhundert lange Geschichte des „freien Fürstentums Bulgarien“ ist ein erbitterter Zweikampf zwischen der vollstänlichen Demokratie einerseits (die ihre Vertreter vorwiegend aus den Reihen der Stadthandwerker und der Volksteilnehmer rekrutierte und die zum vollen Ausdruck gelangte in der heute noch auf dem Papier unberührt bestehenden „Verfassung“) und dem Monarchismus andererseits, der — anfangs allein von einer Handvoll Buhdleren und altentimlichen Aristokraten unterstützt — sich allmählich eine treue Militär- und Bureaucratieklasse zu erschaffen verstand und entscheidenden Einfluß auf das politische Geschehen des Landes zu gewinnen wußte.

Die monarchisch-bureaucratistische Reaktion fühlt heute ihre Lage mehr als je befestigt. Die beiden Erbsolger des altnationalen Liberalismus und der traditionellen Demokratie, nämlich die Parteien der Fortschrittliberalen und der Demokraten, liegen darnieder, zusammengesetzt unter dem Druck der Fehler ihres eigenen politischen Unverstandes und der verachtenden Gleichgültigkeit der gedrückten Bauernmasse. Die Arbeiterbewegung liegt noch in den Bindeln, und vorläufig hofft man, sie mit einer Reihe von kleinen Konzessionen auf lange Zeit still zu machen. So — durch keine gefährliche Opposition mehr bedroht und der altmodischen Propagandakampagne gegenüber völlig abgestumpft, die immer im Andenken an die Blüthenzeiten des konstitutionellen Liberalismus geföhrt wird — sieht sich die Reaktion bemöhigt, mit dem Parlamentarismus, mit allen demokratischen Institutionen des Landes offenen Spott zu treiben.

Das heutige Ministerium, das gerade sein drittes Lebensjahr angetreten hat, ist nicht der einzige Träger dieses siegreichen Zuges zur Aufspühung der monarchischen Gewalt. Im direkten oder indirekten, im bewußten oder unbewußten Dienste dieser Entwicklung stehen alle bürgerlichen Parteien des heutigen Bulgariens, die sich um die Gunst des Fürsten bewerben, wobei die Fortschrittliberalen und die Liberalen ganz besonders zur Kompromittierung des Parlamentarismus und der Demokratie beigetragen haben. Der eigentliche Inspirator dieser Politik ist Fürst Ferdinand selbst, der seit Jahren die Zermalmung der bürgerlichen Parteien zielbewußt verfolgt, was ihm auch endlich gelungen ist, dank dem Anwachsen des Lumpenproletariats und der Schicht jener Stellenjäger, die die sicherste Stützpunkt des aufstehenden Monarchismus garantieren.

Gegenüber einer Ermahnung der Opposition: das Ministerium möge seinen Platz räumen, nachdem es sich nun von seiner aggressiven Politik in Hinsicht der macedonischen Frage losgesagt habe, erklärte der Chef der Regierung, Herr Dimitar Petkoff: „Seid ruhig! Es gibt einen über und, der seinerzeit uns zurecht wird: Senn, meine Kinder! und dann gehen wir unseren Weg.“ Man kann der Regierung eine eigentümliche offenerherzige Mähigkeit nicht absprechen. Die Opposition, die zur vollen Ohnmacht reduziert ist, wird nur zu oft beschimpft. „Blaudert ihr, so viel ihr wollt“, ruft Herr Petkoff seinen politischen Gegnern zu, „wenn ihr meine Weisheit überzeugen könntet, dann nehme ich den Hut und gehe fort.“ Bei einer aufgeregten Szene, wie sie in der Nationalversammlung nur zu oft vorkommen, rief Herr Petkoff, der ein geborener Dichter ist, seinen eigenen politischen Freunden zu: „Bleibt ihr still, sonst werde ich euch zunächst hinauswerfen!“ „Man beschämte“, so sagte einmal derselbe offenerherzige Minister, „ich habe die Absicht, die Pressefreiheit zu vernichten. Wozu brauche ich denn all das? Ihr profanieret die Pressefreiheit, so daß heute niemand mehr der Zeitung Achtung und Glauben schenkt!“ Die belehrungsreichen Erklärungen des lähnen Ministers gipfeln in seiner Ausrufung, daß Bulgarien ein Brechen auf der Balkanhalbinsel sein kann und muß — ein militär-bureaucratistischer Staat, der die Einigung der Balkanhalbinsel zustande bringe!

Durch keine beachtenswerte Opposition verhindert, beginnt die monarchisch-bureaucratistische Reaktion ihren positiven Aufbau. Das Ministerium ist eifrig besorgt, die Posten der Staatsautorität zu befestigen und die Lage seiner Partei nach Möglichkeit sicherzustellen. Es sucht wirksame Methoden der Sichererhaltung zu erdenken und anzuwenden, um die hohen Kosten seiner verschwenderischen Staatswirtschaft zu decken, die Schlagfertigkeit der Armee, dieser „Hoffnung der bulgarischen Zukunft“, auf die Höhe der Zeit zu stellen und auf ihr zu halten, die materielle Lage der einzelnen seiner Anhänger aus den Reihen der höheren Bureaucratie und des Unternehmertums gründlich aufzubessern, die Intelligenz der sogenannten freien Berufe durch allerlei Konzessionen an sich zu fesseln, wo nicht direkt durch materielle Vorteile zu bestechen.

Durch eine lähne Einführung erhöhter Accise-Zagen und Staatsmonopole für den Handel mit wichtigen Konsumartikeln (Salz, Jünderholzer, Nigarattenpapier) hat die Regierung wirklich vermocht, das erhöhte Budget im Gleichgewicht zu halten. Das ordentliche Budget für 1906 ist in der Höhe von 117 873 000 Frank mit 117 656 588 Frank Ausgaben angelegt, wobei 27 821 804 Frank auf das Kriegs-, und 10 689 704 Frank auf das Volkserziehungsministerium entfallen. Dazu kommt aber noch eine reiche Liste außerordentlicher Ausgaben, die aus den vermeintlichen Ueberflüssen der Einnahmen von 1905, in Wirklichkeit aber aus der zu beschließenden neuen Staatsanleihe zu bedecken sind. Die außerordentlichen Ausgaben, die alljährlich große Ziffern darstellen und von denen besonders das Kriegsministerium profitiert, sind nämlich in der Höhe von 40 000 000 Frank vorgesehen, wovon 6 000 000 auf das Kriegsministerium entfallen. Allerdings ist der größte Teil dieses Credits dem Bau zweier wichtiger Eisenbahnstrecken gewidmet: 1. Radomir—Küstendil (die türkische Grenze) und 2. Trnovo—Voroskaja—Stara-Sagora. Das die zweite Bahn betrifft, so ist sie von großer Bedeutung für den bulgarischen wie auch für den ganzen europäischen Handel im Osten. Sie bringt eine direkte Verbindung zwischen dem östlichen Arm der Donau (Russe) und Konstantinopel zustande. Die Interessen des Verkehrs und Handels erheischen — wie in der Presse und in der Nationalversammlung bewiesen wurde —, daß die Strecke auf einem dafür sehr geeigneten ebenen Defilee angelegt würde. Trotz alledem ließ die Regierung die oben angegebene Trasse auf einen Abhang von 25/1000 (die höchste Steigung, die überhaupt existiert) wählen. Man will also

einen sinnlosen Bahnbau unternehmen — und all das, weil eine Handvoll von einflussreichen Aktionären (worunter einige Minister!) daran interessiert sind, daß die Strecke die Kohlenminen von Trnovo-Balkan durchkreuzt, die, wie bewiesen wurde, sehr unfruchtbar sind und einen Eisenbahnbau durchaus nicht rechtfertigen. Die allmächtige Regierung ließ sich von ihrem halbsparrigen Entschluß nicht abbringen, trotzdem die Opposition zu einem Kompromiß bereit war, durch den die Interessen der Minenaktionäre bzw. der Bankgesellschaften befriedigt werden sollten, welche die Aufnahme der erforderlichen Staatsanleihe von der Verbindung der Minen mit dem Eisenbahnbau abhängig machten! Diese Frage wuchs sich zum wahren Skandal noch dadurch aus, daß sie die Abdankung des Eisenbahnministers hervorrief, der wenigstens so viel Ehrgefühl bei sich gefunden hatte, um die Verantwortlichkeit für eine solche Unternehmung nicht auf sich zu laden.

Ein weiteres Merkzeichen der heutigen bulgarischen Reaktion ist, daß sie sich nicht mehr durch eine allgemeine, zum System erhobene Vergewaltigung der individuellen Freiheiten und Volksrechte, sondern durch Korruptionierung des ganzen öffentlichen Lebens über Wasser halten will.

Auf diesem Wege hofft z. B. das schönste Fröchtchen der Reaktion, der Unterrichtsminister Dr. Ivan Schischmanow, Erfolg zu erzielen. Seine Toleranz gegenüber den Ueberzeugungen der Schullehrer, sein Wohlwollen gegenüber der Notlage der Volksschulen und der Volksschullehrer, seine Wohlwolligkeit gegenüber einer Anzahl von Talenten aller Art ist unendlich. Dazu kommt das unheimliche „Wohlwollen“ der Regierung der Arbeiterschaft gegenüber: Der Gesetzesentwurf für Kinder- und Frauenarbeit, die Invaliden- und Krankenunterstützung der Staatsarbeiter, die Verrückung der Verpflichtung der Arbeiter, in die Handwerksinnungen einzutreten, die Erhöhung des Lohnes der unteren Angestellten der Staatsbahnen — all das sind Reformen, die innerhalb Jahresfrist mit einem Ru bei der ersten Forderung der Arbeiter durch die Regierung ausgeführt wurden!

Es leuchtet ein, welche tiefe wirtschaftliche Umwälzung die geschilderte Staatsführung zur Folge hat. Bulgarien durchlebt heute eine Periode der Volksberaubung und der Zusammenhäufung großer Kapitalien, wie sie lehrreicher kaum anderswo zu beobachten ist. Man sieht da, wie eine lähne monarchisch-bureaucratistische Koalition aus Ruder gelangt, sich über alles Recht, über alle politische Moros hinwegsetzt, unter der Regungslosigkeit der den Wucherern preisgegebenen Bauernmasse und unter dem dumpfen Protest der untergehenden Handwerkerklasse große Volkseigentümer stiftet und sie durch Vermittlung der Staatskasse in die Taschen einzelner hochgestellter Bureaucraten und ihrer verbündeten privilegierten Unternehmer steckt. Auf diese Weise ist eine bureaucratistische „Elite“ zur Treue gegen den Thron gezogen und eine heimliche Kapitalistenaristokratie geföhrt und gegöhrt, auf welche beiden Säulen sich das moderne Staatswesen Bulgariens nun verlassen soll.

Man war besonders in verflochtenen Jahre Augenzeuge großer Veräußerungen der Staatskasse seitens einzelner Staatsbeamten. Die Ziffer der entdeckten und unentdeckten Diebstähle verschiedener Beamten ist nicht anzugeben, da sie statistisch nicht gebucht zu werden pflegt. Allerdings weh man aber, daß die einflussreiche Stellung der höheren und selbst der mittleren Behörden eine Quelle der Bereicherung vieler eiferfüchtigen Anhänger der herrschenden Koterie bildet. Aber diese Quelle ist bei weitem nicht die ausgiebigste, die Leute von Ehrgeiz zufriedenstellen kann. Da kommen die Staatslieferungen, die die verantwortlichen Bureaucraten und im Einverständnis mit ihnen ihre verbündeten verantwortungsfreien Unternehmer zu großen Preisen regeln. Ein recht interessanter Prozeß zeigte, daß durch die Vermittlung eines angesehenen Regierungsmannes das Kriegsministerium ein Geschäft unter recht ungünstigen Bedingungen abgeschlossen hatte, das eine reiche Ernte für die Lieferanten ergab. Der Kläger erzielte das Gericht aber um nichts weniger, als ihm den nach Zurückziehung des Auftrages ihm entgangenen Teil der Beute zuzuprophen, was auch geschah, obwohl Bulgarien ein Gesetz hat, das die geschwindige Bereicherung verfolgt. Jener famose Kläger war aber kein anderer, als der erste Vizepräsident der Nationalversammlung, der seinen Ehrenposten noch heute glücklich inne hat!

Diese Entwicklung schafft natürlich gleichzeitig die Kräfte, die den Zusammenbruch der monarchisch-bureaucratistischen Herrschaft vorbereiten. An erster Stelle ist es die Arbeiterbewegung Bulgariens, die — heute noch jung und schwach — im Hinblick auf das sozialistische Ideal sich den Schatz aus den Augen zu reiben beginnt —

Aus der Partei.

Der niederrheinische Aufreizungsprozeß.

Wohl in keinem anderen Bezirke Preußens war die Staatsanwaltschaft mit so heftigen Bemühungen dabei, an die Verbreitung der Wahlrechtsflugblätter vom 14. Januar d. J. eine große Prozeßhara zu knüpfen, wie es bei der Staatsanwaltschaft in Elberfeld der Fall war. Nicht nur, daß in der Druckerei in Elberfeld etwa 60 000 Exemplare konfisziert wurden, nein, auch an alle Orte und Bahnhaltungen des niederrheinischen Agitationsbezirks war telegraphiert und telephoniert worden, um Jagd auf die Flugblätter machen zu lassen. Dausfahrungen gab es in Masse, und noch in den letzten Tagen haben in verschiedenen Orten Vernehmungen stattgefunden, um die Verbreiter unter Anklage stellen zu können. In Elberfeld war gegen neun Genossen, die man im Verdacht hatte, an der Herausgabe und dem Versand der Flugblätter beteiligt zu sein, das Strafverfahren aus § 130 St. G. B. eingeleitet worden.

Zur Hauptverhandlung kam es inessen nur gegen den Genossen Hlendaum, der Geschäftsführer der „Freien Presse“ ist. Die Verhandlung fand am Montag statt. Die Anklage wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu konstruieren, war aber selbst der Staatsanwaltschaft nur möglich, indem sie die Wahlrechtsaufkufe in der „Freien Presse“ und der „Bergischen Arbeiterstimme“ vom 5. Dezember d. J. in Verbindung mit dem Flugblatt brachte. Die Verteidigung protestierte gegen die Verlesung der Artikel, aber das Gericht beschloß die Verlesung des Artikels in der „Freien Presse“, obwohl der Angeklagte zu diesem Artikel in gar keiner verantwortlichen Beziehung steht.

In der Vernehmung erklärt Hlendaum, daß in unserer Partei kein Mensch daran gedacht habe, von unserer allbewährten Taktik abzuweichen. Wenn im Bürgerertum irgendwo für den 21. Januar Beunruhigung entstanden sein sollte, dann nur durch das Vorgehen und die Maßnahmen der Polizei- und sonstigen Behörden. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rißh, will wissen, was unter der Redewendung: „Auf zum Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht!“, „Lacht die Stunde nicht ungenüßt vorübergehen“, „blüde auf Ruhland“, „erhebt auch ihr euch in gewaltigen Massen“ zu verstehen sei, er wollte die so oft angewandten bildlichen Redewendungen offenbar buchstäblich verstanden wissen.

Eine mehr als in einer Beziehung bemerkenswerte Rede hielt der Staatsanwalt Dr. Freitag. An Kenntnis unserer Partei-grundzüge übertraf er den Leipziger Staatsanwalt. In dem Breslauer Urteil, so führte Dr. Freitag aus, sei festgestellt, daß die Sozialdemokratie Gewalt anwenden wolle, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Jeder wisse, daß das letzte Ziel der Sozialdemokratie die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft und die Aufrichtung

der Diktatur des Proletariats sei. Wohin das führe, zeige die französische Kommune; solch eine Schreckensherrschaft, wie da geherrscht habe, wolle auch die Sozialdemokratie herbeiföhren. Daß die Sozialdemokratie von Gesellschaft nicht wissen wolle, gehe aus den Verhandlungen des Wiedener Kongresses hervor, wo beschlossen wurde, das Wort „gesellschaft“ aus dem Programm zu streichen! — Er erinnere an die anarchistischen Attentate und an die Attentate auf Kaiser Wilhelm I., die die Folge der — sozialdemokratischen Hets- und Wühlarbeit seien. Man solle bedenken, daß das Flugblatt in einer Zeit erschienen sei, als in Rußland die Revolution über die Regierung zu siegen schien, als in Oesterreich-Ungarn, in Sachsen und Hamburg Unruhen infolge der Wahlrechtsbewegung ausgebrochen seien, und man solle ganz besonders erwägen, daß gerade in diesem Moment Deutschland einem Kriege so nahe gewesen sei wie nie seit 1870. Nach alledem sei eine hohe Strafe am Plage. Der Staatsanwalt beantragte darauf ein Jahr Gefängnis!

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landé, zerpfückte die Darlegungen des Staatsanwalts und legte insbesondere dar, der Aufruf richtet sich an das ganze preussische Volk, an alle Wähler dritter Klasse, zu denen recht Wohlhabende gehören. Es könne also von einer Aufreizung gegen die besitzende Klasse keine Rede sein. Das Flugblatt richte sich entweder gegen die Regierung oder gegen das Herrenhaus, oder gegen die bürgerlichen Parteien. Tatsächlich hängen aber noch Millionen Arbeiter den bürgerlichen Parteien an. Nirgends in dem Flugblatt findet man eine Aufreizung gegen die besitzende Klasse, und deshalb könne der § 130 nicht herangezogen werden. Von einer Aufreizung zu Gewalttätigkeiten könne auch gar keine Rede sein. Der Staatsanwalt kenne, wenn er es auch anders gesagt habe, die Sozialdemokratie nicht aus deren Schriften, z. B. Marx und Engels, sondern wahrscheinlich aus der „Kölnischen Ztg.“ und der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ Die Entwicklung der russischen Revolution habe der Staatsanwalt völlig verkannt, dort seien nicht verschiedene Klassen gegen einander gegangen, sondern fast das gesamte Volk, jedenfalls auch die besitzende Klasse gegen die Regierung. Die Plünderungen in Rußland seien nicht von den Revolutionären, sondern von Vandalen, oft angestachelt durch die Polizei gegen die Revolutionäre, ausgegangen. Die vielfachen Phrasen von Gewalttätigkeit der Sozialdemokratie usw. brauche man nur logisch in einen bestimmten Sach zu bringen und man werde an die Lächerlichkeit erinnert, die nach dem Sprichwort tötet. Wenn der Staatsanwalt sich einmal genau überlege, auf welche Weise der Angeklagte eigentlich Gewalttätigkeit in dem gedachten Sinne begehen wollte, so müßte er wohl über seine eigenen Schlussfolgerungen lachen.

Das Gericht erkannte, wie schon kurz gemeldet, auf Freisprechung. Es schloß sich im wesentlichen den Ausführungen der Verteidigung an. Der Antrag der Verteidigung, auch die Verteidigungskosten der Staatskasse aufzuerlegen, wurde jedoch abgelehnt.

Staatsanwalt Dr. Freitag mag sich mit seinen Vorgängern in Elberfeld trösten, die sich in ihrem übergroßen staatsreiterischen Eifer große Schlappen holten. Wir erinnern nur an den großen Scheimbundprozeß und der lehteren vorausgegangenen Vorbereitung zu einem großen Scheimbundprozeß, der aber aus dem Anfangsstadium nicht herauskam.

Aufreizungsprozeß in Stargard.

Am Dienstag fanden eine Reihe Genossen wegen des Wahlrechtsflugblattes unter Anklage. Als Verteidiger stand ihnen Genosse Wolfgang Heine zur Seite. Vier Genossen, die die Flugblätter verteilt hatten, wurden freigesprochen, zwei Genossen, die die Pakete den Flugblattverteilern übergeben hatten, wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verteidiger wies darauf hin, daß ja keiner der Angeklagten das Flugblatt gelesen hatte. Dem Gericht fiel da wohl ein, daß die Kenntnis des Inhalts zweifellos zum Tatbestand der eventuell strafbaren Handlung gehöre. Es nahm aber ohne jeden Beweis an, daß die verurteilten Genossen das Flugblatt jedenfalls gelesen hätten. Eine Anreizung liege vor, da auf Rußland hingewiesen sei! Das Urteil hätte auch nicht ungerechter lauten können, wenn es ohne Anhörung der Angeklagten vor der Verhandlung gefällt worden wäre. Es ist Revision eingelegt.

Die neueste „Aufreizungs“-Maffenaktion!

Wie wir bereits telegraphisch meldeten, sind gegen unser Parteiblatt „Tribüne“ in Erfurt sieben Anklagen wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ eingeleitet worden. Der Ausgang der Aufreizungsaktion in Leipzig scheint die Staatsanwaltschaft angeregt zu haben, denn obgleich die erste „Aufreizung“ bereits am 10. Januar begangen sein soll, leitet man erst jetzt das Verfahren ein. Dieser erste „aufreizende“ Artikel wendet sich an die Frauen und sagt ihnen: Taa res agitur, um deine Sache handelt es sich. Er schließt: „Daher auf zum Kampfe!“ Keine darf fehlen in den Reihen der Sozialdemokratie.“ Das entsehlige Wort „Kampf“ hat es dem Staatsanwalt angetan. Wie die Genossin Zieg mitteilt, ist auch gegen sie als Verfasserin das Strafverfahren von Erfurt aus bereits eingeleitet worden, so daß sie, da sie den Artikel mit ihrem vollen Namen unterzeichnete, mit dem verantwortlichen Redakteur Gen. v. Lojewski zugleich auf der Anklagebank sitzen wird.

Die weiteren angeklagten Artikel enthalten folgende Aufreizungen: „Wir werden die reaktionären Gegner bei den nächsten Wahlen zerreiben (!) und bereiten jetzt schon große geistige Entscheidungen (!) vor.“ „Und jetzt ihr nicht euer Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein“ — hier ist in das Zitat hinter dem ersten Wort „Leben“ in Klammern eingefügt „für gesellschaftliche politische Befähigung“. Demnach ist es aufreizend, den Idealismus zu haben, für gesellschaftliche politische Betätigung sein Leben einzusetzen. Drei Notigen wurden als Preshäuherungen über die sächsische Reaktion unter Quellenangabe zitiert. Auch eine andere Preshäuherung fällt unter diese Rubrik. Die „Tribüne“ hatte Preshstimmen über den „roten Sonntag“ zitiert und auch folgende Worte wiedergegeben: „Kampf (!) also, Kampf auf der ganzen Linie! Sturmangriff (!) gegen die Reaktion, Sturmangriff (!) gegen die angebliehen, so läglichen untätigen Freunde des demokratischen Wahlrechts! Der Kampf (!) ist nicht vorüber, er beginnt erst! Ein Verräter an der Sache des Volkes, wer talentlos (!) beiseite steht!“ Da haben wir den Aufreizungsfallat: Kampf, Sturmangriff, Laten — entsehligh!

Damit auch die „Berächtlichmachung von Staats-einrichtungen“ nicht fehle, hat man dieses Defekt in einer Notiz entdecken müssen, die unter der Stichmarke: „Die Vorbereitung“ einfach und ohne jede Bemerkung meldete, daß in

Gelsenkirchen am 21. Januar das Gefängnis zur Aufnahme der Verhafteten frei gehalten wurde. Demnach scheint das Gefängnis — allerdings die wichtigste und kultur-fördernde Einrichtung des preussischen Staates — „verächtlich“ gemacht zu sein.

Leider muß man dem Staatsanwalt zugestehen, daß die Aufregungen der „Tribüne“ Erfolg gehabt haben: in ihrem Verbreitungsgebiet sind zwei gewalttätige Erzele vorgekommen. In Wandersleben bei Erfurt veranstalteten patriotische Kriegervereine als Gegendemonstration gegen den roten Sonntag eine patriotische Feier, wobei zwei patriotische Gestohlene vom patriotischen Schlachtfelde getragen werden mußten. Und in Langensalza kam es zwischen patriotischen Soldaten und patriotischen Zivilisten zu einer patriotischen Schlägerei und Stecherei, bei der es auf beiden Seiten mehrere Verwundete gab. Grund genug, jetzt gegen die „Tribüne“ ein Aufreizungsverfahren einzuleiten.

Es erscheint ausgeschlossen, daß der Staatsanwalt eine Verurteilung erzielen wird. Das wäre nur möglich, wenn die Erfurter Richter sich durch ihren engeren Kollegen und Freund, den Erfurter Landgerichtsrat Hagemann, beeinflussen ließen, der bekanntlich als nationalliberaler Schanzmacher kürzlich im Reichstage eine noch energischer und tollere Verfolgung der Sozialdemokratie forderte. Daß das die Erfurter Richter tun werden, dafür liegt zunächst kein Anzeichen vor, zumal ein Gericht, das in derartigen rein ideellen Weidungen eine Anreizung zu physischen Gewalttätigkeiten „feststellen“ würde, dem Fluche der Lächerlichkeit anheimfiel. Nichtsdestoweniger wird dieser Massenprozeß der „Tribüne“ neue Scharen von Abonnenten bringen. Weil er eben für uns und für das Volk ein — Aufreizungsprozeß ist!

Die diesjährige Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsen beginnt am Dienstag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, im „Veldere“ zu Zwickau. Zur Erledigung der Geschäfte sind vorläufig zwei Tage in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Zentralkomitees: a) Organisation. b) Agitation. Referenten: Sandermann und Braune. 2. Bericht über die Tätigkeit des Landtages. Referent: S. Goldstein. 3. Die Wahlrechtsbewegung. Referent: Fritz Meyer. 4. Die Taktik bei den Gemeindevahlen. Referent: E. Schulze. 5. Anträge der Parteigenossen. 6. Wahl des Ortes für das Zentralkomitee. 7. Wahl des Ortes für die nächste Landesversammlung.

Totenliste der Partei. Der Stadterordnete Genosse Dreher ist in Lobtau nach wenigen Wochen schwerer Krankheit gestorben. Paul Dreher ist einer der alten Garde, ein Genosse, der, 57 Jahre alt geworden, den größten Teil seines Lebens in uneigennützigster Weise in den vorerwähnten Reihen des Proletariats gekämpft und gewirkt hat. Er stand schon als junger Mensch mitten in der Bewegung, da noch zwei Richtungen in der sozialdemokratischen Partei als feindliche Brüder sich gegenüberstanden. Und in den schwersten Zeiten des Sozialistengesetzes hat Paul Dreher seinen ganzen Mann gestanden, wie nur einer; er hat sich unergänzliche Verdienste um unsere große Sache erworben, die ihm von der Parteigenossenschaft Dresden ungerne vergessen bleiben. Wiederholt wurde er von den Lobtauer Genossen zum Gemeinderatsmitglied berufen, und er hat diesen Posten unter den schwierigsten Umständen, teilweise als einziger Sozialdemokrat, wirkungsvoll im Interesse der Arbeiter vertreten. Auch sonst hat er uns im Grab gefundener Genosse wiederholt auf den exponiertesten Posten der Partei gestanden. Er kandidierte wiederholt zum Landtag, und als Redner war er auf bestimmten Gebieten sehr geschätzt und erfolgreich tätig. Er war ferner der tätige Mitstifter der jetzt bestehenden Organisation im 6. Kreise, deren erster Leiter er auch war. Und trotzdem unser Genosse Dreher seit Jahren zeitweilig von der Arbeit geplagt wurde, hat er bis zum Beginn seiner tödlichen Krankheit ununterbrochen im Interesse der Sozialdemokratie gewirkt.

Arbeiter, Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt: Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonntag und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitslast an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstückspause und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unstille Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Unstille, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Akkordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgedehnt werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungesetlich und zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgeldern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzwahrgregeln. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Beseitigung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzeinrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich unkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Erziehung auf Beseitigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Beschwerden nehmen entgegen: Fräulein Vaader, Alsterstraße 49, Hof II. Frau Vanshte, Rosfelderstr. 43, Tiergarten. Frau Dr. West, Lothringersstr. 67. I. Frau Luy, Waterloo-Platz 9, im Laden. Frau Pangerman, Rappell-Allee 128, vorn I. Frau Tiev, Wilmensstr. 63, I rechts. Frä. Seidemann, Alte Jakobstr. 108. IV. Frä. Grünberg, Köpnickstr. 8b. IV. Frau Jeeke, Rixdorf, Steinwegstraße 120, vorn I. Frau Schmidt, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 130.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr. Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15, im Laden. Vorm. 9—1 und nachm. 6—8 Uhr.

Zur Auskunftserteilung über alle die Gewerbe-Aufsicht be-

treffenden Angelegenheiten sind die Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu sprechen:

- A. Für Arbeiter und Arbeitgeber: Dienstags und Freitags von 1 bis 2 Uhr mittags.
- B. Für Arbeiter allein: Donnerstags von 7 bis 8 Uhr abends und am 1. Sonntag des Monats von 9 bis 10 Uhr vormittags.
- C. Für Arbeiterinnen allein halten die Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen Fräulein Reichert, Fräulein Kummer und Fräulein Conradt zu den unter B angegebenen Zeiten Sprechstunden in den Räumen der Gewerbe-Inspektion Berlin O bezw. C und N ab.

Außerdem sind zur Auskunftserteilung über alle die Gewerbe-Aufsicht betreffenden Angelegenheiten täglich von 1 bis 3 Uhr Gewerbe-Aufsichtsbeamte in den Dienstlokalen der Gewerbe-Inspektionen anwesend.

Die Bezirke der Gewerbe-Inspektionen für Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf sind wie folgt abgegrenzt:

- 1. Gewerbe-Inspektion Berlin O., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 1, 2, 6, 12 bis 16, 19 bis 22, 27, 29, 38, 40, 55 und 93.
- 2. Gewerbe-Inspektion Berlin O., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 23 bis 26, 43 bis 45, 48, 49, 52 bis 54, 65, 66, 70, 79, 86, 87, 94 bis 96, 102 und 103, sowie den Stadtkreis Rixdorf.
- 3. Gewerbe-Inspektion Berlin S., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 28, 30, 31, 34 bis 36, 39, 41, 42, 47, 56, 63, 67, 71 bis 73, 78 und 85, sowie den Stadtkreis Schöneberg.
- 4. Gewerbe-Inspektion Berlin W., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 3 bis 5, 8, 32, 33, 37, 57, 58, 64, 74 bis 77, 83, 84, 91, 100 und 104, sowie den Stadtkreis Charlottenburg.
- 5. Gewerbe-Inspektion Berlin N., umfassend die Bezirke der Polizeireviere 7, 9, 10, 11, 17, 18, 46, 50, 51, 59 bis 62, 68, 69, 80 bis 82, 88 bis 90, 92, 97 bis 99, 101 und 105.

Uebersicht der Gewerbe-Inspektionen und der Gewerbe-Aufsichtsbeamten von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf.

Bezeichnung der Gewerbe-Inspektion	Gewerbe-Inspektoren	Beamte der Gewerbe-Inspektionen	Dienstorte der Gewerbe-Inspektionen
Rgl. Gewerbe-Inspektion Berlin O.	Dr. Jungfer.	Dr. v. Jindsch, Referendar. Ref. Kummer, Assistentin. Ref. Steinhoff, Assistentin.	NO. 43, Georgen-Str. Platz 21. N. 20, Prinzen-Allee 88.
Rgl. Gewerbe-Inspektion Berlin N.	Dr. Rasch.	Ref. Conradt, Assistentin. Schmidt, Gewerbe-Assessor. Höllner, Gewerbe-Referendar. Ref. Reichert, Assistentin.	SO. 26, Elisabeth-Platz 45. Schöneberg, Geisbergstr. 38.
Rgl. Gewerbe-Inspektion Berlin O.	Dr. Pfäfer.	Lampe, Gewerbe-Referendar.	NW. 52, Calowstr. 13.
Rgl. Gewerbe-Inspektion Berlin S.	Donath,		
Rgl. Gewerbe-Inspektion Berlin W.	Gewerberat. v. Giggel.	Lohmann, Gewerbe-Referendar. Fritz, Referendar.	

Gerichts-Zeitung.

Ferdinand Bonn vor dem Gewerbegericht.

Ferdinand Bonn hatte gestern wieder einmal sich mit seinen Bühnenarbeitern vor dem Gewerbegericht auseinandergesetzt. Nicht weniger wie dreißig Klagen, meist wegen Ueberstundenforderungen, sollten zum Austrag kommen. Gleich bei Beginn der Verhandlung lehnte Bonn den Vorsitzenden, Gewerbegerichtspräsident Böhling, wegen Befangenheit ab. Dieser Einwand wurde aber als unbegründet zurückgewiesen und die einzelnen Klagen zur Verhandlung gebracht. In vier Fällen wurden Vergleiche abgeschlossen und einige andere Klagen mußten wegen Fehlens von Zeugen verfallen. In einem Falle erfolgte nur die Verurteilung zur Bezahlung der Ueberstunden. — Ferdinand Bonn selbst dauerte die Sache so lange, er verließ den Verhandlungssaal und beauftragte seinen Sekretär K. mit seiner Vertretung. Als in dem schon erwähnten Fall Bonn zur Bezahlung der Ueberstunden verurteilt wurde, berief sich K. auf das Zeugnis des Bühnenchefs Dr. Rathhull, der behauptete, daß die Arbeiter bei Bonn keinen Rechtsanspruch auf Ueberstundenbezahlung hätten. (!) Der Gerichtshof hielt die Verneinung dieses Zeugnisses für unerblich, zumal von anderer Seite bezeugt wurde, daß in allen Berliner Theatern die Bezahlung der Ueberstunden üblich sei. Wegen dieser Zeugenablehnung lehnte der Vertreter Bonns in allen weiteren 16 Klagen den ganzen Gerichtshof als befangen ab. Nach längerer Beratung erklärte der Vorsitzende, daß ein neuer Termin demnächst stattfinden werde. Inzwischen wird über den Einwand der Befangenheit entschieden werden.

Der Weisungsantrag darüber, daß die Arbeiter keinen Rechtsanspruch auf Bezahlung für Ueberstunden haben, ist offensichtlich unbeschäftigt. Der Arbeiter hat einen Anspruch auf Bezahlung für Ueberarbeit und selbst wenn entgegenstehende Abreden wären, im vorliegenden Fall offenbar gegen die guten Sitten verstößend und deshalb ungültig. Die Ablehnung wegen Befangenheit unter diesen Umständen legt die Vermutung nahe, daß die Ablehnung überhaupt nicht ernst gemeint war, sondern zur Hinzuziehung der Entscheidung dienen soll. Den Arbeitern wäre zu raten, eine einstweilige Verfügung in Höhe ihrer Ansprüche zu extrahieren, damit später ihnen die Pfändung erleichtert werde.

Gütet die Kinder! Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte die 3. Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage gegen die Rausche Marie Otto, den Kapellmeister Wilhelm Pfarr und zwei junge Mädchen. Letztere hatten sich in die „Behandlung“ der Frau Otto begeben, um mit deren Hilfe die Folgen eines von ihnen begangenen Hehltritts abzuwenden. Pfarr wurde beschuldigt, unter Mißbrauch seines Ansehens und durch Ueberredung eine feinere minderjährige Schülerin, die bei ihm Violinunterricht hatte, zu Falle gebracht und dann selbst zu Frau Otto geleitet zu haben. — Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Pfarrs zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, der Frau Otto zu 9 Monaten Gefängnis. Die beiden jungen Mädchen kamen mit geringeren Gefängnisstrafen davon.

Stiß in den Daumen. Schmerzes Unheil hat der Arbeiter Paul Erpach angedreht, der wegen schwerer Körperverletzung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen wurde. Die Sache hatte seinerzeit das Schöffengericht beschäftigt. Dieses hatte sich aber für unzuständig erklärt, weil der Verletzte ein wichtiges Glied des Körpers verloren hatte. Der Angeklagte war bei einer heftigen Getreidefirma beschäftigt und geriet eines Tages mit einem Vorarbeiter bei der Lohnzahlung in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Dabei hat der Angeklagte seinem Gegner den Daumen der linken Hand beinahe abgehackt, so daß der Finger amputiert werden mußte und der Verletzte dauernd eine Steifheit im Arm zurückbehalten hat. Der Angeklagte, der schon einmal in eine solche Stiß-Affäre verwickelt war, wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Verammlungen.

Zweiter Wahlkreis. In einer Volksversammlung bei Gohmann, Kreuzbergstraße, sprach am Dienstag der Reichstagsabgeordnete Genosse Stücken über die Entwicklung der Sozialpolitik im Reich. In der gutbesuchten Versammlung waren auch Frauen zahlreich vertreten. In seinem Vortrage erklärte Genosse Stücken, wie wichtig und unzureichend die vielgepriesene Fürsorge für den Arbeiter im Deutschen Reich ist. Dennoch ist man in Regierungskreisen der Meinung, daß die Arbeiter recht undankbar seien, wenn

sie noch mehr verlangen. Man spricht von der „vollen Kompottschüssel“, aber die Arbeiter sind der Meinung, daß sie noch nicht bei der Suppe angelangt seien. Wir stehen erst am Anfange einer verheißungsvollen Sozialreform. Man solle sich nicht täuschen lassen, daß den Arbeitern zuliebe Reformen eingeführt werden. Das Kapital ist selbst stark daran interessiert, daß nicht unnötiger Raubbau mit der Arbeitskraft des Volkes getrieben wird. Was an Arbeiterkämpfe zugestanden wird, ist nur minimal; jedes weitere Zugeständnis ist immer das Resultat langwieriger Kämpfe und nur schwer aufrecht zu erhalten. Was die Arbeiter vor allen Dingen brauchen, das sind Freiheiten, um sich ihre Rechte zu erkämpfen auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Sie müssen als Klasse mit der Sozialdemokratie kämpfen, denn solange Klassen im Staate bestehen, wird auch der Klassenkampf nicht aufhören, der mit aller Schärfe geführt werden muß.

An der Diskussion beteiligten sich nur einige Redner, welche die Ausführungen des Referenten durch treffende Beispiele zu bekräftigen wußten und auf die Notwendigkeit der Organisation hinwies.

Die Wahlrechtsfrage stand auf der Tagesordnung in fünf Versammlungen, die der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis am Dienstag in den verschiedenen Stadtteilen des Kreises veranstaltet hatte. In der Versammlung für das Götter Viertel bei Graumann in der Ranninstrasse hatte Genosse Ernst Prädner das Referat übernommen; in der „Trabenberg“, vor dem Schießischen Tor, sprach Genosse Wälsche, bei Titfin, Memelerstraße, Genosse Eugen Prädner; bei Voeler, Weberstraße, Genosse Wälsche, und im „Elyrium“, Landberger Allee, Genosse Titfin. In allen Versammlungen trat der Ernst und die Entschlossenheit zutage, womit das preussische Proletariat den Kampf um seine politische Gleichberechtigung führt; aber ebenso deutlich zeigte es sich, daß die Arbeiterklasse durchaus nicht gewillt ist, der Reaktion die ihr wohl wünschenswert erscheinende Gelegenheit zu geben, die Bewegung in einem Blutbad zu erstickern. Auch gab man sich nicht der Täuschung hin, daß der Kampf ein leichter sein werde, daß man das allgemeine Wahlrecht so ohne weiteres erreichen könne. Genosse Titfin bemerkte am Schluß seines Vortrages, daß die ganze Kraft auf die Jugendziehung gerichtet sein müsse, damit sich die heranwachsende Generation nicht zu blinden Werkzeugen der Reaktion gebrauchen lasse. Er verglich die Volksbewegung mit dem Druck in einem Dampfessel, der bei ungezügelter Wartung den Kessel zerplatzt und den Maschinenisten beiseite jätet — eine Warnung an die Reaktion, nicht allzu frech die Forderungen des Volkes zu mißachten. — An den Vorträgen knüpfte sich eine rege Diskussion, in der der Mißmut und die Empörung über die schmällichen politischen Zustände in Preußen unmittelbar und kräftig zum Ausdruck kam. Einigen pessimistisch klingenden Äußerungen gegenüber bemerkte der Referent in seinem Schlusswort, daß, wer die letzten Jahrzehnte der Arbeiterbewegung miterlebt hat, doch trotz all' der herrschenden Reaktion erkennen müsse, daß es vorwärts geht. Im übrigen sei es vor allem auch Sache jedes einzelnen Parteigenossen, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß es schneller vorwärts gehe.

Deutscher Kürschnerverband. Die Zahlstelle Berlin hielt am 19. Februar eine Versammlung ab. E. Schönbart - Hamburg hielt einen Vortrag über das Thema: Unternehmerverbände und Arbeiterorganisationen. Hierauf erfolgte Bericht und Auswahl des Delegierten zur Gewerkschaftskommission. Den Bericht erstattete Sellmann, gewählt wurde Krause II. Der Kürschner Demeter, der beim letzten Streik Arbeitswilligendienst geleistet hat, wurde aus dem Verbands ausgeschlossen.

Vermischtes.

Schwere Schiffsunfälle, bei denen viele Menschen ihr Leben verloren, haben sich in und bei Portugal ereignet. Wie aus Porto gemeldet wird, geriet bei dichtem Nebel auf dem Duoro eine Bark auf einen Felsen und schlug um; 16 Personen ertranken. — Nach einer Meldung des „Morning Leader“ (London) aus Lissabon stieß ein portugiesischer Küstendampfer auf Felsen an der atlantischen Küste und ging innerhalb weniger Minuten unter. 25 Fahrgäste ertranken. Viele Leichen wurden bereits ans Ufer geschwemmt.

Deutscher Arbeiter - Abstinenz - Bund. Ortsgruppe Berlin. 1. Bezirk. Freitag, den 23. Februar, abends 1/9 Uhr: Agitationsversammlung für die städtischen Vororte in Rummelsburg, Alt-Borsigen 56, bei Tempel. Vortrag des Genossen A. Störmer über: „Unsere Mittel im Klassenkampf“. Diskussion.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. O. Wettstein. Die Tagespresse vor hundert Jahren. 24 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag: H. Müller, Jülich. I. Bericht über die Tätigkeit der Zahlstelle Berlin des Holz-arbeiterverbandes für das Jahr 1905. II. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Holzarbeiter nach statistischen Erhebungen im September 1905. Eine von der Zahlstelle Berlin des Deutschen Holz-arbeiterverbandes herausgegebene Broschüre. Zu haben im Verbandsbureau, Engel-Platz 15.

Briefkasten der Redaktion.

165. I. An den Verband der Gekleidungsgehilfen, Berlin, Dirlenstraße 39, I. — H. 250. Beim Juneller. — H. 3. 000. Erlauchen Sie den Kasten im Reichstag, Portal V, um Ueberlassung einer Tribünenkarte. Ausgabe derselben nur vormittags. — Rastk, Steinforde. Zentralverband der Konsumvereine Deutschlands. Sekretär: Heinrich Kaufmann, Hamburg, 8, Grüningsstr. 24/27. — H. 11. Dresden. — G. 8. 100. Uns nicht bekannt. — Zwei Streifenbe, Gollnowstraße. 1. 9. Juni 1894. 2. 15. November 1897. 3. 18. Dezember 1897.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Vereinfachte Antwort wird nicht erteilt.

30 J. W. Sie müssen sich an die Gesellschaft wenden, eventuell die Police ausbieten lassen. — V. 250. 1. und 2. Rein. Sie müssen sich aber vertreten lassen. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen, es muß abgelehnt werden, zu einer bestimmten Zeit durch den Briefkasten zu antworten. — G. 99. Die Klage wäre im Auslande anzuführen, sie hat wenig Aussicht auf Erfolg. — G. 2. 100. Gebrauch ist, wenn wegen desselben die Ehe geschieden ist, auf Antrag des beleidigten Watten Straßburg. Der Antrag ist spätestens innerhalb drei Monaten nach Rechtskraft des Scheidungsurteils zu stellen. Die Strafe beträgt zwischen einem Tage und sechs Monaten Gefängnis. — H. 6. 12. Soweit ersichtlich, erbt nur der Ehemann und ihr Vater. — A. 19. 5. Jedes Beweismittel kann als hinreichend zum Beweis erachtet werden. Die Anzeige dürfte aber leider resultatlos verlaufen. — M. 3. 37. Rein. — 20. Circa 30 Pf. bis 1 Pf. — G. 8. und R. M. 1. Senden Sie sich an das Amtsgericht mit dem Antrag, Sie von der Parteilichkeit zu dispensieren. — R. 2. 68. Alter Abonnent 100. Rein. — Verbele. 1. Sie können nicht vor dem 2. Juni heiraten. 2. Rein. — J. 20. Sie haben keine Verpflichtung. Die betreffende gehört auch einer Krankenkasse nicht zu. — H. 6. 7. Wenn bewiesen wird, daß 14tägige Kündigungsfrist vereinbart und diese Vereinbarung auch mit dem Schwager getroffen ist, so haben Sie, sonst der Schwager Recht. — Weh. 1. Die Pfändung geschieht durch Gerichtsbescheid. 2. Das hat das Gericht nach Maßgabe des Familienunterhalts zu entscheiden. 3. und 4. Rein. 5. Ja. — Schu. 10. Sie mußten sich das Urteil holen. — Tallborf 15. 1. Rein. 2. Ja.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beeth. Grabowsee etc. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Festsitzte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitschriften sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 22. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Coppelia.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Faust. Rabale und Fische.
Berliner. Die Rabin von Toledo. Neues. Die Neuwärmhölzer. Salome.
Besing. Rosmersholm.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Adeliches Theater.) Cyprienne. Kleines. Kinder der Sonne. Wehen. Schützenfest. Zentral. Der Willado. Metropol. Am ins Metropol. Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.
Römische Oper. Don Pasquale. Reizend. Der Prinzgemahl. Trianon. Loulou.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle. Thalia. Bis früh um fünf. Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Luisen. Ein Sommernachtstraum. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die goldene Brücke. Belle Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Nyolo. Insel Tulipatan. Am Weltlichen-Kabarett. Spezialitäten.
Herrnsfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Hollis Caprice. Nach dem Papstentwurf. Der Beheme.
Wintergarten. Licht - Man's Chinesen-Truppe. - Otto Reutter. Reichshallen. Stettiner Sänger. Weisheit. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/58.
Täglich abends von 7 bis 7 1/2 Uhr.

Berliner Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Jüdin von Toledo.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Neuvermählten.
Hierauf: Salome.
Freitag: Die Morgenröte.
Sonntag: Ein Sommernachtstraum.
Sonntag: Erdgeist.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne.

Komische Oper.
Donnerstag, 22. Febr., abends 8 Uhr:
Don Pasquale.
Oper in 3 Akten von Donizetti.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr u. abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Freitag: Maria Magdalena.
Sonntag: Kaufmann von Venedig.
Sonntag nachm.: Gullis. Frei Ursus vom Leising-Theater.
Abends: Die Ratschläger.
Montag: Ein Sommernachtstraum.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. Theising: Die Fortpflanzung.
Sternwarte Invalidenstr. 57-58.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner
Abessiniens.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Berliner Theater.
Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.
Eröffnungs-Vorstellung
Freitag, den 23. Februar:
Zar Feodor Joannowitsch.
Tragödie in 5 Akten v. Wlodek Toffel.
Sonntag und Sonntag:
Zar Feodor Joannowitsch.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.
Interessant! Amüsant!
Die glänzenden Spezialitäten u.
Gobert Belling
mit seinen überbelegten Komikern.
Katsukoma Higashi.
Weister des Jiu-Jitsu.
Vorher: Die Insel Tulipatan, Operette.
Sonntag, den 25. Februar, nachm. 3 Uhr: Berliner Luft u. Spezialitäten.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Karmol und H. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Carl Weiß-Theater.
Nr. Franziskanerstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die lebende Brücke auf Kuba.
Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung, kleine Preise: Rübezahle und das lustige Schneiderlein.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Trauenstr. 16
Extra-Elite-Vorstellung.
Neu! Zum erstenmal: Neu!
In russischer
Leibeigenschaft.
Voltsstück in 4 Akten v. A. Pamletz.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Voll.

Elysium Landsberger Allee Nr. 40-41.
Hr. C. Eisermann.
Jeden Donnerstag:
Original-Hamburger Sänger
Direktion: C. Fricke und F. Kascho-Krause.
Anfang 8 Uhr.
Entree 10 Pf.
Vorzugsarten gelten.
Nachher: Tanz.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (I. Teil)
Schauspiel in 4 Akten v. Björnsterne Björnson.
Freitag, abends 8 Uhr:
Königs Glaube.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.

Freie Volksbühne.
Sonntag, 25. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
17./18. Abteilung
Maria Magdalene.
7. Serie
im Metropol-Theater
Komödie aus dem oberen sächsischen Erzgebirge in vier Aufzügen von Emil Rosenow.

MÄRZ-FEIER
Sonntag, den 17. März, Branerei Friedrichshain.
Beethoven-Berlioz
Großes Sinfonie-Konzert
Instrumental- und Vokalmusik unter Mitwirkung hervorragender Solisten und Festball.
Festmarken und Gastkarten in allen Zahlstellen.
228/8
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Zirkus
Albert Schumann
Heute Donnerstag, den 22. Februar, abends prägte 7 1/2 Uhr:
Eliteabend. Eliteprogr. u.a.:
Die größte Revue!
Ein Souper bei Maxim.
Les 7 Perezoff.
Das Rätsel des Orients: Ihre Exzellenz
Margaretha Fehim Pascha.
Hogana Troupe.
The Ergotti und King Louis Troupe.
Troupe Créard.
Ferner: Die großartigen neuen Spezialitäten und Dr. Albert Schumanns neuesten Schul- und Freiheits-dressuren. Zum Schluss: Riesen-Erfolg!

Femina
das neue Frauenreich.
Größte Pracht - Ausstattungs-Parfömmie der Gegenwart.
Trianon-Theater.
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Kasino-Theater
Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 1. März inkl.
Die goldene Brücke.
Am 2. März zum erstenmal: Die Herren Söhne.
Sonntag nachm. 4 Uhr zum letztenmal: Das Cyfersamm.

Folies Caprice
Budapester Pössen-Theater
132 Liniestr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 158. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: **Der Beheme**
u. d. ausgezeichnet. Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: tägl. d. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vor-mittags an.

Sanssouci Kottbuser Str. 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
Sonn. 8g. 5. Bodent. 8 U. Dienst., Mittw.: Theat.-Ab. Anmeld. i. d. ar. Theaterkaas 3. nächst. Sais. (a. j. Mittw.) u. schon jetzt entg.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien Sardou und G. de Rajac.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Vellchenfresser.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.

Ein Frühlingsopfer
von
E. Kayserling.
Kater Lampe.
Komödie aus dem oberen sächsischen Erzgebirge in vier Aufzügen von Emil Rosenow.

Zirkus Busch.
Neu! Sensationell!
Der automatische Mensch.
Zum ersten Male in Europa!
Noch nie dagewesen!
Eine Springpferde-Konkurrenz zwischen 3 Springpferd. u. die vorzügl. Programmnummern.
Zum Schluss (um 9 1/2 Uhr): Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
Indien.
Origin-Manege-Ausstattungsstück des Zirk. Busch in 8 Bild.

WINTERGARTEN
Zum erstenmal in Berlin!
Tschin-Maa's Chinesen-Truppe
Außerdem
Otto Reutter
und das
sensationelle Februar-Programm.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
MiB Gertrude,
Tänzerin.
Karl Bernhard,
der Humorist.
= Bierzehn Nummern. =
„Und Papi singt“
(Pepl Weiß).

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Die größte Sensation des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Im zweiten Bilde:
Die sechs schönen Nanosizigaretten.
Kuchen
X das neue Februar-Programm. X
Flor de Borneo, große, vorzügliche Zigarette, moderne Form, liefert 300 St. 10,80 M. franco Nachnahme. Zigaretten-fabrik Bremer Schlüssel, Bremen IV.

Die Möbel-Fabrik
von 59042*
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 R. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- u. Eichenart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung, kulanterste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Heute zum 108. Male:
Der größte Herrnsfeld-Schlager:
Familiientag
im
Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, 22. Februar:
Die jartlichen Verwandten.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Roderich Densch.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Vorzugsarten haben Vorrang.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Mittwoch 8 Uhr.
Sonntags für Sommer-feste sind noch frei.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 23. u. 22. Bdr.
Heute 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Mlle. Eugenie
Schulmeisterin im Herrenstiel mit Goldblüschhengst Monte Christo.
Li Bello Jonglier-Scene.
MiB Astre Norton
die zweite Cabaret.
La belle Leona
Gelenkphantasia.
Die Herbstparade. Schwant.
Familienfeste in Barbier, Friseur- und Rigarengeschäften unentgeltlich.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Weibel, Metro, Britton, Hofmann, Böhm, Balder, Seidel, R. u. D. Schrader).
Anfang
Bodentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Der Kenner
raucht
Nr. 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vortzlicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabrik - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 171, E. Franks. Str.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwarzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franks. Str.
Gertraudenstr., Eck. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 143, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Die größte Sensation des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Im zweiten Bilde:
Die sechs schönen Nanosizigaretten.
Kuchen
X das neue Februar-Programm. X
Flor de Borneo, große, vorzügliche Zigarette, moderne Form, liefert 300 St. 10,80 M. franco Nachnahme. Zigaretten-fabrik Bremer Schlüssel, Bremen IV.

Die Möbel-Fabrik
von 59042*
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 R. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- u. Eichenart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung, kulanterste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

Die Möbel-Fabrik
von 59042*
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 R. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- u. Eichenart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung, kulanterste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

Walhalla-Theater
Nach Afrika, nach Kamerun.
Ausstattungsstücke in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Carl Gabriels Volks-Museum
Friedrichstr. 112a,
am Oranienb. Tor
Zirka 2000 Ausstellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold. u. Kind. 20 Pf.
Sämt. Räum. 60 Pf.

Otto Pritzkaus Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe
die Heißten Vortagskünstler und Stars der Liliputaner der Welt.
Die Fuß-Künstlerin Margarete Marjol, Heilscherin Armida, nachsagende Wunderdame. Pluto, Wunderbahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf, lebend. zc.
Riesen, Zwerge, Phänomen, Patre usw.

Eltern,
die beabsichtigen, ihre Söhne oder Töchter dem Kaufm. Berufe zuzuführen, wenden sich vertrauensvoll an
Rackow's Handels-Akademie,
Leipzigerstr. 39
(nahe Charlottenstraße).
::: Anfang April :::
Beginn neuer Kurse.
(Damen u. Herren getrennt.)
Man verlange Prospekt „D.“!

Der Kenner
raucht
Nr. 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vortzlicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabrik - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 171, E. Franks. Str.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwarzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franks. Str.
Gertraudenstr., Eck. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 143, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Der Kenner
raucht
Nr. 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vortzlicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabrik - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 171, E. Franks. Str.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwarzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franks. Str.
Gertraudenstr., Eck. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 143, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Der Kenner
raucht
Nr. 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vortzlicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabrik - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 171, E. Franks. Str.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwarzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franks. Str.
Gertraudenstr., Eck. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 143, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Der Kenner
raucht
Nr. 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vortzlicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabrik - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 171, E. Franks. Str.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwarzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franks. Str.
Gertraudenstr., Eck. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 143, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Der Kenner
raucht
Nr. 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vortzlicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabrik - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 171, E. Franks. Str.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwarzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franks. Str.
Gertraudenstr., Eck. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 143, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Gold- u. Silberwaren

Wecker-Uhren mit Absteller . . . v. 1,45 an
Nickel-Remontoir-Uhren, 30 St.-Werk . . . v. 2,65 an
Echt silberne Remontoir-Uhren . . . v. 5,90 an
Echt silberne Remontoir-Uhren, 6 Rubis v. 7,- an
Echt gold. Dämenhalak m. Schieb., 130 cm l. v. 11,50 an
Echt goldene Ringe . . . v. 0,90 an

Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. Risiko ausgeschlossen, da bei Nichtgefall. Geld retour.

Uhren aller Art

Nickelwaren

Julius Busse
BERLIN C. 13
Grünstraße 3/4 O. und Leipzigerstraße 77.
Reich illustrierter Katalog gratis u. franko.

Über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel- u. Bronzewaren, optischen Instrumenten, photogr. Apparaten, Musikwerken, Leder- u. Stahl-, Uhrentour- u. Werkzeugen

Bronzewaren

Optische Artikel

Kaffeeservice, vernickelt, 4tlg., 1 L. von 6,50 an
Brotkörbe, vernickelt 0,45 an
Tafelaufsätze vernickelt 2,50 an
Photographie-Albuns 0,65 an
Photographische Apparate mit 6 maliger Plattenwechselung 4,50 an
Operngläser mit Etui 3,40 an

Wirklich billige und anerkannt roelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Uhrmacher und Händler.

Photograph. Apparate

III. Wahlkreis.

Zonntag, den 25. Februar, abends 6 Uhr, in Voigts „Ritter-Säle“, Ritterstr. 71/75:

Geffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stripp (Rezitation).
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Entrée inkl. Garderobe 20 Pf. Tanz frei. 240/8*
Su recht zahlreichen Besuch ladet ein Der Einberufer.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Vororte.
Bureau und Postenlokal: Rosenhalestr. 57
9-12 u. 2-4 Uhr geöffnet. — Fernsprecher: Amt III, 1296.

Donnerstag, den 22. Februar cr., abends 9 1/2 Uhr, Rosenhalestr. 11/12: Anserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Die Bedeutung der Tarifverträge. Referent: Fritz Etzkorn-Hamburg. 3. Die Kündigung des Tarifvertrages durch die Freie Vereinigung der selbständ. Barbier u. u. wie verhalten wir uns hierzu? Referent: Paul Hiere. 4. Gesellschaftliches. 288/8
Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. 3. H.: Paul Liere.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschl.

Crüderverein Berlin.
Bureau: Hirschenstr. 20. Telefon-Amt VII: 4990.

Freitag, den 23. Februar cr., abends 8 Uhr, bei Fritz Wilke, Brunnenstr. 185:

Mitglieder-Versammlung Abteilung sämtl. Putzer.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Sämtliche Mitglieder, welche sich mit Reparatur beschäftigen, sind verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen; auch diejenigen, welche Mitglieder werden wollen, sind hiermit eingeladen.
129/6 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Donnerstag abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Brauerei „Friedrichshain“, Am Friedrichshain 22/29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Kassenbericht vom vierten Quartal. Bericht des Vorstandes, der Kontrollkommission, der Arbeitsvermittler und der Schlichtungskommission. Entschlüsse für die Ortsverwaltung. Vorträge der Ortsverwaltung. Aufstellung der Delegiertenkandidaten zum Verbandstag. 81/1
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr Branchen-Versammlung der Stellmacher im „Rosenhale Hof“, Rosenhalestr. 11-12.

Tages-Ordnung:
1. Der Kampf der Wagenfabrikanten und Stellmachermeister gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband.
2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten. — 4. Verschiedenes.

Möbelpolierer.

Montag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Königsbad-Kasino, Solgarmarktstraße 72:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen W. Haak über: Moderne Beizen. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Zu Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird zahlreicher Besuch erwartet.
Der Branchenleiter.
Der jetzige Branchenleiter Oskar Dumke wohnt Köstrickerplatz 10.
Adressen der Obleute:
Bezirk O.: Franz Bollfrab, Am Ostbahnhof 7.
SO.: Albert Schreiber, Kolbuser-Damm 4.
N.: Karl Kus, Köpenickerstr. 26.

NB. Der diesjährige Wästenball findet am 23. März im Lokale „Königsbad“, Or. Braunschweigstr. 117 statt. Es wird den Kollegen zur Pflicht gemacht, für regen Vertrieb der Billets zu sorgen.

Möbelfabrik „Phönix“

Eingetragene Genossenschaft m. b. H. Haftung.

Sonntag, den 4. März, vorm. 9 Uhr, Frankfurter Allee 130:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Rechnungen. 3. Geschäftliches. 105/18
Der Vorstand. 3. H.: K. Thielike.
Karl Bartsch Th. Friederich.

Berlin C., Sophienstr. 18.
4 neue Festsäle
sind täglich unter den kulantesten Bedingungen zu vergeben.
××××× 10 Vereinszimmer. ×××××

Voigts „Krampenburg“

gegenüber von Schmöckwitz am Fusse der Mägdelberge
auf einer von herrlichen Bädungen umgebenen Halbinsel am
Lungen- und Seebad-See und der Großen Kramppe gelegen.
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. 2 Dampfer-
anlegestellen, 3 große Säle, circa 3000 Personen fassend, schöne
Restaurationsräume, Veranden, Terrassen, 35 Meter hoher Aussichtsturm,
Regelbahnen, Kaffeehaus, Ruderboote, prächtige Spielplätze
im schönsten Hochwald, Volksbelustigungen aller Art stehen zur
Verfügung, gute Bewirtung (auch Selbstverköstigung) zu soliden
Preisen. — Sueds Abkässe für Sommerpartien erlaube größere
Vereine, Familien usw. am beliebigen Abende in meinem Berliner
Lokal N. Voigts Ritterstraße, 5., Ritterstraße 75.
Sitzungsboell
552* Robert Voigt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 10. März 1906,
in den Gesamträumen des „Moabiter Gesellschaftshauses“,
(H. Peters), Emdenerstr. 34-35, Wielestr. 24:

Achtzehntes Stiftungsfest.

Festrede.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. — Gesangs-Aufführungen.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Anfang abends 8 Uhr. Billett 25 Pf.

Gewerkchaftshaus, SO., Engel-Ufer 15.

Sonntag, den 25. Februar 1906, abends 7 Uhr:

XII. Volkstümlicher Vortragsabend (Heine-Abend)

von Maria Holgers.

Musikalische Mitwirkung: Konzertsänger Eugen Brieger.
Komponist Hans Hermann. 288/6*

Eintrittskarten zu 20 Pf. bei Horsch, Engel-Ufer 15, Gottfried Schulz, Admiral-
Straße 40a u. in allen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften und abends an der Kasse.

Arbeiter und Hausfrauen! Parteigenossen!

Am Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkchaftshause, Engel-
Ufer 15, eine

öffentliche Versammlung

(statt, in der Genosse M. Hoppe, Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine
(Hamburg) einen Vortrag halten wird über:

Die Verfälschung der Waren in der Lebensmittelbranche und deren Bekämpfung durch die Consumvereine.

Arbeiter und Hausfrauen! Parteigenossen! Dies Thema ist ein so interessantes und vielen
die Verfälschung der Lebensmittel so unbekannt, daß ein volles Haus erwartet und erwünscht wird.
Zellerfassung findet nicht statt. Der Einberufer.

Arbeiter! Hausfrauen! Parteigenossen! Die gegenwärtige Heimarbeit-Ausstellung,
deren Besuch warm empfohlen werden kann, enthält ein Bild unsäglichen Elends und daher Pflicht
jeden ehrlichen Sozialpolitikers, Gewerkschaftlers und Parteigenossen nach Möglichkeit zur Bekämpfung
der Heimarbeit beizutragen. Die wirksamste Bekämpfung geschieht allerdings durch die Gesetzgebung. Es
kann aber heute schon jeder sein Teil zur Bekämpfung der Heimarbeit tun, wenn er sich genossenschaftlich
organisiert, also den Consumvereinen beiträgt. Durch

Masseneintritt in die Consumvereine

werden dieselben in die Lage gebracht, Genossenschaftsbetriebe zu errichten, in denen Heimarbeit vollständig
ausgeschlossen, bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit, kurzum unbedingt die gewerkschaftlichen Forderungen
von vornherein gewahrt werden.

Arbeiter und Hausfrauen! Parteigenossen! Die Ihr noch nicht einem Consumverein an-
gehört, tretet unverzüglich bei, denn zögert Ihr erst mit dem Beitritt, dann ist die jetzige Begeisterung rasch
verpufft und der Consumverein kommt bald wieder in Vergessenheit, der Eure Unterstützung notwendig,
aber auch zu verlangen hat.

Ihr aber, die Ihr schon Mitglieder seid, werdet unermüdet für Euren Verein, schafft in den
Fabriken, Versammlungen, in Bekannten- und Freundeskreisen neue Anhänger unserer Idee; solche Anhänger,
die nicht nur aus Sympathie entgegenbringen, sondern durch fleißiges Kaufen aller Waren, die wir führen,
auch tatkräftige Mitglieder unseres Vereins werden.

Berliner Consumverein (Zentrale: Frankstr. 7)

hat 11 Geschäfte, in denen die Aufnahme sofort vollzogen wird und nur das Eintrittsgeld von 50 Pf. zu zahlen
ist. Die vorgeschriebenen 2 Geschäftsanteile a 10 Pf. können durch allmähliche Abzüge von der Rückvergütung
aufgespart werden; dieselben bleiben Eigentum des Mitgliedes.

Die Geschäfte
des
Berliner Consum-Vereins
befinden sich:

1. Michaelkirchplatz 4
2. Frankstraße 7
3. Niesbischstraße 7
4. Zorndorferstraße 62
5. Habelbergerstraße 6
6. Kottbuserstraße 20
7. Emdenerstraße 50.
8. Rummelsburg: Türschmidtstraße 6
9. Berlin-Stralau: Stralauer Allee 20A
10. Frankfurter Chaussee 103 } Friedrichsberg, Lichtenberg.
11. Kronprinzstraße 1

Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

(Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Sonntag, den 25. Februar 1906, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkchaftshause, Engel-Ufer 15 (Großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Wärdnung vom 4. Quartal 1905. — 2. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1905, Bericht der Beschwerde-
kommission, der Schlichtungskommission und der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission. — 3. Wahl
der Revisoren, der Beschwerdekommision, der Schlichtungskommission und der Delegierten zur Berliner Gewer-
schaftskommission. — 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich!
33/4* Der Zweigvereins-Vorstand.

Achtung! Maschinisten und Heizer!

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Voigts Festsälen, Ritterstr. 75,
2. Hof: 188/7

Geffentliche Versammlung der Maschinisten und Heizer.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Paul Wäfler, Vorsitzender des Seemanns-Verbandes aus Hamburg, über:
„Die Unzufriedenheit als Förderin des Kulturfortschritts.“ Diskussion und Verschiedenes.
Jeder Maschinist und Heizer sowie Berufsgenosse ist hiermit eingeladen.
Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 20. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Arbeiter
Theodor Koch
Pappel-Allee 105.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen,
Freitag, nachmittags 3 Uhr, von
der Halle des Bethlemans-Kirch-
hofes in Nieber-Schönhausen
(Nordend) aus statt. 33/5
Um zahlreiche Beteiligung erucht
247/3 Der Vorstand.

Verband der haugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschl.
Bezirk Schönhauser Vorstadt.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Ehrenmitglied, der
Kollege
Theodor Koch
am 20. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Bethlemans-Kirchhofes
in Nordend aus statt. 33/5
Um rege Beteiligung erucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Am Dienstag, den 20. Februar
1906 verstarb nach langem, schwerem
Leiden meine liebe Frau
Marie Jonas
geb. Kiehl. 293/5
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Simon-Kirchhofes
aus statt. 33/5
Emil Jonas, Wasserhorstr. 23.

Dankagung.
Für die zahlreich in Beweise inniger
Teilnahme bei der Beerdigung unseres
lieben Gatten und Vaters 293/5
Karl Maer
sprechen wir hiermit unseren besten
Dank aus.
Die Hinterbliebenen.

Dr. Simmel, Prinsen-
Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Fülle Dein Bett
mit neuen Gänsefedern!
Ungerissen mit allen Daunen
von 1,30 R. an
gleich käuflich 1,75 . . .
Geriffene Federn 2,00 . . .
Reelle Bedienung! Umtausch gestattet!
Paul Paegelow,
Bettfedern-Großhandlung
Wriezen, Oderbruch.

Inventur-
Ausnahmepreis!
Reichgesteckte
Portieren
abge-
paßt
Die ganze
Dekoration
(bestehend aus 2 Flügeln und
1 Querbehang)
in **Wollserge** 3⁸⁵(Wert
schwer. 6,50)
in **Viktorialeuch** 4⁸⁵(Wert
7,50)
in **Leinenplüsch** 6⁸⁵ Wert
10,00)
in hell **Empire** 10⁸⁵(Wert
seidenart. 18,00)
Eine Partie Wollportieren mit
allerliebster Blumenkante per
Meter 68 Pf.
(Wert 1,25 Mk.)
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste } gratis
u. Katalog mit ca. 600 } und
Illustrat. } franko.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 44. Donnerstag, den 22. Februar 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonelleile 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! In Charlottenburg steht das Lokal „Germania-Säle“, Inhaber Karl Wobrich, Spreerstraße 18, der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung und ersuchen wir die Parteigenossen, dies beachten zu wollen. Die Lokalkommission.

Rudow. Am Sonntagnachmittag 4 Uhr findet bei Palm eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt mit der Tagesordnung: 1. „Partei und Gewerkschaften“. Referent Genosse Ragott. 2. Vereinsangelegenheiten. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand. Gäste haben Zutritt.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Die Vorarbeiten zu den im März in vielen Vorortgemeinden stattfindenden Wahlen zur Gemeindevertretung sind überall im vollen Gange. Die Genossen haben sich über die Kandidatenfrage verständigt und wo das noch nicht geschehen ist, muß es in kürzester Frist nachgeholt werden. In immer verstärktem Maße setzt die Agitation für unsere Forderungen ein, die wir auf kommunalpolitischem Gebiete erheben. Durch Versammlungen und Flugblätter wird diese Agitation gefördert; die wichtigste und wirksamste Agitation aber ist die von Mund zu Mund. Bei allen Zusammenkünften, in der Werkstatt muß auf die Wichtigkeit der Beteiligung an den Gemeindevahlwahlen hingewiesen werden. Um den Arbeitern die Teilnahme an den Wahlen zu erleichtern, haben schon eine Anzahl sozialdemokratischer Organisationen an die Gemeindevertretungen Anträge gerichtet, die Wahlzeit in eine für die Arbeiter günstige Zeit — also des Abends — zu verlegen. Wo das noch nicht geschehen ist, müssen solche Anträge sofort an die Gemeindevertretungen gestellt werden, entweder von unseren Genossen, die in den Vertretungen sitzen oder von der politischen Organisation oder auch von beiden Körperschaften. Werden die Anträge abgelehnt, so dürfte dieses Argument im Wahlkampf ein ganz nützliches Agitationsmittel bieten.

Bei dieser Gelegenheit richten wir an unsere Genossen in den Vororten das Ersuchen, uns die erscheinenden Flugblätter, die eigenen wie die gegnerischen, zuzusenden zu wollen.

Groß-Lichterfelde.

Die Gemeindevahlwahlen stehen vor der Tür. Während die Sozialdemokratie ihre Vorbereitungen getroffen und ihre Kandidaten nominiert hat, herrscht im bürgerlichen Lager — wenigstens nach außen — noch vollkommene Ruhe, die jedoch in der allerletzten Zeit ein Ende haben dürfte. Die behaglich spießbürgerlich-politische Sonntagruhe, die ihren Schimmer auch über die Kommunalwahlen unseres Ortes vor dem Auftreten der Sozialdemokratie verbreitete, ist dahin und wird nicht wiederkehren. Die altbewährte Methode, im Hinterbüchlein einer standesgemäßen Anekdote die sogenannten Gemeindevahlkandidaten einfach auszusuchen und am Tage der „Wahl“ durch ein paar Duzend „angefessener Bürger“ ins Rathaus speidieren zu lassen, ist mit dem Erscheinen der Arbeiterklasse auf dem gemeindepolitischen Kampfplatz zur Unmöglichkeit geworden.

Im Jahre 1899, als die Sozialdemokratie zum erstenmal sich an den Gemeindevahlwahlen beteiligte, war die Beteiligung noch schwach. Damals erhielt bei einer Ersatzwahl im Westen der Sozialdemokrat 95, der bürgerliche Kandidat 128 Stimmen in der III. Abteilung. Dieses erste Resultat in dem „vornehmen Wiltenort“ reichte für die Folge das Grundbesitzvermögen auf, und alle späteren Wahlen gingen unter weit stärkerer Beteiligung vor sich. Im Jahre 1900 hatte unsere Partei im gleichen Bezirk bereits 183, 1902 306 und in der Stichwahl 314 Stimmen und nur 1904 brachte uns leider keinen Zuwachs. Es ist daher begreiflich, daß der reaktionäre Klänge, dessen geistige Impetuz erst jüngst aus Anlaß der die Gemeinde im erstenhaste Maße berührenden Verkehrsfragen sich in glänzendem Lichte zeigte, alles aufbietet, seine dominierende Stellung im Gemeindeparlament zu erhalten und das Eindringen von Sozialdemokraten in die Gemeindeverwaltung zu verhindern. Zwar leistete sich einmal einer unserer Ortschöffen den billigen Witz, indem er meinte, daß „einem jeden, der sich dazu berufen und geneigt fühle, an der Fortentwicklung seines Heimatortes mitzuarbeiten, reichliche Gelegenheit geboten sei — seine politische Parteistellung sei nicht bestimmend dafür, ob er im Gemeindeparlament sitzen darf oder nicht.“ Aber der Herr Schöffe erschrak offenbar vor seinen eigenen Worten, denn er fügte sofort hinzu: „Man würde sich in den Vororten schwer daran gewöhnen können, von einer Stadtverordneten-Versammlung abhängig zu sein, in der die Herren Singer und Genossen mehr und mehr den Ton angeben.“ Diese Äußerungen fielen gelegentlich der Anregung der Frage: Rekrutierung Berlin und seiner Vororte unter einem gemeinsamen Verwaltungskörper. Tatsächlich handelt es sich darum, unter allen Umständen eine Vertretung der Arbeiterklasse im Gemeindeparlament unmöglich zu machen. Das geht aus den von bürgerlicher Seite verbreiteten Flugblättern, in denen man sich „an die fröhenhaltenden Parteien“ wendet, mit aller Deutlichkeit hervor, und schließlich wird noch in nicht unverständlicher Weise bekundet, daß der gewählte bürgerliche Kandidat „die Interessen des Vereins, dem er angehört, in der Gemeindevertretung wahren werde.“ Von solch hoher Geisteshöhe aus werden die Bedürfnisse, Rechte und Pflichten einer Gemeinde von 33 000 Einwohnern beurteilt und die Entscheidungen nach den Interessen irgend eines Regelfußes beeinflusst. Die soziale und politische Verumpfung, wie sie besonders auch in unserem Vororte in die Erscheinung tritt, ist naturgemäß in erster Linie dem reaktionären Gemeindevahlrecht, der famosen Landgemeindevahlordnung zuzuschreiben. Was das Grundbesitzvermögen, das sich auf dem Rathaus etabliert hat, auf gemeindepolitischen Gebiet geleistet hat, werden wir später noch unter die kritische Sichel nehmen und gleichzeitig der Arbeitersolidarität dieser Gesellschaft gebührend gedenken.

Nowawes-Neuendorf.

Der sozialdemokratische Wahlverein Nowawes-Neuendorf hatte bekanntlich in seiner letzten Sitzung beschlossen, Petitionslisten aufzulegen, in welche sich diejenigen Neuendorfer Kommunalwähler ein-

zeichnen sollten, die wünschen, daß die Wahlzeit für die im März stattfindenden Wahlen zur III. Abteilung der Neuendorfer Gemeindevertretung in die Abendstunden verlegt werden soll. Daß damit dem Wunsche weiter Kreise Rechnung getragen war, bewies die Tatsache, daß in wenigen Tagen über hundert Wähler ihre Namen in die Listen eintrugen. Letztere wurden am Montag von dem damit beauftragten Genossen Jester dem Gemeindevorsteher überreicht und persönlich begründet. Jester wies darauf hin, daß viele Wähler gezwungen sind, ihrem Berufe in Berlin und seinen Vororten nachzugehen und es diesen daher bei einer anderen Wahlzeit nur unter großen Opfern möglich sei, ihr Wahlrecht auszuüben. Das Resultat war ein negatives, denn der Gemeindevorsteher lehnte es rundweg ab, die Wahlzeit in die Abendstunden zu verlegen, und erklärte kategorisch, daß die Wahl auch diesmal in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr stattfinden werde. Die Vorbereitungen dazu seien bereits getroffen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß es den Nachhabern in Neuendorf bei der Festlegung der Wahlzeit hauptsächlich darum zu tun ist, die arbeitsfähigen arbeitenden Wähler, welche zum größten Teil für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen würden, möglichst von der Wahlurne fern und damit das Neuendorfer Gemeindeparlament auch in Zukunft sozialistischer zu halten. Hoffentlich werden die genannten Arbeiter das nun einmal notwendige Opfer im Interesse unserer Sache nicht scheuen, sondern dem Neuendorfer Gemeindevorsteher durch die Wahl unserer Kandidaten die Quittung für sein autoritäres Verhalten geben.

Karlshorst.

Eine öffentliche Gemeindevahl-Versammlung, die am 20. Februar im Restaurant Kupisch stattfand, nahm den Bericht über die Gemeindevertretung in Friedrichsfelde-Karlshorst entgegen. Genosse Püfeler legte zunächst in der kritischen Würdigung der Schulverhältnisse dar, wie heilsam die Kritik der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher gewirkt hat, auch wenn man anfangs deren Berechtigung zu bezweifeln bemüht war. Dagegen lassen die öffentlichen Gesundheitsverhältnisse vieles zu wünschen übrig, was der Medner an drastischen Beispielen bewies. Auch das Armenwesen sei noch recht rückständig. Leider seien die bürgerlichen Gemeindevorsteher sehr wenig auf die Wahrung der Rechte der Gemeindevertretung bedacht, sonst würden sie sich das Recht, bei der Vergabung von Gemeindegeldern mitzuraten, vom Gemeindevorstand nicht streitig machen lassen. Bei der bevorstehenden Wahl müssen die Arbeiter jedoch Männer wählen, die Rückgrat genug besitzen, ihre Ueberzeugung ungehindert zu vertreten. In der Diskussion bemühte sich der bürgerliche Gemeindevorsteher Dinge, eine Divergenz der Friedrichsfelder und der Karlshorster Gemeindevorsteher nachzuweisen. Die vom Referenten dargestellten Mängel trafen lediglich auf Friedrichsfelde zu. Obgleich sich Herr Hingge als Vertreter der Minorität bezeichnete, konnte er es doch nicht unterlassen, den Standpunkt der Majorität in einer ganzen Reihe von Fragen und Fällen zu rechtfertigen. — Dr. Rosenfeld nagelte Herrn Hingge in sehr geschickter Weise auf diesem Widerspruch fest und konstatierte, daß derselbe die Anlagen Püfeler's nicht entkräften, sondern nur bestätigen konnte. Medner betonte unter allgemeiner Zustimmung der Mehrheit der Versammlung, wie notwendig sozialpolitische Reformen in den Berlin umgebenden Landgemeinden seien, und fordert, da alle Anregungen zu solchen Reformen lediglich von sozialdemokratischer Seite ausgingen, auf, bei der bevorstehenden Wahl nur sozialdemokratische Gemeindevorsteher zu wählen. — Genosse Stähler wies den Versuch des Herrn Hingge, einen Gegensatz zwischen den Wählern beider Ortsteile zu konstruieren, zurück und erklärte, daß die Sozialdemokratie für beide Ortsteile beständig eingreifen wolle. Er beleuchtete zahlreiche rückständige Verhältnisse der Gesamtgemeinde und die Haltung der bürgerlichen Vertreter, auch derjenigen von Karlshorst, gegenüber den Anträgen der Sozialdemokratie. — Herr Fürstheim wanderte sich, daß keiner der anwesenden bürgerlichen Gemeindevorsteher den Versuch machte, die Gemeindevorhältnisse vom liberalen Standpunkte aus zu beleuchten. Herr Gemeindevorsteher Große bemühte sich darauf, einige Reformen zu finden, die von bürgerlicher Seite angeregt worden seien. Genosse Püfeler erwiderte ihm in seinem Schlusswort, daß es sich hierbei um die nachträgliche Aufnahme seiner früheren Anregungen handele, die man damals als übertrieben oder sozialdemokratisch zurückwies. Er erinnerte die Karlshorster Hausbesitzer daran, wie sehr sich manche dieser Herren selbst an der öffentlichen Gesundheitspflege veründigen, indem sie den Inhalt der Abortgruben in die Erde ableiten, anstatt diese in vorgeschriebener Weise räumen zu lassen. Die bürgerliche Gemeindevorherrn drückte sich um die notwendigsten sozialen Gemeindepflichten herum, um die Gemeindevorstellung möglichst niedrig zu halten, was sie nicht hindert, für Kirchenbauten zu stimmen, die die Kirchensteuer weit höher treiben, als das Mehr an Gemeindevorstellung ausgleich trägt. — Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der bürgerlichen Gemeindevorsteher teilte der Vorsitzende mit, daß der sozialdemokratische Wahlverein am Sonntag, den 24. Februar im Restaurant Kupisch einen Familien-Unterhaltungsabend für Mitglieder nebst Gästen veranstaltet, der der Erinnerung an Heinrich Heine gewidmet ist, und appelliert mit energischen Ausführungen an die Karlshorster Wähler, für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Friedrichshagen.

Im sozialdemokratischen Wahlverein besprach Genosse Sonnenburg am 17. Februar unser Kommunalprogramm. Nach Verlesung der Gemeindevorsteher über ihre Tätigkeit gab der Vorsitzende bekannt, daß wir zwei Mandate in der 3. Abteilung zu begehren haben und zwar handelt es sich um Hausbesitzer. Wir sind nun in der glücklichen Lage, vier Hausbesitzer als Mitglieder zu haben und wurde in der 1. Abteilung der Genosse Wilhelm Schmid, Maurer, und in der 2. Abteilung der Herr Herrmann Grau aufgestellt. Neu aufgenommen wurden 16 Mitglieder. Der Vorsitzende gab dann noch bekannt, die Les- und Zahlabende besser zu besuchen.

Steglitz.

Wachtung, Wackelknecht! Unsere Patrioten scheinen trotz der für die nächsten Tage geplanten Jubiläumsevents, als da sind: Festkommers, Festspiele (fogar mit Preisbilletts auf Kosten der Steuerzahler) arge Herzbellemungen zu haben, daß die Sozialdemokraten bei den bevorstehenden Gemeindevahlwahlen schließlich doch noch siegen könnten. Da haben sie sich in ihrer Not eine Schutztruppe zur Hilfe geholt, die die Verleumdung der Sozialdemokratie und deren Führer berufsmäßig betreibt: den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die hiesige Ortsgruppe dieses Verbandes, die bis jetzt im Verborgenen blühte, veranstaltet am Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im „Schloßpark“ eine „Politische“ Versammlung,

in der ein Redakteur Sauffen-Berlin die Steglitzer Sozialdemokraten noch vor der Gemeindevahl tödreden soll. Unsere Parteigenossen werden sich die Gelegenheit, in dieser Versammlung die Akteure der hiesigen Ortsgruppe persönlich kennen zu lernen, gewiß nicht entgehen lassen. Auf nach dem „Schloßpark“ am Donnerstagabend 8 Uhr! Wenn wir belumpft werden sollen, müssen wir doch mindestens dabei sein!

Charlottenburg.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Freitag, 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“: Vorstellung. Zur Aufführung gelangt Halbes „Jugend“. Mittwoch, 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Broh: „Gerhard Hauptmann“. 2. Geschäfts- und Kassendbericht, Bericht der Revisoren. 3. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und der Ordnungskommission für das neue Geschäftsjahr. 4. Verschiedenes.

Der letzte der vollständigen Vortragsabende, welche von der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse im Laufe dieses Winters veranstaltet wurden, findet am Freitag, den 23. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Saale Rosenstr. 3 statt. Sprecher ist Herr Dr. med. Hirsch über die Niere und deren Krankheiten. Zu diesem Vortrage hat jedermann unentgeltlich Zutritt. Rauchen ist jedoch verboten und Getränke werden nicht verabreicht.

Baunfall. In der Helmholzerstr. 8 läßt seit einigen Tagen die Firma Reh u. Komp. eine neue Asphaltmühle erbauen. Als gestern vormittag die Arbeiter mit dem Aufstellen der Rüstungen beschäftigt waren, fiel eine Stange um und traf den 25jährigen Arbeiter Emil Schunk aus der Courstr. 26 so unglücklich auf die rechte Schulter, daß sie ihm ausgerenkt wurde. Schunk begab sich sofort zur Unfallstation in der Herzhofstr., wo ihm ein Verband angelegt wurde. Bei der Schutzhäftigkeit des Gelenkes ist die Wahrscheinlichkeit eines Bruches des Schulterhockens nicht von der Hand zu weisen.

Schöneberg.

Statistisches vom Dezember. Die Zahl der Lebendgeborenen war im Berichtsmonat um 5 Proz. höher als im November; sie betrug 262 (224), darunter uneheliche 26 oder 9,54 Proz. Die auf das Jahr und Tausend berechnete Geburtenziffer stellte sich auf 21,78 (19,42). — An Eheschließungen sind 90 (111) zu verzeichnen. — Um 20 Proz. höher als im Vormonat waren die Sterbefälle, nämlich 110 (88). An Infektionskrankheiten starben 22 (18), darunter an Lungenentzündung 15 (9). Im Alter bis zu einem Jahr starben im ganzen 27 (18), das ist 24,55 Proz. (20,45) aller Sterbefälle des Berichtsmonats. Die Sterblichkeitsziffer, berechnet auf das Jahr und Tausend der mittleren Bevölkerung, betrug 9,18 (7,68). Der Monat Dezember hat demnach reichliche Ernte gehalten. — Ju- und Fortzüge erbrachten ein Mehr von nur 280 Personen und 88 Haushaltungen (1030 bzw. 29). Der Austausch mit Berlin und seinen Vororten stellte sich so dar, daß 185 zugezogene Haushaltungen gegenüberstehen. Die fortgeschriebene Bevölkerung betrug Ende September 141 323 Personen, etwa 400 mehr als im Vormonat.

Die Barunterstützungen aus der Armenkasse beliefen sich auf 14 004 M. (November 13 837 M.). Die Zahl der unterstützten männlichen und weiblichen Personen betrug zusammen 1112 (282 bzw. 830).

Beim Gewerbegericht anhängig gemacht wurden 66 Streitsachen, davon übernommen aus dem Vormonat 82. Erledigt wurden 47 und juristisch 19. — Dem Kaufmannsgericht lagen 22 Streitsachen vor, davon blieben unerledigt 9.

Die Ortskrankenkasse hatte am 1. Januar d. J. 17 862 Mitglieder gegen 19 176 des Vormonats.

Die große Inanspruchnahme der Volkshöhle im Berichtsmonat läßt nur ein schwaches Sinken gegenüber dem November konstatieren, nämlich von 16 415 auf 16 158 Portionen, das ist 6389 Portionen pro Tag. In den zehn Monaten ihrer jährlichen Tätigkeit wurden im ganzen 148 406 Portionen verabfolgt. Bekanntlich leistet die Kommune an die Volkshöhle einen festen jährlichen Beitrag. Derselbe verlegt ihre Lokaltäten vom 15. März ab nach der Brunnenwahrstr. 42 und eröffnet sie wieder am 19. März.

Lichtenberg.

Brandstiftung in Lichtenberg. In der gestrigen Nacht ging eine zum Rittergut Lichtenberg gehörige Scheune, in welcher obdachlose Personen zu nächtigen pflegten, in Flammen auf. Der Brand verbreitete sich außerordentlich schnell, und in wenigen Minuten bildete das ganze Gebäude ein Flammenmeer. Die Feuerwehre von Lichtenberg sowie die Wehren der benachbarten Ortsteile Wiesdorf, Wilhelmshagen, Friedrichsfelde, Stralau, Hohen-Schönhausen, Rummelsburg und Ober-Schönebeck hatten bis gegen 3 Uhr morgens zu tun, um die Gefahr einer weiteren Ausbreitung des Brandes zu befeitigen. Ob vorläufige Brandstiftung vorliegt, konnte nicht festgestellt werden.

Das zum Krankenhaus angekaufte Grundstück in der Frankfurter Chaussee mit 7 1/2 Morgen Grundfläche durch Zirkularkauf von 322 Quadratmetern zu vergrößern, schlägt der Gemeindevorstand der Gemeindevertretung vor. Bei Zugrundelegung von 100 Quadratmetern pro Bett würde das augenblicklich vorhandene Gelände für etwa 180 Betten Raum bieten. In der Vorlage nimmt der Gemeindevorstand an, daß auf 1000 Seelen zwei Betten dem Bedürfnisse genügen dürften; das Krankenhaus würde dann für eine Einwohnerzahl von etwa 90 000 berechnet sein. Wenn nun für Lichtenberg bei voller Bebauung auf eine Einwohnerzahl von mehr als 300 000 gerechnet werden muß und eine Zahl von zwei Betten bei 1000 Seelen sehr niedrig gegriffen sein dürfte, so würde eine jetzt noch mögliche Vergrößerung des Grundstücks nur eine pflichtgemäße Fürsorge in sich schließen. Der Antrag wurde vertagt. Gleichfalls vertagt wurde der Antrag, die Zahl der Polizei- und Gemeindevorsteher dem Anwohner der Gemeinde entsprechend zu erhöhen. Für die Vertagung beider Anträge wurde besonders geltend gemacht, daß noch immer mit der Ausdehnung des Ortsteils vor der Ringbahn gerechnet werden müßte. Auch bei endlicher Verwirklichung des Stadtverordnungsprojekts könne in besonderen die weitere Aufstellung von Polizeibeamten der Gemeinde Lasten bringen, auch sei eine Erhöhung der Beamten- und Lehrbezüge geplant, alles Gründe, die dafür sprechen, erst den Vorschlag von 1906 vor sich zu haben. — Gnade fand nur der neue Baumeister mit seinem Bedauern, durch Anstellung von fünf Beamten des Bauamt leistungsfähig zu gestalten. Zwei Beamte dem Steuerbureau zuzuschreiben, stimmte die Gemeindevertretung nach hohem

Vortage zu. — Mit der Errichtung der höheren Anstalten hatte es die Majorität eiliger. Trotz des Hinweises, daß der 1. April vor der Tür stehe, wurde dem Antrage zugestimmt, am 1. April die drei Volksschulen und die Sexta eines Realprogymnasiums (Reformschule nach Frankfurter System) einzurichten. Alle Bedingungen der Regierung wurden gutgeheißen, als da sind: Verzicht auf jeden Staatszuschuß, Verzicht auf die Eigentumsrechte an Grund und Gebäude des künftigen Schulhauses und Direktoriengebäudes durch grundsätzliche Eintragung während der Dauer der Benutzung durch die Anstalt usw. Und wenn's noch mehr gewesen wäre, diese Majorität war für alles zu haben. Lichtenberg hat mit dem 1. April sein Gymnasium und die Hausbesitzer die Aussicht, „besseres“ Publikum nach hier zu ziehen und als „gute“ Mieter zu bekommen.

Steglich.

Großes Bech hatten Einbrecher, welche nachts dem Warenhause von Henry Wich in der Albrechtstr. 7 in Steglitz einen Besuch abstatteten. Die beiden Diebe hatten sich bei ihrer Arbeit Lichter angezündet und hierdurch wurden Nachtwächter auf ihr Treiben aufmerksam gemacht. Sofort wurden elektrische Alarmglocken in Tätigkeit gesetzt. Die Diebe wurden dadurch gestört und entflohen. Sie hatten bereits große Ballen aller möglicher Waren zusammengepackt, mußten ihre Beute jedoch im Stich lassen.

Berliner Nachrichten.

„23 1/2 Millionen Berliner Armenetat.“

Unter dieser sensationellen Ueberschrift teilt die „Volkszeitung“ mit, daß in Berlin die Kosten aller Zweige der städtischen Armenpflege sich im letzten Etatsjahr (1904) auf rund 23 1/2 Millionen Mark, pro Kopf der Bevölkerung rund 12 M., belaufen hätten. Diese Summe stimmt, sofern man zur Armenpflege mehr zählt als die Unterstützung mit Almosen, Pflegegeld usw. Zur Armenpflege gehören da nicht nur die Siedchenpflege, die Waisenpflege, die Fürsorge für verwahrloste Kinder, die Unterbringung in Arbeitshäuser, die Aufnahme im Obdach, sondern auch noch die gesamte Kranken- und Irrenpflege.

Mancher wird es für ein starkes Stück halten, daß heute ein sozial empfindender Mensch sogar die Kranken- und Irrenpflege noch zur Armenpflege zählen soll. Die „Volkszeitung“ tut es, und sie erzählt danach ihren Lesern, daß „alle Zweige der Armenpflege“ die oben genannte Summe von 23 1/2 Millionen Mark an Ausgaben erfordert hätten. In Wirklichkeit wurden ausgegeben: für das „Armenwesen“ im engeren Sinne 10 642 788 M., für Siedchenpflege, Waisenpflege, Fürsorgeerziehung, Arbeitshaus, Obdach 4 174 626 M., also für die gesamte „Armenverwaltung“ 14 817 364 M., ferner für Kranken- und Irrenhäuser 8 288 301 M., macht für „alle Zweige der Armenpflege“ 23 105 655 M. — sind, wie oben, rund 23 1/2 Millionen Mark. Als Personen, die aus Mitteln der städtischen „Armenpflege“ unterstützt werden, gelten der „Volkszeitung“ hiernach nicht nur alle mit Almosen, Pflegegeld usw. unterstützten Armen, sowie alle, die die Segnungen der Siedchenpflege, der Waisenpflege, des Arbeitshauses und des Obdachs genießen, sondern auch noch alle diejenigen, die in den Kranken- und Irrenhäusern verpflegt werden. Auch die Krankenkassenmitglieder, die die städtischen Anstalten in Anspruch nehmen, sollen sich nur nicht einbilden, daß sie eine Ausnahme machen, denn auch sie haben teil an den 23 1/2 Millionen Mark, die da als „Kosten aller Zweige der Armenpflege“ vorgeführt werden. Wir wollen den oben von uns angegebenen Zahlen, aus denen diese Summe sich zusammensetzt, noch hinzufügen, daß durch Zuschuß aus dem Stadtkäsele gedeckt wurden: Die Ausgaben für das „Armenwesen“ engeren Sinnes beinahe gänzlich, die Ausgaben für Siedchenpflege, Waisenpflege, Fürsorgeerziehung, Arbeitshaus, Obdach zu drei Vierteln, die Ausgaben für Kranken- und Irrenpflege zu zwei Dritteln.

Seit langem schon behandelt der Magistrat alljährlich in seinem Entwurf des Stadthaushaltsetats das Gesundheitswesen als ein besonderes und selbständiges Kapitel, nicht — wie einst — als einen Teil der Armenpflege. Nur in den nach Schluß des Etatsjahres herausgegebenen Verwaltungsberichten über die Armenpflege werden die Ausgaben für die Kranken- und Irrenpflege noch neben denen für Armenwesen, Siedchenpflege, Waisenpflege usw. mit aufgeführt, doch ist auch hier deutlich zu erkennen, daß Kranken- und Irrenpflege als besonderes Ressort zählt. Die „Volkszeitung“ meint übrigens: „Auch die Gemeindeschulen werden von der Stadt auf Konto Armenetat verrechnet.“ Was denn noch? Dem Verfasser der Notiz ist vermutlich mal ein alter Etat aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts in die Hände gefallen, den er versehtlich für Allerneuestes gehalten hat.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt gestern: „Ein Bombengeschäft“ macht die Stadt Berlin mit ihrem öffentlichen Wagen. Es gibt deren zwei: die eine am Alexanderplatz, die andere am Oranienplatz. Auf der ersteren wurden im letzten Jahre 3,20 M., auf der anderen — 60 Pf. Wägegeld verzeichnet. Berlin besitzt nicht zwei, sondern vier sogenannte Ratswagen. Vereinnahmt wurden im letzten Etatsjahre am Alexanderplatz: 11 909 M., am Oranienplatz: 8914 M., am Gartenplatz: 6589 M. und in der Rüdigerstraße 2111 M., zusammen: 29 613 M. Wie der „Lokal-Anzeiger“ sich einen solchen Varen hat aufbinden lassen, ist unbegreiflich.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratevorlage über den Bau von einer Gemeinde-Doppelschule mit einer Stenerannahmestelle in der Bülowstraße sowie von zwei Gemeinde-Doppelschulen in der Driesenerstraße und Christburgstraße 7/11 hat gestern die Vorlage ohne den geringsten Widerspruch fast debattelos einstimmig angenommen. Der Ausschuß fand die Pläne der drei Bauten so vorzüglich und den Wünschen der Stadtverordneten-Versammlung entsprechend, daß keinerlei Anträge gestellt wurden. Die Fassaden mit ihren viel Licht spendenden Fenstern usw. gefallen allgemein, ebenso die innere Anordnung der Klassen, Turn- und Baderäume. Die Baukosten in Höhe von 2 1/2 Millionen Mark wurden dann auch nicht bemängelt.

Mit dem Bau der Berlin-Obberriger Heerstraße wird jetzt auch im Grundriss selbst vorgegangen. Die Fortbewegung hat Anweisung erhalten, den Landstreifen für die Straße auf der ganzen Strecke von Neuworffend bis Bickelsberge von dem Waldbestand freizulegen. Die Abholungen beginnen dieser Tage und müssen in drei Monaten beendet sein. Da die Straße eine Breite von 50 Metern erhält, und da die Strecke durch die Forst ungefähr fünf Kilometer lang ist, fallen bei dieser Gelegenheit rund hundert Morgen Wald. Nach der Abholung wird sogleich die Einsegnung des Straßenlandes in Angriff genommen werden. Die Straße wird von der Höhe der Bickelsberge über die Brunwaldschaufler, die etwa 15 Meter tiefer liegt, hinweggeführt und geht dann über den Söhrensee unmittelbar neben der alten Brunwaldschaufler bekannten Gastwirtschaft „Kaisergarten“. Im Söhrensee, der gegen 300 Meter breit ist, wird ein Damm für die Straße aufgeschüttet werden, der in der Mitte für die Durchfahrt der

Schiffe eine Brücke erhält. Von Bickelsberge führt die Heerstraße über die Havel durch Bickelsdorf nach Spandauer Gebiet, wo seitens des Magistrats die Vorbereitungen für den Weiterbau der Straße bis Staaken hin getroffen werden. Bei diesem Dorf mündet die Heerstraße in die alte Hamburger Chaussee, die zum Paradenlager beim Lahnhof Dalgow-Döberitz führt.

Die städtische Tiefbaudeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung eine Verbreiterung der Invaliden- und Gartenstraße an der Kreuzung beider Straßen erwoogen. Es ist zu diesem Zweck erforderlich, in der Gartenstraße von den Grundstücken Nummer 154 und 155 und in der Invalidenstraße von dem Grundstück Nummer 18 Terrain zu erwerben. Obwohl die Kosten voraussichtlich recht erhebliche sein dürften, hat die Deputation beschlossen, im Interesse des Verkehrs das Projekt durchzuführen und das erforderliche Gelände entweder freihändig oder im Enteignungsverfahren anzukaufen. — Zurückgestellt wurde dagegen zunächst ein anderes Straßenprojekt, das die Durchlegung der Lindenstraße bis zum Spittelmarkt ins Auge faßt. Wie man weiß, bildet heute die Kommandantenstraße mit ihrer Nordseite für die Lindenstraße eine Barriere, die nun durchbrochen werden und eine Fortführung nach dem Spittelmarkt ermöglichen soll. Schließlich wurde noch die endgültige Regulierung der Christianistraße beschlossen.

Ueber die geplante Luftbarkeits- und Theaterbilletsteuer

wissen verschiedene Blätter zu melden, daß dieselbe voraussichtlich nicht zur Einführung gelangen werde. Die Finanzen der Stadt hätten sich so erfreulich entwickelt, daß man auf den Ertrag dieser so mihlreichen Steuer verzichten könnte, zumal ihr Ertrag nicht im Verhältnis zu den Schwierigkeiten stehe, die ihre Einziehung und Abgrenzung verursachen. Zu diesen Meldungen möchten wir bemerken, daß der Magistrat mit der Vorlage einer solchen Steuer nur einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nachkommt. In der Sache noch Steuerquellen lassen findige Stadtverordnete auf den unglücklichen Gedanken, Theater und Luftbarkeiten zu besteuern. Im Prinzip hat die Stadtverordneten-Versammlung diese Steuer, wenn auch nur mit geringer Mehrheit, bereits beschlossen. Jetzt handelt es sich nur um die Ausführung. Natürlich braucht das die Stadtverordneten-Versammlung nicht abzulehnen, eine vom Magistrat eingereichte Vorlage abzulehnen. Das ist erst ganz kürzlich mit der Vorlage betreffend die Erhöhung der Kurkosten für auswärtige wohnende Kranke so gegangen. Besser aber wäre es schon, die Vorlage einer Theaterbilletsteuer erst gar nicht einzubringen und die Stadt Berlin vor dem Ruf der Krähwinkelerei zu bewahren.

Ein Einbruch mit Raufbegleitung wurde am Montagmorgen in der Adalbertstraße 86 bei dem Gastwirt Rieburg ausgeführt. Von drei dort zechenden jungen Leuten entfernten sich zwei, während der dritte das Orchester des Wirtshauses dauernd spielen ließ. Unter dem Schutz dieses Geräusches brachen die beiden Genossen in die Wohnung hinter dem Schankraum ein und entnahmen den gewaltsam geöffneten Behältern Wäsche und Kleider in beträchtlichem Wert. Endlich hörte die Wirtin auf und auch der dritte Gast entfernte sich, da seine Freunde doch wohl nicht zurückkehren würden. Zu spät, um die Täter noch einholen zu können, bemerkten die Wirtinleute den Einbruch. Die bei der Anzeige gegebene Personalbeschreibung führte zu der Beobachtung zweier bestraffter Einbrecher, des Arbeiters Leingärtner und des früheren Kaufmanns Karl Stampf. Einer kam aus der Wohnung einer Witwe, die als Heilerin dienete, heraus und begab sich nach dem Götter Ufer, wo er in Gemeinschaft mit einem anderen Mann einen Heuboden aufsuchte. Hier wurden später alle drei Einbrecher angetroffen. Der dritte ist der Fürsorgezögling Walter Runiat. Auf dem Heuboden wurde auch noch andere Diebesbeute gefunden, wie seine Wäsche mit einem Wappen und dem Buchstaben L, ja sogar Bekleidungen, Standuhren usw. Das Einbrecherlochblat wurde eingesperrt.

Hennig-Phantasten. Was über den Hennig alles für seltsame Phantastiegebilde hervorgegaukelt werden, davon zeugt am besten der folgende Fall. Auf der Unfallstation XX am Zoologischen Garten erschien gestern ein Verlehter, welcher angab, Wuzinski zu heißen und Fortstraße 20 zu wohnen. W. wies am Kopf eine blutige Stichwunde auf, und über die Herkunft derselben befragt, erzählte der Verlehte nachstehendes Märchen auf: Er sei gemeinsam mit einem Arbeitskollegen die Worsdauferstraße entlang gegangen und dort auf Hennig gestossen. Sofort habe er sich auf den Langgesuchten gestürzt und ihn im Verein mit seinem Freunde nach verzweifelter Gegenwehr unschädlich gemacht. Er habe Hennig nicht weniger als drei Revolver abgenommen. Durch ein großes Dolchmesser sei ihm von seinem Gegner die Verletzung am Kopf beigebracht worden und erst auf der Fahrt nach dem Bahnhof Zoologischer Garten habe er, W., große Schmerzen verspürt. Der Raubmörder sei aber von hinzukommenden Schulheuten gefesselt und abgeführt worden. Das von diesem Vorfalle sofort in Kenntnis gesetzte Polizeibureau am Zoologischen Garten stellte jedoch bald fest, daß es sich bei der Erzählung des W. um ein leeres Phantastiegebilde, eine sog. „Hennigade“ handelte. —

In Friedenau wurde die Polizei durch die übereifrige Meldung eines jungen Mannes irre geführt. Der betreffende hörte nachts auf der Straße, wie ein vorübergehender Passant zum andern sagte, Hennig habe sich in der dritten Etage des Hauses Rheinstr. 3 einlogiert. Sofort eilte der junge Mann zur Polizei und machte dort die Meldung. Daraufhin begab sich ein größeres Aufgebot von Schulheuten nach dem erwähnten Hause und durchsuchte daselbst trotz der späten Nachtstunde. Natürlich blieb die Hennigjagd erfolglos.

„Dort schwimmt Hennig!“ Dieser Ruf alarmierte Mittwoch mittags die Passanten in der Nähe des Halleischen Tors. Alles, was sonst die Welt bewegt, war vergessen. Man stürzte zur Brücke, um hier den gefundenen Hennig zu erblicken. Auch die Leute, die sonst keine Zeit haben, blieben stehen und schauten unverwandt mit den anderen, die immer da zu finden sind, wo etwas los ist, auf ein großes schwarzes Etwas, das langsam auf dem Wasser schwamm. Zwei Straßenreiniger, zwei Schulheute und ein Straßenbahnangestellter standen unten an der feineren Brücke mit Stangen aller Art bewaffnet und warteten auf das Näherkommen des verdächtigen Gegenstandes, auf den sich tausende von Augen in fieberhafter Spannung richteten. Endlich ist er so nahe, daß man ihn mit den mit Haken besetzten langen Stangen fassen kann. Mit Anstrengung ziehen die Männer die schwarze Masse aus dem Wasser. Es ist, wie man schließlich feststellte, ein großer Sack, der die Konturen eines menschlichen Leibes hat. Schnell ein Messer zur Hand, damit man weiß, an wem hier ein fürchtbares Verbrechen begangen ist. Nun zeigt es sich, daß man in der Tat einem Verbrecher auf die Spur gekommen ist, daß man — an einem großen Hunde verübt, den man in ein schwarzes Tuch nähte und den Fluten überantwortete. Hennig läuft aber immer noch frei umher.

Eine öffentliche Delogierung veröffentlicht der Polizeipräsident in folgender Form: Herr Louis Bantelmuth, hier, Königgräberstr. 560 wohnhaft, hat am 17. Januar d. J. auf dem Velle-Allianzplatz zwei vor einem mit Fahrgästen besetzten Omnibus der Linie 4 laufende durchgehende Pferde aufgebunden und dadurch größeres Unheil verhütet. Für das hierbei bewiesene entschlossene und mutvolle Handeln wird derselbe hierdurch öffentlich belobt.

Kein Doppelselbstmord, sondern ein Unglücksfall liegt bei dem Tode des Hennigischen Ehepaares in der Reinickendorferstr. 64 vor. Die Obduktion der beiden Leichen hat ergeben, daß der Tod infolge Einnehmens von Kohlenoxydgas eingetreten ist. Bei der Untersuchung fand man zwar den Ofen in dem Schlafzimmer des Ehepaares in vollkommener Ordnung, doch wurde festgestellt, daß der Rauch durch die offenkundige Oefentüre umgebündert in

das Zimmer eindringen konnte. Nicht vor dem Ofen stand nämlich ein Wasserschiff, der die Ofentüröffnung vollständig verdeckte. Da das Schlafzimmer nie geheizt wurde, verhäumten es die Leute, die Tür zuzuschrauben. Sobald der Nebel den Rauch durch die Schornsteinleitungen hinabdrückte, drang er in den Ofen und dadurch auch in das Zimmer. Auf diese Weise fand das Ehepaar den Tod durch Erstickung während des Schlafes. Georg Hennig war in der Nacht infolge von Atembeschwerden noch aufgefunden in der Absicht, das Fenster zu öffnen. Auf dem Wege dahin war er aber vor dem Tode seiner Frau zusammengebrochen.

Die Beteiligung an den Bewegungsspielen der Schüler ist auf den höheren Schulen sehr ungleich. Für die städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen und Realschulen veröffentlicht jetzt der Magistrat eine Zusammenstellung, die über das Schuljahr 1904/05 berichtet. An den einzelnen Spieldagen betrug die Durchschnittszahl der Spielenden Schüler z. B. beim Kaiserlichen Gymnasium 200, beim Realgymnasium 225, beim Königstädtischen Gymnasium 319, beim Königl. städtischen Realgymnasium sogar 350, aber z. B. beim Leibniz-Gymnasium nur 100, bei der Friedrichswerderschen Oberrealschule 72, beim Andreas-Realgymnasium 65. Das sind die Höchst- und die Mindestzahlen, zwischen denen die Beteiligungsziffern der übrigen Anstalten liegen. (Friedrichswerdersches Gymnasium und Friedrichs-Realgymnasium befinden sich wegen bevorstehenden Umzuges im Uebergangszustand und bleiben außer Betracht.) Beachtlich sind die Gegensätze bei den Realschulen. Am stärksten war die Beteiligung bei der 5. und der 12. Realschule mit 297 und 351, am schwächsten bei der 11. Realschule mit 82. Die Unterschiede erklären sich nicht lediglich aus der Ungleichheit der Schülerzahlen. Das Königstädtische Gymnasium zum Beispiel ist nicht viel größer als das Leibniz-Gymnasium, hat aber eine reichlich dreifach so starke Beteiligungsziffer. Das Königstädtische Realgymnasium ist nicht viel größer als das Andreas-Realgymnasium, hat aber eine fünfmal so starke Beteiligungsziffer. Dasselbe gilt für die Realschulen. Zu den Ursachen, die die Beteiligung beeinflussen, gehören Lage und Art des Spielplatzes.

Eine städtische Fahrschule für Automobilisten wird von den Berliner Automobilistenführern angestrebt. In zwei Versammlungen sprachen sich gestern die Führer für die Errichtung eines solchen Instituts aus, um damit die „Lehrlingsjückererei“ im Berliner Automobilistenwesen zu beseitigen. Wie in den Versammlungen ausgeführt wurde, herrschen auf diesem Gebiete jetzt schwere Mängel. Die Kosten der Ausbildung eines Automobilistenführers betragen in den jetzigen privaten Fahrschulen 50—100 M., 20—30 Mann würden oft zugleich ausgebildet, wochenlang hingehalten und dann wegen Mangels an Beschäftigung auf die Straße gesetzt. Man will deshalb jetzt an die zuständigen Stellen mit der Forderung herantreten, daß eine Fahrschule unter Aufsicht der städtischen Behörden gebildet werden soll. Als Lehrern sollen zu gleichen Teilen Autodroschenbesitzer und -Führer fungieren.

Ein durcheinander Gekommen raste gestern in der Mittagstunde die Welterstraße entlang, als gerade die Kinder die Schule verlassen und in dichten Scharen vor dem Schulgebäude die Straße überfuhren. Der Kutscher hatte die Gewalt über die wilden Tiere vollständig verloren und es hätte großes Unglück geben können, wenn sich nicht im letzten Augenblick der Schuttmann Casimira den Pferden entgegengeworfen und die rasenden Tiere zum Stehen gebracht hätte.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern mittags in der Friedrichstraße Ecke Jiegelstraße. Dort wollte ein Mädchen im Alter von 6—7 Jahren den Hohlbaum überfahren, als eine herbstliche Kutsche im vollen Trab heran kam und das Mädchen überfuhr. Ein gerade des Weges kommender Soldat holte das bewußtlose Kind unter dem Wagen hervor und brachte es sofort nach der Unfallstation in der Jiegelstraße. Anscheinend hatte das Mädchen schwere Verletzungen nicht davongetragen.

Irania. Der Experimentalvortrag über „Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie“ wird von Herrn Dr. V. Donath am Freitagabend 8 Uhr im wissenschaftlichen Theater des Instituts wiederholt werden. Er ist in durchaus gemeinverständlich Form gehalten und wird durch Versuche in großem Maßstabe unterstützt. Karten zu diesem Vortrag, sowie zu den Vorlesungen im Hörsaal und einer Wiederholung des geographischen Vortrages „Im Lande der Mitternachtsonne“ (Sonnenabendsnachmittag 4 Uhr zu kleinen Preisen) sind an der Kasse des Instituts Taubenstraße erhältlich.

Feuerbericht. Wegen eines Kellerbrandes wurde am Dienstagabend die Feuerwehr nach der Polgartenstr. 9/10 gerufen. Weiten, Kleider usw. waren dort in Brand geraten. Es gelang, die Flammen auf den Keller zu beschränken. Gleichzeitig mußte in der Krausenstraße 39 ein Brand gelöscht werden, der in einer Vadebude ausgebrochen war und den Fußboden ergriffen hatte. Weiten, Möbel, Kohlen, Fußböden usw. brannten in der Lothringerstr. 32, Samariterstraße 34 und an anderen Stellen. An der Ecke der Großen Frankfurterstraße und Friedenstraße fand ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Kohlenwagen statt, wobei der Kutscher vom Wod stürzte und Verletzungen erlitt, die seine Ueberführung nach einer Unfallstation erforderlich machten. Der Kohlenwagen war so beschädigt, daß die Feuerwehr das Verlehterhindernis beseitigen mußte. Auch der Straßenbahnwagen hatte Beschädigungen erlitten.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 8. Abteilung Schöneberg bei Ostf. Meiningenstr. 8. Herr Dr. Grohmann spricht über gefährliche Krankheitszustände. Außerdem Freitagabend im Saale des Genossenschaftshauses, Stargarderstr. 3 Herr Dr. Wink über Vergiftungen. An den Vorträgen schließen sich praktische Uebungen an. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Eduard Möller 307V*
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Rixdorf, Bergstr. 24.
Alttestes konz. Leih-Haus
Leihhaus
Charlottenburg,
Friedrichs-Platz 12,
Berlin, Anhalter-Strasse 2.
Beliebig von Brillanten, Gold- und
Silbergeschm., Uhren, Bäckern, Wäsche,
Reisungs-Büden zc. 354V*
Charlottenburg,
Wilmersdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung, Diskr. Sprechzimmer.
Gelegenheitskäufe in Brillanten,
Uhren, Gold- u. Silbersachen. [3291.*
Vereinstafeln und Vereins-
abzeichen etc. Stv. Marg. Grillen-
berger, Wilmersberg, Unschlitzplatz 2.

Emil Hoegner
Grunewaldstraße 108.
Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.
Herren-Artikel.
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.
285V*